

# Preussische Allgemeine



Nr. 53 · 31. Dezember 2020

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,90 €

## Ausblicke auf das Jahr

# 2021

Setzt sich die Spaltung der Gesellschaft fort? Wie wird der Brexit? Stehen wir vor einem Zeitalter der Pandemien? Und viele weitere Fragen... **Seiten 1, 2, 3, 8, 9 und 12**



### GESELLSCHAFT

## Die politische Quacksalberei geht unvermindert weiter

Während den Bürgern im Zuge der Corona-Pandemie historische Lasten auferlegt werden, setzt sich die Spaltung der Gesellschaft fort. Eine Kurskorrektur ist nicht zu erwarten

VON WERNER PATZELT

Seit etlichen Jahren mutet die Regierung unserem Land viel zu. Die unplausibel radikale Energiewende verteuert die Strompreise, die Eurozonen-Politik macht das Finanz- und Rentensystem prekär, die Zuwanderungspolitik schafft gewaltige Folgeprobleme. Über alledem hat sich Deutschlands Gesellschaft gespalten. Die einen halten jene Umgestaltungsversuche für richtig, das sind überwiegend Grüne und Sozialdemokraten, Journalisten und Intellektuelle. Die anderen sehen unser Land in eine falsche Richtung treiben. Sie sympathisieren mit der AfD und schätzen alternative Medien oder Webseiten mehr als das etablierte Medienangebot. Zwischen beiden Seiten, der hegemonialen und der alternativen, verzweifeln viele an der CDU, sind systemskeptisch geworden, politisch heimatlos. Jedenfalls widerspiegeln die parlamentarisch bündnisfähigen Parteien nicht mehr die politische Interessen- und Präferenzverteilung in der Bevölkerung. Also kann das Parteiensystem reale Problem- und Diskurslagen nicht mehr befriedend bearbeiten. Das nährt den sich ausbreitenden Eindruck, mit unserem Staat und seinem Personal stimme manches nicht.

Diesem schon anfangs 2020 unübersehbaren Gesellschaftszustand erlegten die Corona-Pandemie und die ihr begegnende Politik Lasten auf, wie sie jahrzeh-

ntelang unbekannt und vor einem Jahr noch unvorstellbar waren. Sie reichen von Einbußen an Lebensqualität über gewaltige, in höchst ungerechter Verteilung zu ertragende wirtschaftliche Risiken bis hin zum Verdacht, eine sich schon jahrelang über nicht-linke Bevölkerungswünsche hinwegsetzende politische Klasse wolle sich jetzt die rechtlichen Instrumente einer Erziehungsdiktatur verschaffen. Damit vollende man, was zivilgesellschaftlich mit „politischer Korrektheit“ und „cancel culture“ begann.

#### Folgen einer langen Entfremdung

Hätte Deutschlands politisch-medialer Komplex nicht schon jahrelang wenig erwünschte Politiken mit medialem Trommelfeuer vorbereitet („Merkels Politik ist wirklich alternativlos!“) und ethisch-erpresserisch umgesetzt („Zuwanderungskritiker sind nichts als Rassisten!“), dann besäße Deutschlands politische Klasse angesichts vieler unvermeidlicher Härten bei den Herausforderungen künftiger Politik (Pandemie-Bekämpfung, Restabilisierung von Wirtschaft und Staatsfinanzen, Rentendrama, Bildungskatastrophe, Zusammenhalt von EU und NATO ...) verlässlicheres Vertrauenskapital als derzeit. Warnungen vor „Dammbrochen“ sind ja nicht nur dann begründet, wenn sie die AfD betreffen.

Zwar ist der Vertrauensvorschuss für Kanzlerin und Regierung weiterhin spek-

takulär, ebenso die Hinnahme- und Folgebereitschaft der meisten im Land. Zu den Ursachen gehört, dass noch keine der problematischen Politiken spürbar an die Substanz eines Großteils der Bevölkerung geht, zumal riesige öffentliche Mittel zum Abfedern von Schwierigkeiten eingesetzt werden. Ursächlich ist aber auch, dass links-grüne Regierungspolitik von einer nachgerade Einheitsfront etablierter Medien gefordert, beworben, gerechtfertigt und gegen alle Kritik verteidigt wird.

Dreierlei ist gleichwohl absehbar. Erstens verlieren der öffentlich-rechtliche Rundfunk und die Publikationsorte bisheriger „Edelfedern“ an Durchschlagskraft gegenüber „alternativen“ Medien. Das beschleunigt den Zerfall ehemals verbindender Öffentlichkeit in abgeschottete Meinungsinself. Zweitens wird sich das verfügbare Geld – auch angesichts riesiger deutscher Verpflichtungen im Rahmen von Euro-Zone und EU – als nicht nach Belieben ohne Inflation vermehrbar erweisen. Verteilungskonflikte und Vermögensverluste stehen also an. Drittens werden die Wahlkämpfe von 2021 viele Bruch- und Scheuerstellen unserer Gesellschaft in entzündete Wunden verwandeln.

Mit ihnen werden Politik und Medien umso weniger heilsam umgehen, je länger man an dem Glauben festhält, nicht die Regierungspolitik wäre Ursache vieler Probleme, sondern ein wie von selbst zustande gekommener „Rechtsruck“ unserer

Gesellschaft. Dann gelangt man nämlich nicht hinaus über eine immer üppigere Finanzierung und giftigere Verschärfung des „Kampfs gegen rechts“. Beides kann aber nur dort wirksam sein, wo plausiblerweise eine politische Frontstellung zwischen „Anständigen“ und „Rechtsextremen“ besteht. Das glauben zu machen, gelang zwar bei der Migrationspolitik – freilich nur durch Zuhilfenahme einiger Verleumderei. Doch bei der Pandemie-Politik des Jahres 2020 misslang das; zu bunt setzte sich die – durchaus nicht kleine – Minderheit von deren Gegnern zusammen. Vielmehr entstand eine „Querfront“, die sich wohl weiterhin der Gleichsetzung von Regierungskritik mit Rechtspopulismus, der Gleichstellung des Letzteren mit Dummheit oder Mangel an Anstand entziehen wird.

Die bisherige politische Quacksalberei ist jedenfalls in ihren Grenznutzenbereich geraten. Das wirkliche Heilmittel, nämlich Korrekturen etablierter Regierungspolitik, wird aber weiterhin verkannt. Ihm wird wegen der absehbar kommenden schwarz-grünen Koalition auf Bundesebene auch die parlamentarische Mehrheit fehlen. Also hofft man besser nicht darauf, es würde sich 2021 Deutschlands gesellschaftlicher und politischer Zustand verbessern.

• Prof. Dr. Werner J. Patzelt lehrte bis 2019 Vergleichende Politikwissenschaft an der TU Dresden. <http://wjpatzelt.de>

### IN DIESER AUSGABE

#### Politik

Europaweit protestieren die Landwirte gegen niedrige Erzeugerpreise **Seite 7**

#### Kultur

Die Schweiz feiert den 100. Geburtstag Friedrich Dürrenmatts **Seite 9**

#### Das Ostpreußenblatt

Wie Königsberger Straßenkünstler die Stadt verändern **Seite 13**

#### Lebensstil

Silvester – Bräuche und Wissenswertes zum Jahreswechsel **Seite 21**



#### Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite [paz.de](http://paz.de)



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

# Aufbruch in die Welt

Mit dem endgültigen Abschied aus der Europäischen Union hat sich das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland frei gemacht von Brüssel. Doch wohin die Reise geht, ist unsicher

VON CLAUDIA HANSEN

**V**on Feierlaune keine Spur auf der Insel. Die gedrückte Stimmung zum Jahreswechsel liegt in erster Linie an der Corona-Krise, die alles überschattet. Das mutierte Virus hat Weihnachten ruiniert. Sogar der Brexit rückt damit in den Hintergrund, obwohl er die größte politische Änderung seit Jahrzehnten für Großbritannien bringt. Der 31. Dezember 2020 markiert den endgültigen EU-Austritt; bislang galt noch eine Brexit-Übergangsfrist, in der sich fast nichts änderte. Nun scheidet das Vereinigte Königreich aus der EU-Zollunion und dem Binnenmarkt aus. Es lässt einen Berg von EU-Regulierungen hinter sich, muss aber wohl gewisse Bindungen an EU-Standards weiterhin befolgen. Dies ist der Preis für den Freihandelsvertrag, um den London und Brüssel bis zur allerletzten Minute rangen. Eine Zitter- und Hängepartie. Der „Deal“ – falls er doch noch kommt – verhindert, dass künftig am Ärmelkanal Zölle erhoben werden. Zumindest bis Redaktionsschluss dieser Ausgabe kurz vor Jahresende war er jedoch noch nicht in trockenen Tüchern. Fischfang und Staatsbeihilfen waren die Streitthemen bis zur letzten Minute. Premierminister Boris Johnson hat hoch gepokert.

Sein Versprechen „Get Brexit Done“, mit dem er vor einem Jahr bei der Parlamentswahl triumphierte, hat Johnson eingehalten. Der Austritt ist vollzogen. Nach 47 Jahren ist das Königreich nicht mehr Mitglied der EU, der es 1973 – damals hieß sie noch Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) – beigetreten war. Doch zu welchem Preis?

## Die unbeschwerte Freude ist vorbei

Am 31. Januar 2020, dem Tag des formellen EU-Austritts, tobte auf dem Platz vor dem Parlament in der Kälte eine Freudenfeier von tausenden Brexit-Anhängern, organisiert von Nigel Farage, dem Anführer der Brexit-Party. Fahnen wurden geschwenkt, es erklang Musik, Gesang, Trommelwirbel und ein Comedian munterte die Menge auf. Ein paar hundert Meter weiter, in der Downing Street, ließ Premierminister Johnson in der Nacht einen Countdown an die Häuserwand scheinen.

Johnsons unbeschwerte Tage dauerten nicht lange. Nur zwei Monate später steckte das Land fest im Griff der Coronavirus-Pandemie. Ein dreimonatiger Lockdown legte das soziale Leben und die Wirtschaft lahm; eine beispiellose Rezession, hunderttausende Arbeitslose und gigantische Staatsdefizite sind die Folge. Johnsons Beliebtheitswerte sanken in den Keller. An diesem Silvester gibt es kein Feuerwerk, keine Neujahrs- oder Brexit-Fiern. Immerhin wird Big Ben, die Glocke am Parlament von Westminster, zum ersten Mal nach jahrelanger Restaurierung wieder läuten.

Jetzt beginnt für das Königreich eine neue Epoche. Die linksliberalen Eliten sind voller Trauer. Sie halten das EU-Austrittsreferendum vom 23. Juni 2016 – als die „Vote Leave“-Kampagne mit 51,9 Prozent der Stimmen über das Remain-Lager siegte – für einen katastrophalen Fehler. „Der düstere, verrückte Winter“ lautete die Titelgeschichte der Weihnachtsausgabe der Zeitschrift „The New European“ – für die Remainer ein passendes Bild der Zukunft. Weniger Wirtschaftswachstum, weniger Freizügigkeit, wenig Zukunft überhaupt habe „Little England“ ohne EU-Verband, meinen sie. In Schottland rüstet die SNP zu einem zweiten Referendum über die Unabhängigkeit: Nicht ausgeschlossen, dass sie diesmal eine Mehrheit dafür findet. In Irland hoffen Republikaner darauf, Nordirland könnte das Königreich verlassen und vielleicht doch Teil der Republik werden.

Aus Sicht der Brexit-Anhänger ist der EU-Austritt eine Befreiung. Brüssel habe ein undemokratisches System von nicht gewählten



Ringen bis zum Schluss: Premierminister Boris Johnson und EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen

Foto: imago images / Hans Lucas

Bürokraten errichtet, das über die Köpfe der Völker hinweg entscheidet, sagen die Brexit-Anhänger. Robert Tombs, emeritierter Cambridge-Historiker und einer der raren Brexit-Befürworter an den Universitäten, verweist in der Zeitschrift „The Spectator“ darauf, dass Euro- und EU-Skepsis in vielen europäischen Ländern grassiert, besonders seit der Finanz- und Schuldenkrise. Wenn das Volk gefragt wurde, gab es oft schallende Ohrfeigen für die EU-Elite, etwa als Franzosen und Niederländer die EU-Verfassung in Referenden ablehnten. Die Finanz- und Schuldenkrise war ein Katalysator für die Krise der Europäischen Union. Nach Ansicht der EU-Kritiker haben die EU und der Euro die Krise verschärft. Es stimmt ja, dass es überall Unzufriedenheit mit dem Brüsseler Regime gibt, wie Tombs schreibt. Doch so vehement und beharrlich wie im Vereinigten Königreich sei die EU-Gegnerschaft sonst nirgendwo.

## Innerbritische Kulturkämpfe

Das hat eine lange Vorgeschichte. Churchill plädierte 1946, damals Oppositionsführer, in seiner Züricher Rede für die Bildung „einer Art von Vereinigten Staaten von Europa“, jedoch sollte Großbritannien nach seiner Vorstellung nicht Mitglied, sondern außenstehender Begleiter sein. Margaret Thatcher war 1973 eine Befürworterin des EWG-Beitritts, den die Franzosen zuvor jahrelang blockiert hatten. In den 1980er Jahren kämpften die britischen Konservativen für ein liberales Wettbewerbsregime im europäischen Binnenmarkt, aber die Regulierungswut der Brüsseler Bürokratie ging den Briten zunehmend gegen den Strich. Seit Thatchers berühmter Rede in Brügge 1988, als sie vor einem europäischen Superstaat warnte, ist eine ausgesprochene Brüssel-Allergie der Konservativen auf der Insel zu beobachten. Das im Vertrag von Amsterdam festgeschriebene Ziel einer „immer engeren Union“ wirkt auf sie wie eine Drohung zur Etablierung eines Superstaats und zur Auslöschung der Nationalstaaten.

Die Tory-Partei ist seit dem Brexit-Referendum von 2016 nach rechts gerückt. Notorisch „mittige“, EU-freundliche Tories wie der ehemalige Schatzkanzler Philip Hammond, die den EU-Austritt sabotieren wollten, wurden zur Parlamentswahl vor einem Jahr nicht

mehr aufgestellt. In der Fraktion in Westminster sitzen nun ausschließlich Brexit-Unterstützer. Der rechte Flügel der Partei, verkörpert unter anderem durch Kabinettsbürominister Michael Gove, Innenministerin Priti Patel und Iain Duncan Smith, scheut nicht die harte Auseinandersetzung mit der kulturmarxistischen Labour-Linken und der Kulturszene. Patel hat ein deutlich verschärftes Einwanderungsgesetz vorgelegt. Statt einer ungesteuerten Migration per EU-Freizügigkeit werden Migranten künftig nach Qualifikation ausgewählt. Für die Linke ist die Innenministerin, die selbst von indischstämmigen Einwanderern aus Ostafrika abstammt, eine Hassfigur.

Obwohl Johnson selbst eher liberale Instinkte hat, gilt seine Regierung gerade im EU-Ausland manchen als „rechtspopulistisch“. Sie versucht, linke Auswüchse der BBC zu beschneiden. Bevor Corona zuschlug, war das Königreich auch im Griff der „Black Lives Matter“-Bewegung, die wütende Denkmalstürme zur Beseitigung jeglicher Spuren der Sklaverei veranstaltete. Museen begannen postkoloniale Säuberungen. Das British Museum etwa knöpft sich Hans Sloane vor und distanziert sich von dem Wissenschaftler, der vor dreihundert Jahren den Grundstein für die Sammlungen legte. Selbst die ehemaligen Landhäuser des Adels sollten durchleuchtet werden, hatte der National Trust vor, bevor ihn öffentliche Proteste stoppten. Ob die Regierung Johnson in den Kulturkämpfen mit der ultralinken Bewegung der „Wokeness“ und ihren obsessiv betriebenen Kampagnen zu Transgender, Rassismus und „Critical Whiteness“ (angebliche Privilegien der Weißen müssten getilgt werden) standhalten kann, ist noch nicht auszumachen.

Mit dem Brexit wird sich aber vieles ändern. Auf der Seite der Brexit-Freunde herrscht vordergründig großer Optimismus. Jetzt sei das Königreich endlich wieder souverän, könne frei und unabhängig seine Zukunft bestimmen. Es ist ein kontinentales Missverständnis, dass die Brexiters allesamt „Little Englander“ seien, engstirnige Kleinengländer, die sich ins Insel-Schneckenhaus verkriechen wollen. Boris Johnson und die Brexit-Anhänger in der Regierung und in Medien sprechen von „Global Britain“ als Vision. Nicht der kleine EU-Kontinent, sondern die große weite Welt sei das Ziel

Es ist ein kontinentales Missverständnis, dass die „Brexiters“ allesamt „Little Englander“ sind, engstirnige Kleinengländer, die sich ins Insel-Schneckenhaus verkriechen wollen. Boris Johnson und die Brexit-Anhänger sprechen von „Global Britain“ als Vision. Nicht der kleine EU-Kontinent, sondern die große weite Welt sei das Ziel

das Ziel. Allerdings gestaltet sich der Aufbruch schwieriger als gedacht. Die Beziehung mit den USA dürfte unter deren neuemPräsidenten Joe Biden angespannt sein. Biden betont seine irischen Wurzeln und rümpft über die Briten die Nase. Als er kurz nach der Wahl von einem BBC-Reporter angesprochen wurde, reagierte er unhöflich barsch. Besonders problematisch ist das Verhältnis der Briten mit China geworden. Noch vor fünf Jahren jubelte die damalige Londoner Regierung über „goldene Beziehungen“, jetzt ist im Streit über den Technologiekonzern Huawei und den 5G-Ausbau das Verhältnis mit der Regierung in Peking mehr als angeknackst. Auch Johnsons Einsatz für die Freiheitsrechte der Hongkonger hat das KP-Regime brüsk zurückgewiesen.

## Der Platz des Empires in der Welt

Das britische Königreich, das noch vor 75 Jahren ein Empire besaß, das zeitweise fast ein Viertel der Erde und der Erdbevölkerung umfasste, neigt zuweilen zu Nostalgie. Der Brexit werde Großbritannien „wieder groß machen“, glauben einige Anhänger. Doch das britische Empire ist natürlich schon lange Vergangenheit. Nur ein schwacher, eher symbolischer Ersatz-Bund besteht im Commonwealth, in dem Australien, Neuseeland, Kanada, Indien sowie viele größere und kleine Ex-Kolonien aus Afrika und Asien Mitglieder sind.

Tatsächlich ist Großbritannien keine Großmacht mehr, sondern höchstens eine Mittelmacht. Immerhin verfügt es über Atomwaffen und einen Sitz im UN-Sicherheitsrat, es ist militärisch stärker aufgestellt als die meisten EU-Länder. Auch ökonomisch ist Britannien nicht zu unterschätzen. Das Königreich steht auf Platz 6 der größten Wirtschaftsmächte, hinter den USA, China, Japan, Deutschland und Indien, knapp vor Frankreich. Und die Weltstadt London ist – entgegen manchen Horrorprognosen zum Brexit – weiterhin das überragende Finanzzentrum Europas, das mit New York um den ersten Platz konkurriert, wobei Hongkong, Shanghai und Singapur aufholen. London hat erkannt, dass Asien in Zukunft global mehr Gewicht haben wird als Europa, und richtet sich neu aus. Ob es dem Königreich als unabhängiger Nation künftig besser gelingt, durch die See der Globalisierung zu segeln, wird sich zeigen.

# Schicksalswahl in Krisenzeiten

Ein Dreivierteljahr vor der Stimmabgabe im Herbst 2021 ist die deutsche Gesellschaft fragmentiert wie nie zuvor. Damit wird die Bundestagswahl zur großen Wundertüte. Einen Vorteil dürften die Kräfte haben, die den Bürgern Sicherheit garantieren

VON KLAUS-PETER SCHÖPPNER

Seit zehn Monaten steckt Deutschland im Corona-Schock. Seit zehn Monaten ist die politische Stimmung, gemessen an der Sonntagsfrage, konstant wie Blei. Etwa 38 Prozent der Wähler würden sich heute für die Union, 20 für Grün, 15 für die SPD, etwa 9 für AfD und Linke aussprechen. Und die FDP hält sich mit 6 Prozent knapp über der Demarkationslinie.

In neun Monaten wird gewählt. Da stellt sich die Frage, ob die aktuellen Umfragewerte bereits den zu erwartenden Wahlausgang anzeigen? Kann sein – kann nicht sein; denn nie zuvor war die Unsicherheit über Thesen und Themen, über Politiker und Probleme größer als derzeit. Nicht nur die Unabwägbarkeit des weiteren Pandemieverlaufs, auch viele andere Fragezeichen bestimmen die Entwicklung bis zum voraussichtlichen Wahltag am 26. September 2021.

## Wandel der Maßstäbe

Weil derzeit noch völlig offen ist, ob Corona zum Weck- oder Wendepunkt einer möglichen Veränderung unserer Gesellschaft wird: Die alte war geprägt durch das Prinzip der „Kapitalrendite“: Banken, Wirtschaft, Wachstum waren die Treiber der gesellschaftlichen Entwicklung. Tritt nun an deren Stelle die „Sozialrendite“, bei der Gesundheit, Pflege, Versorgung die wichtigsten Plätze einnehmen? Sind Umwelt, Lebenssicherheit und soziale Annäherung die Ziele, die im Herbst '21 wahlentscheidend werden?

Zweites Fragezeichen: Die Kanzlerkandidatur. Wie schlägt sich die Union ohne Merkel-Bonus? Wer wird deren Nachfolgekandidat für das Amt des Regierungschefs? Und mit welcher Politikausrichtung? Wer wird den „Neuen“ attraktiv finden, wer geht verloren? Ist bei der SPD Olaf Scholz, der „rechte“ Finanzminister und wichtigste Befürworter der Großen Koalition, tragbar für die SPD-Linken? Und wer macht bei den Grünen das Kandidatenrennen?

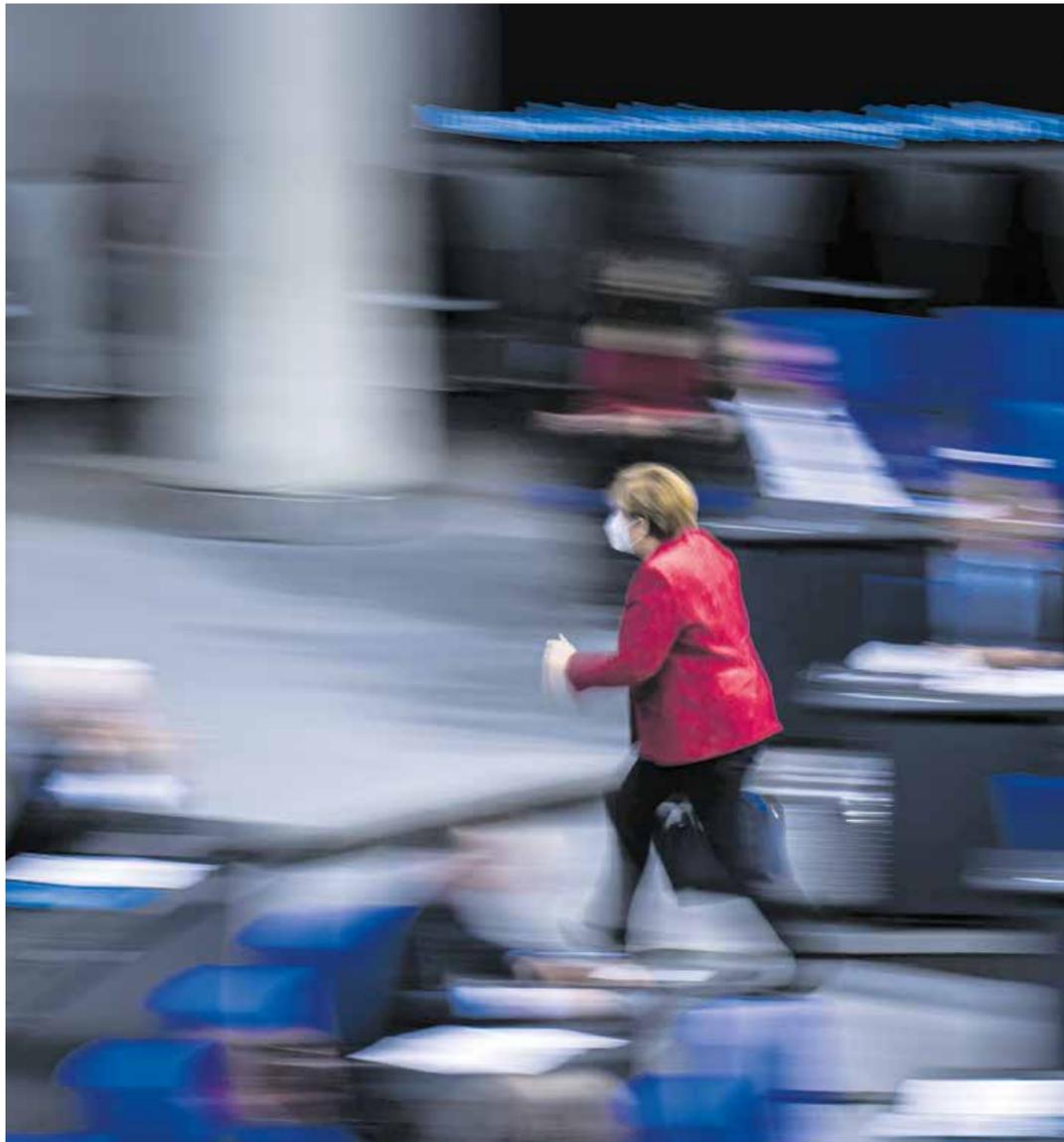
Ist die Wahl nach der Wahl nicht im Grunde die spannendere? Wenn sieben Parteien in den Bundestag einziehen, ist zum Beispiel für SPD- und Grünen-Wähler völlig unklar, ob sie mit ihrer Stimme eher „rechts“ (Schwarz-Rot) oder „links“, also SPD-, Grüne- oder Linke-Inhalte gewählt haben.

Und wie verändert der nun vollständig digitale Wahlkampf das Abstimmungsverhalten? Wenn die Parteien wegen des Aufwandschwunds tradiert Medien nur noch die Älteren per Tageszeitung erreichen, dafür aber Chats und Blogs den Wahlkampf auf ein neues Skandalisierungslevel heben? Dazu der öffentlich-rechtliche Bedeutungsverlust, der zwar den Grünen, der Lieblingspartei unserer Rundfunkanstalten, schadet. Andererseits bespielen sie wie auch die AfD das Netz nahezu perfekt, sodass die Wähler „online“ ständig grün-blau emotionalisiert werden. Die Last-Minute Effekte dürften dadurch 2021 eine neue Dimension erreichen.

## Kein allein entscheidendes Thema

Die Konsequenz des digitalen Informationsverhaltens: Es wird 2021 kein einzelnes wahlentscheidendes Thema mehr geben! Trotz Corona-Dominanz nennen die Wähler heute eine große Bandbreite teilweise absurder Themen auf die Frage nach den aktuell wichtigsten Problemen. So als hätte jeder sein eigenes Universum, das über sein Kreuz entscheidet, das andererseits aber fast täglich seine Bedeutung verändert.

Viele dieser Themen lassen sich unter „Sicherheit“ zusammenfassen, wobei Corona als „Brandbeschleuniger“ wirkt. Bei vielen dieser Streitthemen stehen sich zudem oft zwei etwa gleich große Fraktionen unversöhnbar



Zumindest eines scheint derzeit sicher: Dass mit der kommenden Bundestagswahl die Ära Merkel zu Ende geht. Damit stellt sich allerdings die Frage, wer die Deutschen künftig führt  
Foto: imago images/Photothek

gegenüber. So unterstützt bei den Corona-Hilfen die eine Hälfte die Zig-Milliarden-Hilfsprogramme bedingungslos, während die andere vor den finanziellen Folgen warnt. Wie bei der Migrationsfrage ist unsere Nation zweigeteilt in die „Wir schaffen das“-Befürworter und diejenigen, die noch ein strenges „nicht“ hinzufügen. Die eine Hälfte der Beamten und sozial Abgesicherten durchläuft Corona ziemlich angstfrei. Die andere – viele Kleingewerbetreibende und prekär Beschäftigte – weiß nicht, wie sie durch das Jahr 2021 kommen soll. Die Deutschen sind fragmentiert wie nie zuvor. Und damit wird die Bundestagswahl zur großen Wundertüte.

## Sicherheit statt Wechselstimmung

Verunsicherung, Fremdbestimmung, Unkenntnis und Komplexität sind die Begriffe, die die Gemütslage der Deutschen im Corona-Zenit am besten beschreiben. Und auf die die Parteien keine Antwort haben. Also halten sie wahlstrategische Überlegungen für völlig verfrüht. Und konzentrieren sich schon jetzt auf die letzten drei Wochen vor der Wahl.

Analysiert man dennoch die Chancen der Parteien, dann spricht vieles für eine erneute Kanzlerpartei CDU/CSU. Auch ohne Merkel bleibt sie mit Politikern wie Söder und Spahn die Krisenbewältigungspartei Nummer eins, klar vor der SPD, klar vor den Grünen: „Wer wird Deutschland gut durch Krisen führen?“ Mehr als die Hälfte der Befragten nennt auf diese Frage die Union, nur etwa jeder Zehnte SPD oder Grüne. Egal ob Wirtschaft, Arbeitsplätze, selbst Soziales, überall erhält die CDU die höchsten Kompetenzwerte. Und bei der Frage, ob den Deutschen eine von der Union oder der SPD geführte Regierung lieber wäre, vergrößerten CDU und CSU ihren Vorsprung in der Krise auf 41 zu 18 Prozent.

Die Regel: Je krisenhafter die Zeiten, desto besser für die Union, hat auch aktuell Bestand. Nur CDU und CSU werden mit „Regierungspartei“ assoziiert. In Krisenzeiten gibt es keine Wechselstimmung!

Deutlich schlechter die Ausgangsposition für die SPD: Ihr Umverteilungsdogma wird umso unpopulärer, je mehr Bürger Aussicht auf gute Bildung erhalten. Ihre Chance, von der „Arbeiterpartei“ zur „Sozialarbeiter- oder Arbeitnehmerpartei“ zu mutieren, haben die Sozialdemokraten längst verpasst, zu gering war die Wählerresonanz auf ihre Sozialwohl-taten der letzten Zeit. In dieser Hilflosigkeit verstummen die Stimmen vom Ausstieg aus der Koalition in dem Maße, wie sich andere Machtoptionen minimieren. Die einzige Chance der SPD ist Olaf Scholz, sollte es den Genossen gelingen, sich mit ihm als dem „neuen Merkel“ gegen einen „rechten“ CDU-Kandidaten zu profilieren. Und so um die Arbeitnehmer der Mitte zu kämpfen.

## Das fragile grüne Lebensgefühl

Längt nicht so rosig, wie es Sonntagsfragen-Werte um 20 Prozent vermuten lassen, ist die Situation der Grünen. Richtig ist, dass keine Partei in den letzten Jahren unser Land stärker verändert hat, dass die Grünen bei vielen Themen den Wählernerv treffen, dass sie einen relativ hohen Stammwähleranteil aufweisen. Richtig ist aber auch, dass „grün“ mit „jetzt wird's teuer“ assoziiert wird und sie weiterhin als Öko-, nicht aber als „Volkspartei“ gelten. Ihr größtes Problem: Die ambivalenten Koalitionswünsche ihrer Wähler: Ein Drittel will die Koalition mit der Union, ein Viertel Rot-Rot-Grün, 43 Prozent sind noch völlig unentschlossen.

Gefährlich wird es, wenn die Wähler ihre Strategie der parteipolitischen Flexibilität,

um sich die Regierungsoptionen mit Schwarz und Rot offenzuhalten, durchschauen. Da kann leicht aus einer Politik der Mitte ein Kurs der Beliebigkeit werden, wie zuletzt deutlich erkennbar bei der grünen Sprachlosigkeit beim Weiterbau der A 49 in Hessen. Die Wahltaktik der Konkurrenz ist damit klar: die Grünen bei ihren Widersprüchlichkeiten zu stellen. Als weiteres Damoklesschwert kann sich die Pandemie-Finanzierung erweisen: Kann sich Deutschland in den nächsten Jahren noch teure grüne Politik leisten?

Eines allerdings kann die Doppelspitze der Partei aus Annalena Baerbock und Robert Habeck auf ihrer Habenseite verbuchen: Sie drückt das Lebensgefühl weiter Wählerkreise nahezu perfekt aus: Eine große Mehrheit der Deutschen will nicht sein wie Scholz, Esken oder Walter-Borjahn, nicht wie Laschet oder Merz. Ganz eindeutig spricht die Alltagstauglichkeit für die grünen Vorsitzenden, sodass sie derzeit sowohl im progressiven wie konservativen Milieu punkten können.

## Chancen der Opposition

Die FDP leidet unter dem „Keiner hört mehr auf uns“-Syndrom: Als Regierungsverweigerer findet sie im Krisenmodus keine Resonanz, weil Corona emotionalisiert, rationale Themen wie Steuern und Sparen also nicht das Ohr der Wähler finden. Zudem werden die Liberalen nicht als Koalitionsoption benötigt, solange eine Zweierkoalition aus Union mit Grün oder SPD vorstellbar bleibt. Allerdings könnten sie diesmal wieder von der Psychologie der Fünf-Prozent-Marke profitieren. Und von der Hoffnung auf das Ende der Corona-Pandemie, das schlagartig wieder Themen wie die Stärkung unserer Wirtschaft in den Fokus stellt.

Die Linkspartei wiederum beschäftigt ganz andere Probleme: Eigentlich müsste sie ihre Wahlkampfstrategie festlegen. Doch ausgerechnet jetzt ist sie führungslos: Katja Kipping und Bernd Riexinger verlassen die politische Bühne. Doch die neuen Vorsitzenden sind – Corona-bedingt – noch nicht gewählt. Keiner da, der die Linke durch das Superwahljahr führt und Chancen für das mögliche erste Rot-Rot-Grün auf Bundesebene austariert. Zudem interessiert sich kaum jemand für die „Verteilkompetenz“ der Partei, wenn es erst mal nichts mehr zu verteilen gibt.

Und die AfD? Bleibt das Schmutzkind der Politik, das weiterhin nicht für gute Ideen, sondern seiner Wutbürger-Attitüde wegen gewählt wird. Stark ist die Partei unter den Corona-Ignoranten, „Querdenkern“, Einwanderungs-, Islam- und Sozialkritikern. So bitter es sein mag: Aber AfD-Wähler stören sich zuletzt am Radikalismus und den Entgleisungen ihrer Protagonisten. Hauptsache, die Partei bleibt laut und lästig.

## Historische Fragen

Dank Corona wird die Bundestagswahl am 26. September 2021 eine der wichtigsten der letzten Jahrzehnte sein. Denn im Grunde wird über nur eine, dafür aber gewaltige Grundsatzfrage entschieden, die als Corona-Folge ganz in den Fokus rückt: Wie viel Staat ist möglich – wie viel Staat ist nötig? Uns erwarten also zwei hitzige Debatten: Was können wir uns noch leisten? Und wie stark müssen wir umverteilen? Diese Auseinandersetzung wird umso greller, komplexer und langanhaltender, je immenser die Corona-Kosten werden.

An guten Tagen gewinnt das Lebensgefühl. 2021 ist Schadensbegrenzung gefragt.

● Klaus-Peter Schöppner ist seit 2014 Geschäftsführender Gesellschafter des Meinungsforschungsinstituts Mentefactum. Von 1990 bis 2013 war er Geschäftsführer von TNS Emnid.  
[www.mentefactum.com](http://www.mentefactum.com)

Trotz Corona-Dominanz nennen die Wähler eine große Bandbreite teilweise absurder Themen auf die Frage nach den aktuell wichtigsten Problemen. So als hätte jeder sein eigenes Universum, das über sein Kreuz entscheidet

## ● MELDUNGEN

## Solar-Pflicht bei Neubauten

**Berlin** – Bauen in Berlin wird teurer gemacht. Wirtschaftsministerin Ramona Pop (Grüne) hat den Entwurf eines Solargesetzes für Berlin fertiggestellt. Ab dem 1. Januar 2023 sollen alle Neubauten eine Solaranlage auf dem Dach haben. Wenn Befürworter dieser Maßnahme auf Baden-Württemberg verweisen, ist dieser Verweis irreführend, denn dort gilt diese Pflicht für alle „Nichtwohnhäuser“ – also im Wesentlichen alle öffentlichen Bauten. Pop jubelt: „Künftig werden Solardächer integraler Bestandteil der Architektur von Häusern.“ Ob die Verteuerung des Wohnungsbaus dazu führt, dass die Bauherren klaglos die zusätzlichen Kosten und die künftigen Mieter höhere Mieten bezahlen wollen, ist fraglich. Bislang sind weniger als ein Prozent der Berliner Bauten mit Solarzellen ausgestattet. Die rot-rot-grüne Landesregierung will bis 2050 eine Menge an Solarstrom erzeugen, die einem Viertel des Landesverbrauchs entspricht. **F.B.**

## Polizei schützt Wachdienst

**Erfurt/Suhl** – Im Laufe von Ausschreitungen in der Erstaufnahmeeinrichtung für Asylbewerber im thüringischen Suhl mussten Wachen und Sanitätspersonal von der Polizei in Sicherheit gebracht werden. Wie der Mitteldeutsche Rundfunk (MDR) berichtet, sollen am Montag, den 14. Dezember etwa 30 bis 40 unter Corona-Quarantäne stehende Bewohner der Unterkunft rebelliert haben. Die Lage eskalierte schließlich so weit, dass Sanitätspersonal und Wachschützer in ein Zimmer flüchten mussten. Die eingekesselten Personen mussten schließlich von der Feuerwehr durch ein Fenster und über eine Leiter befreit werden. Angerückte Polizisten eskortierten das Sanitätspersonal und die Wachleute schließlich vom Gelände der Suhlener Erstaufnahmeeinrichtung. Bereits in den Tagen zuvor hatten mehrere Bewohner der Asylunterkunft versucht, einer Quarantäne zu entgehen. Laut dem MDR sollen sie dabei einen Feueralarm ausgelöst haben. **N.H.**

## Abgeordnete für Assange

**Berlin** – Abgeordnete aller fünf Bundestagsparteien außer der AfD haben in einer gemeinsamen Erklärung die Freilassung des Wikileaks-Gründers Julian Assange gefordert. Assange sitzt derzeit im Londoner Hochsicherheitsgefängnis Belmarsh in Einzelhaft. Am 4. Januar soll über seine Auslieferung an die USA entschieden werden. Die Abgeordneten bemängeln, dass Assange sich in einem „kritischen Gesundheitszustand“ befinde. Der aus Australien stammende Assange hatte jahrelang in der Londoner Botschaft von Ecuador ausgeharrt, bis ihm das Land das politische Asyl entzog. Die USA werfen ihm vor, geheime Staatsdokumente veröffentlicht zu haben. Der bewusste Ausschluss der größten Oppositionspartei AfD von dem Aufruf wirft indes einen Schatten auf den Einsatz für „Freiheit und Demokratie“, den die Unterzeichner für sich in Anspruch nehmen. **H.H.**

VON WOLFGANG KAUFMANN

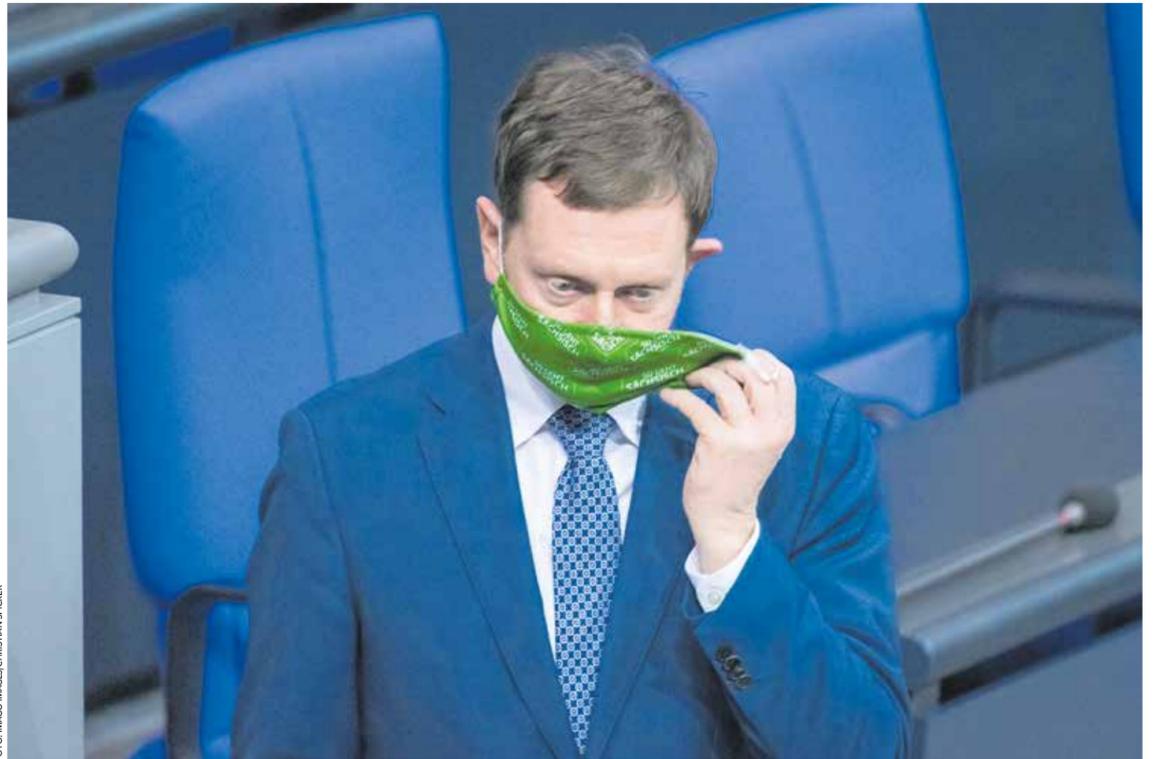
Im Laufe der letzten Wochen entwickelte sich Sachsen zum Corona-Brennpunkt Deutschlands. Mitte Dezember meldeten die meisten Kliniken dort eine Auslastung ihrer Intensivbetten für COVID-Patienten von bis zu 100 Prozent. Die Zahl der binnen einer Woche positiv Getesteten pro 100.000 Einwohnern (Sieben-Tages-Inzidenz) lag zu Beginn des zweiten Lockdowns mit über 400 mehr als doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt. Von zehn der am stärksten betroffenen Landkreise Deutschlands befanden sich sechs in Sachsen. An der Spitze stand der Landkreis Bautzen mit einer Inzidenz von 631.

Das wurde schnell zum Anlass für Schmähungen genommen. So meinte der Leipziger Politologe Michael Lühmann im „Spiegel“, schuld sei die „Renitenz“ der konservativ-protestantischen Sachsen. Noch genauer meinten es das Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft in Jena und ein Recharteam des Berliner „Tagesspiegel“ zu wissen. Die meisten Neuansteckungen gebe es dort, wo man bevorzugt die AfD wähle. In Wirklichkeit resultiert die Misere in Sachsen jedoch nicht aus den politischen Präferenzen oder der Mentalität der Bewohner des Freistaates, sondern aus der Unfähigkeit beziehungsweise Tatenlosigkeit der schwarz-grünen Landesregierung unter Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU).

## Staatsgrenzen blieben offen

Diese versäumte es beispielsweise, rechtzeitig die Grenzen zu Tschechien und Polen zu schließen. Dabei meldeten beide Nachbarstaaten lange vor Sachsen wieder exorbitant viele positiv auf Corona Getestete. Trotzdem durften ihre Bürger weiter problemlos einreisen – und zwar keineswegs nur, wenn sie in Deutschland arbeiteten. Ganze Busladungen voller Einkaufstouristen, die zu Hause auf geschlossene Läden trafen, strömten in die Supermärkte oder Kaufhäuser des Freistaates und dann anschließend auch noch in seine Gaststätten. Das ging so bis zum 17. November, als die Tschechei bereits ein Abflauen der zweiten Corona-Welle meldete und diese in Polen kurz vor ihrem Höhepunkt stand.

Ebenso fatal war die Strategie des nicht aus dem Bildungsbereich kommenden sächsischen Staatsministers für Kultus Christian Piwarz (CDU) hinsichtlich der Schulen im Freistaat. Diese lautete noch im November: „So lange wie möglich Regelbetrieb“ und kein spürbares Vorziehen der Weihnachtsferien. Das Ergebnis dessen waren 43 Corona-Ausbrüche unmittelbar vor dem Lockdown-Beginn alleine in den Schulen des Landkrei-



Setzt sich zwar die Maske auf, erlaubt sich ansonsten aber schon mal eine Extrawurst: Michael Kretschmer

## SACHSEN

## Wie der Freistaat zum Corona-Brennpunkt wurde

Fehler und Unterlassungssünden der schwarz-grünen Landesregierung unter Ministerpräsident Michael Kretschmer

ses Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, in dem die Inzidenz auf 600 hochschnellte.

Zum Corona-Brennpunkt wurde Sachsen außerdem durch die mangelhafte Arbeit seiner Gesundheitsämter, die keineswegs nur an ihrer blamablen technischen Ausstattung kranken. Vielmehr rückten in der Vergangenheit auch diverse fachlich oder menschlich ungeeignete Personen in verantwortliche Positionen auf, was zu einer nachhaltigen Beschädigung der Effizienz der Ämter führte. Da-

her kommt es nun teilweise vor, dass Quarantänebescheide erst dann im Briefkasten der Betroffenen liegen, wenn die Zeit der häuslichen Zwangsisolation bereits abgelaufen ist.

## Mit schlechtem Vorbild voran

Untragbar sind darüber hinaus die Zustände in manchen Krankenhäusern und Altenheimen im Freistaat. Angehörige des Pflegepersonals, die Kontakt mit Corona-Infizierten gehabt hatten, berichteten über die Androhung von Abmahnungen oder Schlimmerem, sollten sie sich „auf eigene Faust“ testen lassen und dann bei einem positiven Resultat der Arbeit fernbleiben. Ebenso sind nur die Besucher von Altenheimen, aber nicht die Beschäftigten dort zum Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes verpflichtet. So steht es auch in der zuletzt am 15. Dezember aktualisierten Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung.

Zu all dem kommt schließlich noch die mangelnde Vorbildwirkung des Ministerpräsidenten, der gerne den Volkstümlichen mimt. Kurz vor dem Start der Herbstferien in Sachsen, als die Zahl der Corona-Fälle in der benachbarten Tschechischen Republik schon wieder extrem hoch lag, verkündete Kretschmer, er werde wohl in den nächsten Tagen selbst „mal rüber“ gehen. Und während des ersten Lockdowns im Frühjahr, in dem Sport oder Spaziergänge lediglich im Umkreis von fünf Kilometern um den Wohnbereich erlaubt waren, wechselte der Regierungschef über Ostern ganz selbstverständlich von seinem Dresdner Domizil ins familiäre Zweithaus im 125 Kilometer entfernten Waltersdorf im Zittauer Gebirge. Da mutet es doch recht scheinheilig an, wenn Kretschmer jetzt plötzlich gegen die angeblich so gefährlich hohe „Binnenmobilität“ der Sachsen wettet.

Politik und Medien schieben der Bevölkerung die Schuld in die Schuhe

## BORIS PALMER

## „Erst einmal die Landtagswahl im Frühjahr abwarten“

Grüne scheuen Bruch mit Tübingens populärem Oberbürgermeister vor dem Wählervotum vom 14. März

Vor Weihnachten sorgte Boris Palmer wieder einmal überregional für Schlagzeilen. Der grüne Oberbürgermeister von Tübingen hatte stolz auf das Corona-Management in seiner Stadt verwiesen und dafür viel Lob erhalten. Der 48-Jährige ist einer der bekanntesten Grünen – nicht nur im Musterländle, sondern bundesweit. Das liegt vor allem daran, dass er nur selten auf Parteilinie liegt.

Zunächst positionierte er sich in Sachen Asyl eindeutig und dann, zu Beginn der Corona-Pandemie, stellt er die Frage, ob es sinnvoll sei, „dass wir jetzt Menschen retten, die in ein paar Monaten ohnehin sterben“. Für viele Grüne war dies zu viel. Die Landesspitze forderte ihn zum Parteiaustritt auf, selbst die Bundestagsfraktion sah sich zu einer Distanzierung genötigt. „Für uns Tübinger Grüne ist vor-

allem wichtig, dass Boris Palmer nicht mehr grüner OB-Kandidat 2022 wird“, erklärte der Tübinger Parteivorstand zu Beginn der vergangenen Woche. Man werde ihn wegen dessen wiederholter verbaler Entgleisungen nicht mehr bei der Nominierung für eine Kandidatur um das Amt des Oberbürgermeisters unterstützen.

## Landtags- vor OB-Wahl

Einen Tag später ruderten die Funktionäre indes zurück. Die Aussage sei so nicht beschlossen worden. Man wolle erst einmal abwarten, wie die Wahlen im kommenden Jahr verlaufen, teilte die Partei knapp mit. Am 14. März wird außer in Baden-Württemberg auch in Rheinland-Pfalz das Parlament neu gewählt. Es folgen am 25. April Thüringen, am 6. Juni Sachsen-Anhalt sowie am 26. September

Mecklenburg-Vorpommern, Berlin und der Bund. Tübingens Oberbürgermeister wird hingegen erst im Herbst des Folgejahres 2022 ermittelt.

Der Zickzackkurs könnte auch daran liegen, dass sich der grüne Ministerpräsident höchstpersönlich eingeschaltet hat. „Ich war noch nie unversöhnt mit ihm. Ich habe öfter ärgerliche Debatten mit ihm“, erklärte Kretschmer in einem Interview auf die Frage, ob er den umstrittenen Parteifreund nach wie vor für höhere Aufgaben geeignet halte.

Palmer selbst, der zuvor mit einem Antritt als parteiloser Kandidat geliebäugelt hatte, will nunmehr um die Gunst der Partei kämpfen. „Ich fühle mich weiter als Grüner, ich will für diese Partei kämpfen, ich stehe hinter ihren Zielen. Dass ich kantiger und manchmal ein nicht einfa-

cher Typ bin, das muss ich mir eingestehen“, sagte er während einer Mitgliederversammlung der Tübinger Grünen. „Ich kann immer nur drum bitten, mich so zu nehmen, wie ich bin. Von meiner Seite aus ist das Angebot der Versöhnung absolut ernst gemeint.“

Doch ob sein Werben um die Nachsicht und Toleranz seiner Parteifreunde erfolgreich sein wird, ist ungewiss. Der bau- und wohnungspolitische Sprecher der Grünen-Bundestagsfraktion, Chris Kühn, erklärte, es gebe inhaltlich erhebliche Differenzen mit den Positionen von Palmer: „Es geht nicht um Versöhnung, sondern um massive Meinungsverschiedenheiten.“ Der Landesvorstand wollte sich zur neuen Diskussion nicht äußern. Auch dort hieß es: „Erst einmal die Landtagswahl im Frühjahr abwarten.“ **Peter Entinger**

## STADTGESTALTUNG

# Betonierte Öde im Herzen Berlins

Von wegen „trendiges Viertel“: Die Europacity am neuen Hauptbahnhof enttäuscht auf ganzer Linie

VON HERMANN MÜLLER

Die Unterschiede könnten kaum drastischer ausfallen: Bei der Wiederherstellung von Potsdams historischem Stadtkern und bei der neuen Europacity am Berliner Hauptbahnhof lassen sich zwei Extrempositionen im Umgang von Städten mit Investoren beobachten. Wer als Bauherr in Potsdam bei der Bebauung des Areals neben Landtag und Nikolaikirche zum Zuge kommen will, der muss sich nicht nur an den Stadtgrundriss der Vorkriegszeit halten. Die Auflagen der Stadt gehen mitunter bis in die Details der Fassadengestaltung. Zudem erwartet das Rathaus von den Investoren keine Höchstgebote für die Baugrundstücke, sondern vor allem Nutzungskonzepte, die zur historischen Stadtmitte Potsdams passen.

Ein völlig anderer Umgang mit Investoren war in den vergangenen Jahren bei einem der größten Entwicklungsgebiete Berlins zu beobachten. Nördlich des neuen Hauptbahnhofs ist entlang der Heidestraße seit 2012 auf einem ehemaligen Bahngelände ein ganzes Stadtviertel namens Europacity aus dem Boden gestampft worden. Bis 2008 gehörte das Gelände dem Bund, der das Gebiet an den Immobilienfonds CA Immo verkaufte. Das österreichische Unternehmen hat das fast 60 Hektar große Terrain, auf dem auch der historische Hamburger Bahnhof steht, zum Teil selbst bebaut, zum Teil als Einzelflächen an andere Investoren weitergegeben.

## Kultur trat die Flucht an

Bei der Entwicklung der Europacity hat Berlins Landesregierung den Investoren insgesamt viel Freiraum gelassen. Gemessen an dem, was Bauherren und Senat bei den Planungen in Aussicht gestellt hatten, enttäuscht das Projekt jedoch. Beworben wurde die Europacity von Investoren als „trendiges Wohn- und Arbeitsviertel“ mit „urbaner Mischung“. Inzwischen haben die Bauherren fast 3000 meist sehr hochpreisige Wohnungen errichtet, vor allem sehr viel Bürofläche.

Das Herz des neuen Stadtviertels sollte ursprünglich ein Stadthafen samt angrenzendem Kunstcampus beleben. Weil die EU das Vorhaben jedoch nicht fördern



„Globale Investoren-Dutzendware“: Europacity am neuen Berliner Hauptbahnhof

Foto: imago images/Dirk Sattler

wollte, fiel das Acht-Millionen-Projekt eines Stadthafens schnell dem Rotstift zum Opfer. Auch die Hoffnung, die Europacity durch eine Kulturszene zu beleben, erfüllte sich nicht.

Eingetreten ist sogar das Gegenteil: Nach der Jahrtausendwende hatten Künstler das ehemalige Güterbahnhofsareal tatsächlich für sich entdeckt und Ateliers und Galerien eröffnet. Diese Kunstszene ist mittlerweile weitgehend wieder weggezogen, weil die preiswerten Räume den Neubauten weichen mussten. Zudem kündigte im Frühjahr auch noch Friedrich Christian Flick den Abzug seiner Sammlung zeitgenössischer Kunst an. Der Sammler hatte 2004 auf eigene Kosten eine alte Lagerhalle des Hamburger Bahnhofs für seine Flick-Collection umbauen lassen. Als der Bund das Gelände verkaufte, verschief die Politik jedoch die Möglichkeit, den langfristigen Bestand der Ausstellungsräume zu sichern.

Zusammengenommen haben diese Einzelfaktoren dazu geführt, dass auf dem

alten Bahngelände in bester Innenstadtlage ein Viertel entstanden ist, das mittlerweile mehr an eine Bürostadt erinnert als an einen der lebendigen Berliner Kieze. Obwohl namhafte Architekten beteiligt waren, kann nicht einmal die Gestaltung überzeugen. Stattdessen haben Experten ein vernichtendes Urteil über das Areal gefällt: Als vergangenes Jahr Architekten, Kunsthistoriker und Journalisten in einem „Abriss-Atlas Berlin“ Stadtbereiche aufzählten, die am besten wieder abgeräumt werden sollten, tauchte darin auch das neugebaute Viertel um Berlins Hauptbahnhof auf: „Auf Sichtweite nur globale Investoren-Dutzendware vom Motel One links bis zum Humboldthafen rechts.“

## Nach Büroschluss wie ausgestorben

Verstärkt wird der Eindruck von städtebaulicher Ödnis noch durch das naheliegende Regierungsviertel: Sieht man vom Kanzleramt ab, sind wie schon in der Europacity auch hier moderne Rasterfas-

saden mit schmalen, schiefschartenartigen Fenstern offenbar architektonischer Standard. Noch stärker als im Fall der Europacity ist mit dem Regierungsviertel in Berlins Mitte eine Stadtlandschaft entstanden, die jenseits der Bürozeiten wie ausgestorben wirkt. Schon vor Jahren hatte der Bund deutscher Architekten auf einen städtebaulichen Notstand rund um das sogenannte Band des Bundes aufmerksam gemacht und in einem Brandbrief eine Belebung des Quartiers angemahnt.

Im Fall des Regierungsviertels müssen sich mit dem Berliner Senat, dem Bezirk Mitte und dem Bund allerdings gleich drei Akteure abstimmen. Dazu kommen noch die Interessen der Sicherheitsbehörden: Diesen dürfte ein übersichtliches, wenn gleich ödes Regierungsviertel weitaus weniger Kopfzerbrechen bereiten, als wenn sich zwischen Ministerien und Kanzleramt durch Cafés und Läden ein quirliges Stadtleben, aber auch ein höheres Sicherheitsrisiko entwickelt.

## VERKEHR

# Nach dem Auto nun Roller und Motorräder

Berlins Verkehrssenatorin Regine Günther hat ein neues Feindbild ausgemacht

In Berlin gibt es rund 107.000 zugelassene Motorräder, Mopeds und klassische Motorroller. Zwar ist es nach der Straßenverkehrsordnung (StVO) nicht gestattet, diese auf dem Bürgersteig abzustellen, aber in Berlin wie in anderen deutschen Städten auch ist es inzwischen eine Art Gewohnheitsrecht, die Zweiräder dort stehen zu lassen, was nur wenige stört, solange die Gefährte dort keine Passanten behindern.

Nur wenige Motorradfahrer erhielten daher bisher einen Bußgeldbescheid vom Ordnungsamt. Bis Ende November wurden 384 Knöllchen verteilt und 22 Abschlepp-Einsätze registriert. Rechtsgrundlage dafür ist die im Ordnungswidrigkeitengesetz enthaltene Vorgabe, dass Regelverstöße „nach pflichtgemäßem Ermessen“ zu verfolgen sind. Das lässt den Ordnungshütern einen vernünftigen Spielraum. Doch diese Praxis missfällt of-

fenbar Berlins Verkehrssenatorin Regine Günther (Grüne), die nach den Autofahrern auch die Motorradfahrer als Feindbild entdeckt zu haben scheint. Bereits im April 2020 beschloss die rot-rot-grüne Regierungsmehrheit in Berlin, künftig ein konsequentes Vorgehen gegen Falschparken auch auf Gehwegen.

## Fortlaufende Parkplatzvernichtung

Zu Günthers Missfallen scheint seither wenig passiert zu sein. Unlängst führte die Verkehrsverwaltung ein mahndendes Gespräch mit der für die Verkehrsüberwachung zuständigen Polizeipräsidentin. Die gelobte „Besserung“. Künftig soll es den Motorradfahrern an den Kragen oder besser die Brieftasche gehen, „indem künftig eine Duldung des (per se rechtswidrigen) Gehwegparkens durch motorisierte Krafträder nur noch dann in Be-

tracht zu ziehen wäre, wenn jegliche Behinderung Anderer mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen werden kann“.

Das aktuelle Senatsprogramm sieht ohnehin eine fortlaufende Parkplatzvernichtung vor. Mit einem Schlag gegen die Motorradfahrer erreicht Günther eine weitere – diesmal dramatische – Verknappung. Im Zusammenhang mit dem schärferen Vorgehen gegen das Gehwegparken von Motorrädern wird so ein Konkurrenzkampf zwischen Zweirad- und Autofahrern entfacht, die um die verbleibende Parkfläche ringen müssen.

## Ruhrgebiet geht andere Wege

Allerdings erntet Günther auch Zustimmung. Im Vergleich zu den 107.000 Zweiradfahrern vertritt der „Fachverband Fußverkehr Deutschland“ in Berlin nach eige-

nen Angaben zwar nur 500 Mitglieder, wird aber von Medien gern zitiert. Pressesprecher Roland Stimpel schimpft, „dass Fahrbahnen heilig und Gehwege die Reserampe sind“. Er twittert: Kraftfahrzeuge seien auf der Fahrbahn zu parken, sage die Straßenverkehrsordnung. Motorradfahrern, Verleihern wie Ordnungsämtern sei das bisher egal – „immer rauf auf den Gehweg“. Berlin wolle endlich anfangen, nach dem Gesetz zu handeln, freut sich Stimpel daher.

Am Ende könnte die grüne Mühe indes auch nach hinten losgehen. In einigen Kommunen Nordrhein-Westfalens wird bereits die Frage aufgeworfen, ob das Parken auf Gehwegen vor dem Hintergrund des chronischen Parkplatzmangels nicht legalisiert werden sollte, wie dies inzwischen in Essen oder Dortmund erwogen wird. *Frank Bücker*

## KOLUMNE

# Politisch unkorrekte Opfer

VON VERA LENGSELD

Der 19. Dezember 2020 war in Berlin ein strahlend blauer, sonniger Tag. Kein Weihnachtsmarkt um die Gedächtniskirche herum. So ein Anschlag wie 2016 kann sich dieses Jahr nicht wiederholen.

In der Gedächtniskirche wurde der Tat vor vier Jahren mit einem ökumenischen Gottesdienst gedacht. Das dachten jedenfalls die Überlebenden, Helfer und Opferangehörigen, die sich Corona-bedingt vorher anmelden mussten. Von der Politik nahm lediglich der Regierende Bürgermeister Müller teil.

Selbst vier Jahre nach dem islamistischen Terroranschlag haben weder der evangelische Pfarrer Martin Germer noch der katholische Erzbischof Heiner Koch in ihrer Predigt Ross und Reiter genannt: Statt die Tat eines bekennenden Terroristen einen islamistischen Terroranschlag zu nennen, redeten beide Geistlichen von einem Irregeleiteten. Diese Unaufrichtigkeit verdüsterte förmlich die goldene große Christusfigur in der Kirche. Der Gemeindepfarrer pflegt guten Kontakt zu dem Imam Sabri der Neuköllner Begegnungsstätte, obwohl diese Moschee vom Berliner Verfassungsschutz der Muslimbruderschaft zugeordnet wird. Ein deutscher Pfarrer hofiert einen Vertreter der Muslimbrüder, eine Organisation, die den jüdischen Staat vernichten möchte und auf Christen in der arabischen Welt Anschläge verübt.

In seiner Predigt erwähnte sein katholischer Amtsbruder Koch weitere Attentate: Paris, Wien, und auch Halle und Hanau. Aber der kürzliche Anschlag in Dresden, dessen Täter sich ausdrücklich auf den Breitscheidplatz-Terroristen bezog, oder das Berliner Stadtautobahnattentat wurden vergessen!

Der Erzbischof sprach über die Zumutungen durch Corona, richtete sich aber erst spät und fast gezwungenermaßen an die Opferangehörigen. Der islamistische Anschlag bleibt ein heißes Eisen. Das Gedenken daran scheint lästig zu sein.

## MELDUNG

# Viele Händler vor dem Aus

**Berlin** – Der Handelsverband Berlin-Brandenburg fordert aufgrund der Schließung rund um den Jahreswechsel die gleiche Entscheidung für den Handel wie für Gastronomie und Hotellerie. Die Corona-Hilfe der Bundesregierung für das Gastgewerbe sieht für November eine Entschädigung in Höhe von 75 Prozent des durchschnittlichen Umsatzes im Vorjahreszeitraum vor. Laut Nils Busch-Petersen, dem Hauptgeschäftsführer des Handelsverbandes, reichen die bisherigen Hilfen für den Handel nicht aus, da viele Händler ihr Eigenkapital aufgebraucht hätten. Zahlreiche Händler und Läden stehen nach Angaben des Verbandes nun vor dem Aus. Busch-Petersen betonte zudem, im Handel gebe es kein wesentliches Infektionsgeschehen. Bei der Pandemie-Bekämpfung sollten deshalb eher Busse, Bahnen und Schulen in den Blick genommen werden. *N.H.*

## ● MELDUNGEN

Verstrahltes  
Welterbe

**Kiew** – Die ukrainische Regierung will einen Antrag auf Aufnahme von Objekten in der Sperrzone von Tschernobyl in die Liste des UNESCO-Weltkulturerbes stellen. Wie der ukrainische Kulturminister Alexander Tkatschenko sagte, könne man viele „dieser Denkmäler konservieren, damit sich die Menschheit daran erinnern kann, was hier geschehen ist“. Seit 2006 gedenkt die Ukraine im Dezember jährlich der sogenannten Liquidatoren, die halfen, die Folgen der Reaktorexpllosion zu beseitigen. Am 14. Dezember 1986 war der erste Betonsarkophag über der Atomruine fertiggestellt worden. Die Sperrzone von Tschernobyl hat sich in den vergangenen Jahren zu einem Touristenmagneten entwickelt. 2019 kamen bereits rund 124.000 Besucher, die meisten aus dem Ausland. Nach Wunsch der Regierung sollen künftig eine Million Tagesgäste nach Tschernobyl reisen, um sich die „weltberühmte Attraktion“ anzusehen. Der Aufenthalt in der Sperrzone ist nur für kurze Zeit und in Begleitung von Fremdenführern möglich. **MRK**

Atommüll nach  
Tschernobyl

**Tschernobyl** – Ende April soll beim ehemaligen Kernkraftwerk in Tschernobyl ein Zwischenlager für Atommüll eingerichtet werden. Darüber informierte der Chef der ukrainischen Atomaufsichtsbehörde, Grigorij Platschkow. Zurzeit laufe noch eine zweite Testphase. Wenn die Genehmigung für die Inbetriebnahme des Atommüll-Lagers erteilt ist, sollen 21.000 abgebrannte Elemente von drei der vier zwischen 1970 und dem Jahr 2000 betriebenen Atomreaktoren in Spezialbehältern in ein Trockenlager nach Tschernobyl überführt und dort einbetoniert werden. Zurzeit lagert der Müll noch in einem Nasslager sowjetischer Bauart, das im Jahr 1986 in Betrieb genommen wurde. Die Kosten für das neue Zwischenlager werden mit über 410 Millionen Euro angegeben. Die abgebrannten Elemente sollen dort für etwa 100 Jahre sicher gelagert werden können. **MRK**

IS-Kämpfer  
zurückgeholt

**Frankfurt am Main** – Bundesaußenminister Heiko Maas (SPD) hat sich erleichtert gezeigt, dass drei IS-Frauen mit deutscher Staatsbürgerschaft und zwölf Kinder aus syrisch-kurdischen Lagern nach Deutschland geholt werden konnten. Es handle sich um „humanitäre Fälle“. Eine der drei Frauen wurde gleich nach der Landung in Frankfurt am Main festgenommen. Sie steht unter dem Verdacht der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung und der Beihilfe zu einem Verbrechen gegen die Menschlichkeit. In Syrien heiratete die 21-jährige Leonora M. den deutschen IS-Geheimdienstmitarbeiter Martin L. Er soll unter anderem eine jesidische Frau „erworben“ und später gewinnbringend verkauft haben, wobei ihm M. geholfen haben soll. Das Auswärtige Amt verhandelt laut „Tagesspiegel“ noch über die Rückholung von weiteren knapp 70 IS-Angehörigen aus kurdischen Lagern. **H.H.**

## BERGKARABACH-KONFLIKT

## „Der Kampf ist nicht beendet“

Chauvinistisches Auftreten von Alijew und seinem Gast Erdoğan auf Siegesparade in Baku

VON BODO BOST

**E**inen Monat nach dem Abschluss des vom russischen Präsidenten Wladimir Putin eingefädelteten Waffenstillstands im diesjährigen Krieg um Bergkarabach hatte Aserbaidschans Staatspräsident İlham Älijew zur Siegesparade in Baku den großen Verbündeten aus Ankara zu Gast. Dieser hatte, obwohl sein Land sich wegen der drithöchsten Corona-Zahlen weltweit in einem totalen Lockdown befindet, gleich zwei türkische Militäreinheiten mitgebracht, die an der Front in Bergkarabach mitgekämpft hatten und nun mitmarschieren durften.

Offiziell wird noch immer geleugnet, dass die Türkei Kampfverbände während des Krieges nach Aserbaidschan geschickt hat. Dies war nicht die einzige Lüge, die den Teilnehmern und angereisten Journalisten unverblümt von beiden Staatschefs während der Siegesparade präsentiert wurde. Gefehlt bei der Siegesfeier haben allerdings die Bataillone der Dschihadisten

aus Syrien, die unter Vermittlung des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan bereits am ersten Tag mit an die Front gezogen waren und dort als Kanonenfutter verheizt wurden.

**Türken marschierten mit**

Obwohl die Dschihadisten fehlten, nahm Älijew das Wort vom „Heiligen Krieg“ in den Mund, mit dem sie aserbaidjanisches Land befreit hätten. Die militärische Lösung sei notwendig gewesen, da die Jahre der fruchtlosen Diplomatie nicht zum Erfolg geführt hätten. Mit fruchtloser Diplomatie meinte Alijew die unter Federführung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und der Minsker Gruppe geführten Verhandlungen seit dem Waffenstillstand von 1994 nach dem ersten Bergkarabachkrieg.

Wie sein türkischer Gast machte auch Alijew in seiner Ansprache bei der Siegesfeier klar, dass der Sieg nur ein Zwischensieg in einem noch zu Ende zu führenden Krieg gewesen sei. Der aserbaidjanische

Präsident bezeichnete weite Teile Armeniens einschließlich der Hauptstadt Eriwan als „unser historisches Land“. Wann er sich dieses historische Land zurückholen werde, ließ Alijew offen. Auch dies wird wohl von dem türkischen Brudervolk und dessen Präsident Erdoğan abhängen.

**Zeichen an Wladimir Putin**

Letzterer sagte in seiner Rede, der Waffenstillstand „bedeutet nicht, dass der Kampf beendet ist“, um dann die, wie er es nannte, Seelen der Märtyrer von Bergkarabach zu beschwören, zu denen er auch einen der Hauptverantwortlichen für den Völkermord an den Armeniern zählte: Generalleutnant Enver Pascha. Der führende Jungtürke und zeitweilige Kriegsminister des Osmanischen Reiches war der Schmiel des deutsch-osmanischen Militärbündnisses im Ersten Weltkrieg. Kurz vor der Niederlage 1918 zog Enver seine Truppen von der Palästinafront ab und schickte sie nach Baku zur Herstellung eines pantürkischen-turanischen Reiches. Letzteres wurde

schließlich von den Russen beziehungsweise Sowjets verhindert.

Russische Waffen wurden zwar vonseiten der Aserbaidschaner im Kriege gegen Armenien eingesetzt, denn Russland belieferte jahrelang beide Konfliktparteien mit Kriegsmaterial. Aber auf der Siegesparade tauchten sie nicht als Siegerwaffen auf, sondern lediglich als von den Armeniern eroberte Beutewaffen in Form von Raketen und Panzern aus russischer Produktion. Dies sollte auch ein Zeichen an Putin sein. Auf dessen Friedenstruppen sind die Armenier angewiesen, um den Landkorridor bei Latschin zum noch von ihnen kontrollierten Teil von Bergkarabach zu nutzen.

Zur Siegesparade wurden erstmals Opferzahlen der aserbaidjanischen Streitkräfte bekanntgegeben, die während der Kampfhandlungen geheim gehalten worden waren. Nach diesen Zahlen sind 2738 aserbaidjanische Soldaten während des Krieges gefallen, Hunderte werden noch vermisst.



Nehmen gemeinsam die Militärparade in Aserbaidschans Hauptstadt ab: Die Staatspräsidenten der Türkei und Aserbaidschans, Recep Tayyip Erdoğan und İlham Älijew (v.l.)

## COMMUNIO MESSIANICA

## Ex-muslimische Christen organisieren sich

Mit Begeisterung zum Glauben – Konvertiten gründen Netzwerk

Nach zehn Jahren Vorlauf wurde am 18. November die „Communio Messianica“ gegründet. Das Netzwerk von Konvertiten aus 79 Ländern will eine Stimme für die Ex-Muslime sein, die zum Christentum konvertiert sind, und diese im Glauben und Leben unterstützen. Vor Jahren bereits hatte sich in Korntal bei Stuttgart ein internationales Leitungsteam der neuen Gemeinschaft gebildet, das aus Ex-Muslimen und aus Personen, die lange im islamischen Milieu gearbeitet haben, besteht. Die vier großen Sprachgruppen der islamischen Welt, Arabisch, Persisch, Urdu und Türkisch sind im Leitungsteam vertreten.

Zwei Faktoren haben zur Gründung des Netzwerkes beigetragen. Einerseits die zunehmende Radikalisierung und Militarisierung weiter Teile des Islams, ohne dass islamische Würdenträger dagegen angehen, und andererseits die Zunahme evan-

gelikalischer Tendenzen im Christentum, das immer weitere Kreise erfasst und auch in mehrheitlich muslimischen Ländern immer mehr Anhänger gewinnt.

**Enge Zusammenarbeit mit der WEA**

Während weite Teile des Islams, verunsichert durch die globale, freie Gesellschaft, immer mehr auf Gewalt und Zwang setzen, setzen die Pfingstkirchen auf die Macht und die Kraft des Geistes und können so die Massen ohne Zwang allein durch Begeisterung überzeugen und gewinnen. Auf diese Art sind in den vergangenen zwei Jahrzehnten Hunderttausende von Muslimen Christen geworden, einige Zehntausende auch in Deutschland, so viele wie bisher noch nie in der Geschichte, sagte der Vorsitzende von Communio Messianica, der Sudaner Yassir Eric, in Korntal dem Evangelischen Pressedienst.

Die neue internationale kirchliche Gemeinschaft der Ex-Muslime will die Ausbildung von Gemeindeführern unterstützen und den jungen Gemeinden in ihrer Medienpräsenz zur Seite stehen. Es sollen nicht mehr nur Menschenrechtsorganisationen für Konvertiten sprechen, sondern diese sollen und wollen ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen und eigene Selbstvertretungen aufbauen. Die bedrohten und verfolgten Christen sollen und wollen so dokumentieren, dass sie ihre Heimat lieben, auch wenn sie sich vom Islam losgesagt haben. Viele islamische Länder, die nicht zwischen Islam und Politik unterscheiden, setzen den Abfall vom Islam mit Illoyalität gegenüber dem Staat gleich.

Die theologische Grundlage der Communio Messianica ist die „Lausanner Erklärung“ der Weltweiten Evangelischen

Allianz von 1974 zur Missionsverpflichtung des Christentums. Das weltweite evangelikal ausgerichtete Netzwerk von 129 nationalen und regionalen Evangelischen Allianzen ist der wichtigste Partner der Neugründung, aber auch die römisch-katholische Kirche hat bereits ihr Wohlwollen gegenüber der neuen Bewegung zum Ausdruck gebracht.

Allein zu einigen orthodoxen und orientalischen Kirchen des Nahen Ostens, die dort nur ein Bleiberecht haben, weil sie sich in ein gesellschaftliches Korsett fügen, das auch das absolute Missionsverbot beinhaltet, sind die Beziehungen gespannt. Die traditionellen Ostkirchen sehen konvertierte Muslime immer noch als Außenseiter und begegnen ihnen oft mit Misstrauen und Ablehnung, weil diese die traditionelle Rolle der einheimischen Kirchen gefährdeten. **B.B.**

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

**B**is Mitte dieses Monats verhandelten die bäuerliche Aktionsgemeinschaft „Land schafft Verbindung“, der Bundesverband des Deutschen Lebensmittelhandels (BVLH), sowie Vertreter der Handelskonzerne Aldi, Edeka, Lidl, Kaufland und Rewe tagelang über die angespannte wirtschaftliche Situation der Landwirtschaft.

Anlass war der seit Monaten anhaltende Preisverfall für landwirtschaftliche Erzeugnisse. Akut in ihrer Existenz bedroht sind nach Angabe von „Land schafft Verbindung“ insbesondere die viehhaltenden Familienbetriebe. Deren Einnahmen würden im Schnitt nur noch zwei Drittel der Kosten decken.

Vertreter von „Land schafft Verbindung“ hatten dem Handel einen Forderungskatalog übergeben. Unterdessen blockierten Bauern seit Anfang des Monats wieder bundesweit Zentrallager von Aldi und Lidl und demonstrierten mit Traktoren vor ihren Marktpartnern, den Molkereien. Unter dem Druck eines Ultimatus von „Land schafft Verbindung“ einigten sich die Verhandlungspartner zuletzt auf einen Maßnahmenplan mit fünf Eckpunkten.

#### Zu Corona kommt noch die ASP

Zur Initiative „Land schafft Verbindung“ hatten sich 2019 der Bundesverband der Deutschen Milchviehhalter (BDM), die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), die Fachgruppe Milch von „Land schafft Verbindung“, das European Milk Board (EMB), die Freien Bauern und die Milcherzeugergemeinschaft (MEG) Milch Board zusammengeschlossen. Anlass der erneuten bäuerlichen Protestaktionen in diesem Jahr war der drohende Ruin zahlreicher Betriebe nach erneut gesunkenen Erlösen im Oktober, während die Kosten unter anderem wegen der Corona-Hygienevorschriften stiegen. „Land schafft Verbindung“ erklärte, dass die Corona-Pandemie, die Afrikanische Schweinepest (ASP) und die Geflügelpest wie Brandbeschleuniger innerhalb eines Systems wirkten, in dem die Ernährungsbranche stets der Gewinner sei, während die Landwirte als Erzeuger der Mittel zum Leben ihren Anspruch auf faire und auskömmliche Preise nicht durchsetzen könnten. Damit müsse endlich Schluss sein. Nur noch die direktvermarktenden Bauernhöfe würden derzeit über Hofläden und Marktverkauf zufriedenstellende Einnahmen erzielen.

So enthielt der Forderungskatalog von „Land schafft Verbindung“ an die Handelskonzerne denn auch konkrete Vorgaben für die Anhebung der Erzeuger-



Macht in gewohnter Manier mit Traktoren auf bäuerliche Anliegen aufmerksam: Aktionsgemeinschaft „Land schafft Verbindung“

#### LANDWIRTSCHAFT

## Auch Bauern sollen Corona-Hilfe bekommen

Die bäuerliche Aktionsgemeinschaft „Land schafft Verbindung“ einigte sich mit Handel und Discountern auf ein Maßnahmenpaket

preise für Milch und Fleisch. Weiterhin wurde die Gründung eines Trilogs aus allen Berufsvertretungen der Landwirtschaft vorgeschlagen, „um die nachhaltige, regionale Produktion in Deutschland zu sichern und auszubauen“. Die hiermit ebenfalls adressierten Molkereien und Schlachthöfe als Direktabnehmer der Bauern waren im Zuge der bäuerlichen Protestaktionen unter dem Motto „Schluss mit lustig! Uns geht die Luft aus!“ seit dem 11. November ebenfalls von Dutzenden Traktor fahrenden Landwirten „besucht“ worden. Der Aufforderung, mit den Landwirten und den Handelskonzernen gemeinsam über auskömmliche und faire Erzeugerpreise zu verhandeln, entzogen sich diese Marktpartner jedoch unter Verweis auf die „konzentrierte Nachfragemacht der Discounter“, der man innerhalb der Wert-

schöpfungskette wenig entgegenzusetzen habe.

#### Erfolgreiche Protestaktionen

Ein Eckpunkt in dem vom Handelsverband, Discountern und „Land schafft Verbindung“ beschlossenen Maßnahmenplan betrifft die Einrichtung eines Soforthilfsfonds zur Abfederung der Einkommenseinbußen vieler Landwirte aufgrund von Corona und ASP. Neben dem Lebensmittelhandel sollen sich daran auch der Staat, die Lebensmittelverarbeitung und die Lebensmittelindustrie beteiligen. Für die Sektoren Milch und Schweinefleisch werden umgehende konkrete und strukturelle Lösungen erarbeitet, um, wie es heißt, für höhere Anforderungen auch höhere Erlöse zu erzielen. Zur Stärkung der heimischen Landwirtschaft wird eine einheitliche, rechtskon-

forme Herkunftsbezeichnung eingeführt. Ferner soll eine neutrale Ombudsstelle geschaffen werden, um Konflikte zwischen Handel und Landwirtschaft im Rahmen eines strukturierten Verfahrens beizulegen.

Mit den Vereinbarungen zur Förderung des Miteinanders in der Lieferkette zeigte sich die „Land schafft Verbindung“ zufrieden. Kälbermäster, Geflügelzüchter und Ackerbauern bemängelten jedoch, dass vor allem Schweine- und Milchviehhalter profitieren würden. Die AbL erklärte, man werde auf jeden Fall weiter darauf hinarbeiten, das System der sogenannten Billiglandwirtschaft zeitnah zu überwinden. In der gesamten Erzeugungs- und Vermarktungskette gelte es, Veränderungen einzuleiten, damit Bauern sich ökonomisch, ökologisch und zukunftsorientiert aufstellen könnten.

#### ZENTRALBANKEN

## Mehr Gold verkauft als gekauft

Drittes Quartal 2020: Erstmals Trendumkehr auf diesem Gebiet seit zehn Jahren

Die Zentralbanken vieler Länder haben ihre Goldvorräte in den letzten Jahren teils kräftig aufgestockt. Jetzt allerdings kehrt sich der Trend um. Im dritten Quartal 2020 wurde erstmals seit zehn Jahren in der Summe mehr von dem Edelmetall veräußert als hinzugekauft. Dadurch schrumpften die staatlichen Goldreserven um 12,1 Tonnen im Gesamtwert von 625 Millionen Euro.

Verantwortlich hierfür waren insbesondere die Türkei und Usbekistan mit Verkäufen von 45,5 und 34,9 Tonnen. Kleinere Mengen Gold warfen außerdem noch Kolumbien, Sri Lanka, Tadschikistan, die Mongolei und Deutschland auf den Markt. Zwar gab es im Gegenzug auch einige größere Käufe durch Staaten wie die Vereinigten Arabischen Emirate und Katar, aber die konnten die Bilanz nur zum Teil wieder ausgleichen.

Der Grund für die Verkaufaktionen war der in diesem Jahr immerhin um rund ein Fünftel gestiegene Goldpreis. Dieses Hoch bescherte der Türkei Einnahmen von 2,3 Milliarden US-Dollar, mit denen die Zentralbank der Republik Türkei (TCMB) die schwer angeschlagene türkische Lira zu stabilisieren versuchte. Das Ergebnis dieser Bemühungen fiel jedoch ausnehmend bescheiden aus, da die wirtschaftliche Situation der Türkei weiterhin prekär geblieben ist.

#### Türkei und Usbekistan

Anderer Länder nutzten die Erlöse zur Sanierung ihrer Staatsfinanzen. So will die neue Regierung in Usbekistan das Land nun öffnen und für ausländische Investoren attraktiver machen. Dafür braucht sie Geld. Und die Bundesbank trennte sich von 2,3 Tonnen Gold, weil das Finanzmi-

nisterium Münzen für den gewinnträchtigen Verkauf an Privatanleger prägen zu lassen gedachte.

Auf den Goldpreis hatte das alles ebenso wenig Einfluss wie die im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 19 Prozent gesunkene Nachfrage nach physischem Gold von Seiten der Industrie und der Schmuckbranche. Beispielsweise investierten die Inder aufgrund der Corona-Krise in diesem Jahr nur noch halb so viel Geld in Goldschmuck wie in den Jahren zuvor.

Dem stand aber ein großes Interesse von Privatanlegern an Münzen und Barren gegenüber. Deren Absatz stieg bis Ende September um fast die Hälfte. Bemerkenswert ist, dass hier vor allem türkische Käufer zugegriffen. Während sich die TCMB also von ihrem Gold trennte, um die Lira zu stützen, sorgte das geringe

Vertrauen der Türken in ihre eigene Währung für einen Sturm auf das Edelmetall.

Jetzt stellt sich die Frage, ob der immer noch hohe Goldpreis auf eine Blase hindeutet, deren Platzen bevorsteht, oder ob mit weiteren Wertsteigerungen gerechnet werden kann. Hier ist der Blick auf das Verhalten der Zentralbanken hilfreich. Während die einen verkaufen, zeigen die anderen Kaufzurückhaltung. Als langfristig denkende Investoren können sie es sich leisten, auf günstigere Preise zu warten – und tun dies offenkundig auch. Andererseits nahmen die Verkäufe bislang aber kein sonderlich großes Ausmaß an, was nicht auf einen baldigen Einbruch hindeutet. Allerdings haben die Ereignisse dieses Jahres gezeigt, dass es immer zu unangenehmen Überraschungen kommen kann. *Wolfgang Kaufmann*

#### MELDUNGEN

## Aus der Traum vom Eigenheim

**Lübeck** – Wie aktuelle Daten des Immobilienfinanzierers Dr. Klein zeigen, wird es selbst für die gut verdienende Mittelschicht in Deutschland immer schwieriger, sich Wohneigentum aufzubauen. Demnach haben sich die Deutschen bei Baufinanzierungen im November im Durchschnitt mit fast 300.000 Euro verschulden müssen. Vor einem Jahr, im November 2019, war ein Wert von 266.000 Euro ermittelt worden. Im Schnitt konnten die Deutschen im November auch nur noch 14,7 Prozent der Kaufsumme in Form von Eigenkapital zur Immobilienfinanzierung aufbringen. Noch vor wenigen Jahren war ein Eigenkapitalanteil von 20 Prozent bei Immobilienfinanzierungen allgemein üblich. Nach Berechnungen des Immobilienverbandes IVD sind mittlerweile Eigentumswohnungen nicht mehr allein in München für Durchschnittsverdiener nicht mehr erschwinglich, sondern auch in Hamburg, Berlin, Köln, Stuttgart und Frankfurt am Main. *N.H.*

## Senkung ist verpufft

**Berlin** – Die vorübergehende Senkung der Mehrwertsteuer konnte laut dem Handelsverband Deutschland (HDE) so gut wie nichts gegen die negativen Auswirkungen des Lockdowns auf den Handel ausrichten, die Wirkung sei nur marginal gewesen. Dies sagte HDE-Hauptgeschäftsführer Stefan Genth der „Welt am Sonntag“. Die Drogeriekette Rossmann hat nach eigenen Angaben die Drei-Prozent-Senkung schon Ende September wieder zurückgenommen, ohne dass die Kunden dies wahrgenommen hätten. Zum 1. Januar endet die Senkung. Statt 16 oder fünf Prozent sind dann wieder 19 oder sieben Prozent Mehrwertsteuer fällig. Mit steigenden Preisen wird dennoch nicht gerechnet, da der Konkurrenzdruck nach Wiedereröffnung der Läden erheblich sein werde. Laut dem Handelsverband Textil sitzt die Branche bei Mode und Schuhen auf 300 Millionen Teilen, die infolge des Lockdowns bislang nicht angeboten werden konnten. *H.H.*

## Wohnungen Mangelware

**Berlin** – Der Wohnungsmarkt ist in vielen deutschen Großstädten nahezu leergefegt. Dies ergab eine Studie des Analysehauses Empirica und der Immobilienfirma CBRE, über welche die „Epoch Times“ berichtet. Bis vor einigen Jahren hätten die Metropolen die wachsende Nachfrage noch durch den Abbau von Leerstand zum Teil auffangen können. Das sei vorbei. Bei den Spitzenreitern München und Frankfurt am Main ist der Leerstand auf 0,2 Prozent gesunken. Die Experten empfehlen neben mehr Neubauten eine bessere Anbindung des Umlands, damit sich die Wohnungssituation in den besonders überlaufenen Großstädten entspanne. Das pfälzische Pirmasens dagegen ist Spitzzenreiter beim Leerstand, hier warten 9,3 Prozent aller Wohnungen auf neue Bewohner. In Chemnitz, Frankfurt an der Oder, Salzgitter und Schwerin stehen jeweils mehr als acht Prozent der Wohnungen leer. *H.H.*

## EU-RATSPRÄSIDENTSCHAFT

## Mehr ernüchternd als zufriedenstellend

NORMAN HANERT

Er ernüchtert als rundum zufrieden klingt die Einschätzung, die Angela Merkel zum Ende der deutschen EU-Ratspräsidentschaft zog. „Die Ratspräsidentschaft hat Freude gemacht, auch wenn viele Dinge nicht umgesetzt werden konnten“, so die Kanzlerin nach dem letzten EU-Gipfel im Dezember. Aus ihrer Perspektive als Erfolg verbuchen kann die Bundesregierung, dass sie quasi noch auf den letzten Metern des deutschen Vorsitzes eine Verschärfung des EU-Klimaziels für 2030 durchgesetzt hat.

Der Durchbruch gelang erst auf dem letzten EU-Gipfel. Im Zuge einer nächtlichen Marathonsitzung einigten sich die Staats- und Regierungschefs auf das Ziel, bis 2030 den Ausstoß von sogenannten Treibhausgasen in der EU um mindestens 55 Prozent unter den Wert von 1990 abzusinken. Bisher hatte die EU ein Ziel von minus 40 Prozent angepeilt. Die deutsche Kanzlerin pries die neue Vereinbarung als „ganz, ganz wichtiges Ergebnis. Dafür hat es sich auch gelohnt, eine Nacht nicht zu schlafen“.

Die von Merkel und Frankreichs Präsident Emmanuel Macron gewünschte Verschärfung musste Polen allerdings regelrecht abgekauft werden. Auf dem EU-Gipfel hatte der polnische Regierungschef Mateusz Morawiecki in einer Nachtsitzung eine Einigung stundenlang blockiert, um zusätzliches Geld für eine Neuausrichtung der polnischen Wirtschaft durchzudrücken. Diese Art Vorgehen der polnischen Führung ist auf EU-Gipfeln immer öfter zu beobachten.

## Einstieg in die Schuldenunion

Zufrieden kann auch Italien sein. Für Ministerpräsident Giuseppe Conte lautete beim EU-Gipfel im Frühjahr die Parole: Eurobonds oder nichts. Mit seiner strikten Haltung hat Conte letztlich die gewünschte gemeinsame Schuldenaufnahme durchgesetzt. Statt „Euro-Bonds“ hat der Schuldenplan nun den Namen „Corona-Wiederaufbaufonds“ erhalten.

Merkels Einlenken auf die Forderungen der Südeuropa stellt eine entscheidende Weichenstellung in der deutschen

Europapolitik dar. Im Streit um die gemeinsame Schuldenaufnahme hat die Bundesregierung Staaten wie die Niederlande im Regen stehen lassen, die bislang Verbündete waren, um den Geldhunger der EU etwas zu begrenzen.

Allerdings sind die von Italien und anderen Ländern durchgedrückten Schuldenpläne keineswegs in trockenen Tüchern. Europarechtler der Berliner Humboldt-Universität meldeten vor Kurzem sehr starke Bedenken an, ob die Corona-Hilfen der EU einer Klage beim Bundesverfassungsgericht standhalten würden. Matthias Ruffert, Professor für Europarecht, und Malte Symann, der zum EU-Haushaltsrecht promoviert hat, sehen mehrere juristische Risiken. Laut den Plänen soll die EU Schulden aufnehmen, ohne dass eine Rückzahlung verbindlich geregelt wird.

Geradezu als Einladung zu einer Verfassungsbeschwerde sehen die beiden Juristen, dass der Bundestag über die deutsche Beteiligung an dem 750-Milliarden-Paket nur mit einfacher Mehrheit beschließen will. Nötig ist nach Ansicht der Europarechtler stattdessen eine Zweidrittelmehrheit. Sollte es zu Klagen kommen, prophezeite Ruffert gegenüber dem „Tagesspiegel“, werde das Finanzpaket vor Gericht der EU „um die Ohren fliegen“.

Bereits als gescheitert angesehen werden kann der Versuch eines EU-Migrationspaktes. Zwar herrscht weitgehende Einigkeit unter den EU-Mitgliedstaaten bezüglich eines besseren Schutzes der Außengrenzen und schnellerer Abschiebungen. Brüssels Vorhaben, Asylbewerber nach festen Quoten auf alle EU-Länder zu verteilen, hat sich jedoch als nicht durchsetzbar herausgestellt.

Nachdem Deutschland an dem EU-Migrationspakt gescheitert ist, bekommt nun Portugal die Aufgabe weitergereicht. Das Land übernimmt von Deutschland im ersten Halbjahr 2021 die EU-Ratspräsidentschaft. Bereits im Vorfeld hat die in Lissabon amtierende Regierung unter dem sozialistischen Premierminister António Costa angekündigt, in dem halben Jahr an der Spitze des EU-Rates das europäische Sozialmodell in den Mittelpunkt stellen zu wollen. Am 7. und 8. Mai will Portugal dazu in Porto einen Sozialgipfel ausrichten.



Seit Jahren umstritten: Die Europäische Zentralbank und ihre Geldpolitik

Foto: pa

## EZB-GELDPOLITIK

## Die Trickserei geht weiter

WOLFGANG MÜLLER-MICHAELIS

Im Leitartikel zur Ausgabe zum ersten Advent 2020 schlug das „Hamburger Abendblatt“ einen ungewohnt barschen Ton an: „Schluss mit Negativzinsen!“ hieß es dort, Politik, EZB und Geschäftsbanken müssten endlich ihren Kurs korrigieren, „und zwar schnell“. So sehr dieser Unmutsausbruch aufhorchen ließ, so häufig wurde er in den vergangenen Jahren vernommen, seit der ehemalige Goldman-Sachs-Banker Mario Draghi Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB) war.

Der Leiter der Wirtschaftsredaktion des „Abendblatts“, Oliver Schade, erinnerte an die Vor-Draghi-Zeit, als Banken noch vier Prozent auf Tagesgeld zahlten und Großeltern den Enkeln zu Weihnachten ein Sparbuch schenkten. Diese Zeiten sind vorbei. Heute muss der Kunde dafür zahlen, dass die Bank sein Geld aufbewahrt. Und was ist mit der älteren Generation, fragt Schade, die jahrzehntelang Geld zur Seite gelegt hat zur Ergänzung der Rente und nun auf ihre Ersparnisse jährlich Strafzinsen überweisen muss? Selbst die Rentenversicherung wird für ihre gesetzlichen Rücklagen mit Strafzinsen belegt, was das Rentenaufkommen entsprechend schmälert. Eine verrückte Welt, die niemand versteht, zumal sie das Vorsorgeprinzip, auf dem unsere Wirtschaft, unsere Kultur, unser Rechtswesen seit Jahrhunderten basiert, außer Kraft setzt.

Unmut und Zorn über diese ungewohnten Belastungen bei den Banken abzuladen ginge indessen an die falsche Adresse. Denn diese sind selbst Opfer der Geldpolitik der Notenbanken und ihrer europäischen Holding, der EZB. Sie geben die für ihre Einlagen bei der Zentralbank zu entrichtenden Strafzinsen an ihre Kunden weiter. Und sie tun dies widerwillig, weil sie wissen, dass auf diese Weise ihr traditionelles Kerngeschäft, Geld gegen Zinsen auszuleihen und für Einlagen den Kunden Zinsen zu zahlen, zerstört wird.

Man muss also nach dem Wieso und Warum der Geldpolitik der EZB fragen und nach dem merkwürdigen Verhalten der Bundesregierung, diese die Sparer, Banken und Wirtschaft weitreichend belastende Politik mitzutragen. Diese Frage stellt sich umso nachdrücklicher, als dem deutschen Wähler zum Start der Europäischen Währungsunion versprochen worden war, dass sich die Währungspolitik der EZB nach dem Modell der Deutschen Bundesbank allein um den Erhalt der Währungsstabilität zu kümmern habe.

Dieses Versprechen konnte nicht eingehalten werden, weil bei Errichtung der Währungsunion unterschiedlich strukturierten Mitgliedsländern ein einheitliches System übergestülpt wurde, das nicht für alle gleich gut passte. Divergierende Leis-

tungsstärken der Volkswirtschaften, der ordnungspolitische Gegensatz von staatswirtschaftlich geprägten Südländern zum marktwirtschaftlichen Modell der Nordländer sowie fehlende Koordinierung der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik sind die Gründe für den Dauerkrisenmodus, in dem sich die Euro-Zone befindet.

Beim Amtsantritt von Mario Draghi als EZB-Präsident hatten die Südländer Verschuldungsgrade erreicht, die eine weitere Geldbeschaffung an den Kapitalmärkten nicht mehr zuließen. Daher spannte die Währungsbehörde, nachdem schon vorher der Europäische Stabilitäts-

mechanismus (ESM) dieser Aufgabe nicht mehr gewachsen war, den Rettungsschirm PSCP auf, unter dem die unzulässige Staatsfinanzierung durch Notenbanken indirekt durchgezogen wurde. Es handelt sich um ein Anleihekaufprogramm, bei dem von 2016 bis heute zwei Billionen (!) Euro aus der Druckerpresse der EZB geflossen sind, offiziell mit der Begründung, damit eine Wachstumsdynamik im Euro-Raum in Gang zu setzen. Volkswirte alter Schule wissen, dass Wachstum nicht mit billigem Geld, sondern mit innovativen Ideen generiert wird, die angemessene Erträge in der Zukunft erwarten lassen.

mechanismus (ESM) dieser Aufgabe nicht mehr gewachsen war, den Rettungsschirm PSCP auf, unter dem die unzulässige Staatsfinanzierung durch Notenbanken indirekt durchgezogen wurde. Es handelt sich um ein Anleihekaufprogramm, bei dem von 2016 bis heute zwei Billionen (!) Euro aus der Druckerpresse der EZB geflossen sind, offiziell mit der Begründung, damit eine Wachstumsdynamik im Euro-Raum in Gang zu setzen. Volkswirte alter Schule wissen, dass Wachstum nicht mit billigem Geld, sondern mit innovativen Ideen generiert wird, die angemessene Erträge in der Zukunft erwarten lassen.

Das taktische Agieren der Bundesregierung legt die Vermutung nahe, dass in den unter Verschluss gehaltenen Papieren die fatale Wirkung der EZB-Maßnahmen erörtert wird

mechanismus (ESM) dieser Aufgabe nicht mehr gewachsen war, den Rettungsschirm PSCP auf, unter dem die unzulässige Staatsfinanzierung durch Notenbanken indirekt durchgezogen wurde. Es handelt sich um ein Anleihekaufprogramm, bei dem von 2016 bis heute zwei Billionen (!) Euro aus der Druckerpresse der EZB geflossen sind, offiziell mit der Begründung, damit eine Wachstumsdynamik im Euro-Raum in Gang zu setzen. Volkswirte alter Schule wissen, dass Wachstum nicht mit billigem Geld, sondern mit innovativen Ideen generiert wird, die angemessene Erträge in der Zukunft erwarten lassen.

## Schulden für künftige Generationen

Flankiert wurde die inflationäre Geldvermehrung durch eine Nullzinspolitik, die inzwischen in eine Negativzinspolitik abgeglitten ist. Die wirtschaftsfeindlichen Auswirkungen wurden eingangs beschrieben. Dennoch wurde sie inzwischen mit der Folge 3 der Rettungsschirm-Parade fortgesetzt, dem Corona-Wiederaufbaufonds, der ebenfalls in die Billionen-Dimension hineinreicht. Man hat ihm sinnigerweise das Label „Next Generation EU“ verpasst, möglicherweise ein unterbewusstes Eingeständnis dafür, dass man unlösbare Probleme der Gegenwart am bes-

ten in Schuldtitel verwandelt und sie künftigen Generationen vor die Portale kehrt.

Immerhin haben sich einige Mutige gefunden, dieses Manövrieren einer höchst-richterlichen Überprüfung zuzuführen (siehe PAZ 34/2020). Zu den Beweggründen mehrerer Klägergruppen, die vor das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe gezogen waren, gehörte auch die Vermutung, dass es sich bei der unorthodoxen Geldpolitik der EZB um einen Angriff auf die marktwirtschaftliche Ordnung handeln könnte. Denn wenn der Preis der zentralen Ressource der Volkswirtschaft, der Zins des Kapitals, nicht mehr vom Markt, sondern von einer Behörde bestimmt wird, ist die für die marktwirtschaftliche Ordnung wesentliche Steuerungsfunktion außer Kraft gesetzt, nach der das Kapital über die Zinshöhe dorthin geleitet wird, wo es am dringendsten gebraucht wird.

Wo die grenzenlose Verschuldung (lat. *debeta*) für die Wirtschaftsordnung eine ähnlich zerstörerische Wirkung wie das Coronavirus für die Menschen hat, ist Gefahr im Verzug. Daher war das Urteil des BVerfG vom 5. Mai 2019 „zwingend“, wie Verfassungsrichter Peter M. Huber unterstrich. Das Gericht hielt sich nicht mit der Frage auf, ob die EZB mit ihrer Geldpolitik gegen die eigenen Statuten verstoße (was sie tut), sondern es ging allein um die Nebenfolgen der extremen Eingriffe in die Kapitalmärkte. Dazu sollte die EZB die Verhältnismäßigkeit der getroffenen Maßnahmen in Bezug auf die mit ihnen verbundenen Kollateralschäden nachweisen. Die Bundesregierung reichte dem Gericht in Amtshilfe für die EZB sieben Dokumente zum Nachweis der Verhältnismäßigkeit ein, von denen vier ohne nennenswerten Klärungsbeitrag und drei, die für die Prüfung relevant sind, der Geheimhaltung unterworfen wurden.

Gegenwärtiger Stand ist, dass zwei Klägergruppen auf Akteneinsicht in die von der Bundesregierung geheim gehaltenen Dokumente klagen. Im Wege eines Vollstreckungsantrags wird das Ziel verfolgt, nach erhaltener Einsicht in die Dokumente die Teilnahme der Bundesbank am Anleihekaufprogramm der EZB auszusetzen.

Das taktische Agieren der Bundesregierung legt die Vermutung nahe, dass in den unter Verschluss gehaltenen Papieren die erodierende Wirkung der EZB-Maßnahmen auf die marktwirtschaftliche Ordnung erörtert werden, insbesondere im Hinblick auf die private Altersversorgung, die Ersparnisse der privaten Haushalte, den Immobilienmarkt, die Stabilität des Bankensystems und die solide öffentliche Haushaltsführung. In all diesen Bereichen wird das Schuldenvirus *Debeta* sein zerstörerisches Werk fortsetzen, solange ihm nicht durch eine geldpolitische Umkehr, wie sie nicht nur Oliver Schade vom „Hamburger Abendblatt“ fordert, Einhalt geboten wird.

## Preußische Allgemeine

## IMPRESSUM

**Chefredakteur:** René Nehring (V.i.S.d.P.)

**Verantwortliche Redakteure:** Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Die Pommerische Zeitung: Brigitte Stramm.

**Korrespondenten:** Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

**Verlag und Herausgeber:** Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

**Druck:** Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

**Bezugspreise** pro Monat seit 1. Januar 2019:

Inland 12 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 14,50 Euro, Luftpost 18,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

**Einzelverkaufspreis:** 2,90 Euro.

**Anzeigen:** Ingrid Stuthmann.

Es gilt Preisliste Nr. 33.

**Konten:** Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht haftet.

**Telefon** (040) 4140 08-0  
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32  
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50  
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32  
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42  
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

**Internet:** www.paz.de

**E-Mail:** redaktion@paz.de  
anzeigen@paz.de  
vertrieb@paz.de

**Landsmannschaft Ostpreußen:**  
www.ostpreussen.de  
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de

## Ode an die Un-Freude

Das Murmeltier grüßt nicht mehr – Im Jahr 2020 kam alles anders als gedacht. Wird es im neuen Jahr anders sein?

VON HARALD TEWS

Es gibt ihn tatsächlich, diesen Murmeltiertag. Immer am 2. Februar wird in Punxsutawney im US-Bundesstaat Pennsylvania ein Murmeltier aus der Höhle gelockt, dessen Erscheinen den weiteren Verlauf des Winters vorhersagen soll. Und es gibt diesen Film mit Bill Murray von 1993. In „Und täglich grüßt das Murmeltier“ sitzt er als TV-Wetterfrosch in einer Zeitschleife fest und muss diese tierisch eintönige Zeremonie immer und immer wieder über sich ergehen lassen.

Ähnliche Déjà-vu-Erlebnisse hatten auch die Zeitungs-Aguren bislang stets bei Jahresende. Waren nicht viele Ereignisse so vorhersehbar wie der nächste Meistertitel des FC Bayern? Olympische Spiele, Welt- und Europameisterschaften, Kulturfestivals, Kinoblockbuster, Jubiläumsfeiern und Weihnachtsfeste sind so sicher wie das Amen in der Kirche. Dachte man. Dann kam das Jahr 2020. Und nichts war mehr so wie vorher.

Das Undenkbare, das, was kein Weiseger prophezeit hatte, trat ein: Die Olympischen Spiele in Tokio fielen ebenso aus wie die Fußball-Europameisterschaft mit Spielbegegnungen auch in München; es gab keine Bayreuther Festspiele; Konzerte, Theater- und Kinopremieren – fast alles abgesagt oder nur vor einem kleinen Publikum möglich; Ausstellungen hat man auf unbestimmte Zeit verschoben oder fanden nur im digitalen Raum statt; in Berlin hat man ein Schloss wiederaufgebaut, aber keiner darf seit der digitalen „Eröffnung“ des Humboldt-Forums im Dezember rein; das Beethoven-Jubiläum, das man mit viel Aufwand feiern wollte, wurde zu einer einzigen Ode an die Un-Freude; Weihnachtsmärkte hat man schnell wieder abgebaut; große Silvester-



Jährlich wiederkehrendes mediales Ereignis mit Déjà-vu-Faktor: Murmeltiertag in Punxsutawney

Foto: pa

partys wird es nicht geben, selbst das Verreisen in ferne Länder hat man uns verboten oder wir verkneifen es uns freiwillig.

### Der Zeitschleife entronnen

Wäre das Jahr für die meisten Restaurant-, Bar- und Ladenbesitzer sowie Künstler und älteren Menschen nicht so tragisch verlaufen, könnte man davon sprechen, dass man endlich aus einer Zeitschleife ausgebrochen wäre. Die Welt ist zum Stillstand gekommen, es ist, als hätte jemand den Pausenknopf gedrückt. Eine Zeit des Verschnaufens ist eingeläutet, ein aufgezwungenes Sabbatjahr, das

für die meisten von uns aber nur Stress bedeutet. Für Erholung braucht man Urlaub oder den Kunstgenuss – beides hat man uns im Krisenjahr 2020 genommen.

Krisenjahr? Ist das nicht ein verharmlosender Ausdruck? Ist es nicht eher so, dass sich die Welt wie in einem Kriegszustand befindet? Ein Dritter Weltkrieg, bei dem sich die gesamte Menschheit gegen eine unsichtbare Macht zur Wehr setzen muss, bei dem wir mit „AHA“-Kanonen auf Viren schießen, mit Virologen und Epidemiologen als unerfahrene Generäle, denen eine einheitliche Strategie fehlt, bei dem alle auf eine Wunderwaffe namens

Impfstoff hoffen, bei dem wir für diese Notzeit hysterische Hamsterkäufe tätigen und Unmengen von Toilettenpapier horten und bei dem wir als Gasmasken den Mund-Nasen-Schutz aufziehen?

Und bei dem es Kriegsgewinnler gibt: die Pizza-Services, die Online-Kaufhäuser wie Amazon, die Verpackungsindustrie, die Paketzusteller, die Goldhändler. Dafür liegt die gesamte Reise- und Kulturbranche brach. Die große Party, die vielen Unternehmen jährliche Milliarden Gewinne bescherte, ist vorbei. Rückblickend kommt es einem so vor, als hätte sich die ganze Welt bis zum Jahr 2020 permanent

im Partymodus befunden. Die Frage ist nur, was und warum wir die ganze Zeit gefeiert haben. Weil das Geld floss?

Vielleicht war es Zeit, dass wir mit der Wucht des Dampfhammers auf den Boden der Tatsachen zurückgeholt wurden. Dieses Innehalten lässt uns Zeit zum Luftholen und Nachdenken. Haben wir in diesem Jahr etwas versäumt? Haben wir mit neuen Rekorden, Goldmedaillen und Dopingkandalen bei den ausgefallenen Sportereignissen wirklich Wesentliches verpasst? Es wären doch nur die üblichen sportlichen Eintagsfliegen gewesen.

Diese Fliegen, das wissen die Auguren, werden wiederkehren. Die Olympischen Spiele sollen nun 2021 in Tokio stattfinden, ebenso wurde die Fußball-Europameisterschaft auf das neue Jahr verschoben. Notfalls vor leeren Arenen als reine TV-Show, Hauptsache die Einnahmen stimmen. Geisterspiele eben. Auch so ein Wort, das wir neu in unser Vokabular aufgenommen haben wie Corona-Pandemie, Coronaleugner, Lockdown, Shutdown oder systemrelevant.

Sicher ist auch, dass die Kultur wieder anlaufen wird – und muss. Fragt sich nur, wie. Die Berlinale, so viel weiß man schon, wird es zweigeteilt geben, als digitale Vorstellung vor Fachpublikum im März und ganz real mit Kinozuschauern im Juni. Erfindungsreichtum ist gefragt, um dem Virus ein Schnippchen zu schlagen. Das gilt für die Italiener, um den 700. Todestag Dante Alighieris, für die Franzosen, um den 200. Todestag Napoleons und den 200. Geburtstag Flauberts, sowie für die Russen, um den 200. Geburtstag Dostojewskis angemessen zu würdigen.

Wie es genau weitergeht, weiß wohl keiner. Der Winter unseres Corona-Missergnügens könnte noch lange andauern, denn das Murmeltier grüßt nicht mehr.

AUTOR VON „DIE PHYSIKER“

## Barocker Drauflosdenker

Friedrich Dürrenmatt wurde vor 100 Jahren geboren – Die Schweiz feiert ihn unter Lockdownbedingungen

Die Schweiz ist relativ glücklich dran. Die Skipisten sind noch geöffnet, und bis zuletzt durfte auch Friedrich Dürrenmatt vom Himmel aus hoffen, dass man seinen 100. Geburtstag am 5. Januar gebührend feiert. Zahlreiche Ausstellungen, Tagungen und Aufführungen seiner Stücke waren geplant, die dann wohl doch nicht realisiert werden können. Kurz vor Weihnachten entschied der Bundesrat: Skipisten dürfen offenbleiben, Museen und Theater aber nicht.

Dann könnte auch über Dürrenmatt ebenso der Schleier fallen, wie es bei Beethoven der Fall war, dessen 250. Geburtstag Mitte Dezember zur Randerscheinung mit vielen abgesagten Konzerten verkam. Dürrenmatts Hausverlag Diogenes hat aus nachvollziehbaren Gründen etwas dagegen, dass sein Autor unter den Tisch fällt. Zum Jubiläum hat der Verlag noch vor Weihnachten eine Reihe geschenktauglicher Neuerscheinungen auf den Markt gepumpt. So erschien eine neue Werkausgabe in 37 Bänden (4032 Seiten, 193 Euro), das Lesebuch „Gedankenschlosser“ (144 Seiten, 12 Euro) und in Kooperation mit dem Steidl Verlag der erste von drei Bänden über das bildnerische Werk des Autors, der zeitweilig auch gemalt hat („Wege und Umwege mit

Friedrich Dürrenmatt“, Band 1, 328 Seiten, 65 Euro). Ende April soll darüber hinaus eine fünfbändige Edition des autobiographisch geprägten „Stoffe-Projekts“, Dürrenmatts erzählerisches Alterswerk, erscheinen (2208 Seiten, 400 Euro).

Daneben gibt es von Diogenes eine neue Dürrenmatt-Biographie. Ulrich Webers Studie ist nicht die erste über Leben und Werk des Autors. Zuvor gab es schon ähnliche Annäherungen von Lutz Tantau und Peter Rüedi. Doch die von Weber, seines Zeichens Kurator des Dürrenmatt-Nachlasses in Bern und Co-Autor des ebenfalls neuen „Dürrenmatt-Handbuchs“ (Metzler Verlag, 445 Seiten, 29,99 Euro), ist sicher die bislang fundierteste über diesen „barocken Dichterstürmer“.

Dabei äußerte Dürrenmatt laut Weber, „er habe keine Biographie, und meinte da-

mit sein äußerlich ruhiges bürgerliches Leben“. Was gibt es also zu erzählen über dieses an spektakulären Ereignissen arme Leben des Pfarrerssohns, das am 5. Januar 1921 im Emmental begann und am 14. Dezember 1990 in Neuenburg (Neuchâtel) nach einem Herzversagen endete? Der Dampfplauderer verstand sich eher auf „geistige Abenteuer“, die Weber jetzt sorgfältig nachzeichnet.

Obwohl Dürrenmatt gut 45 Jahre lang schriftstellerisch auf Abenteuersuche ging, beschränkte sich seine erfolgreichste Zeit auf die Jahre von 1950 und 1962. In diesen zwölf Jahren erschienen seine bekanntesten Werke: der zum purem Gelderwerb geschriebene Krimi „Der Richter und sein Henker“, das Drehbuch zu dem mit Heinz Rühmann (als Kommissar) und Gert Fröbe (als Kindermörder) verfilmten Krimi „Es geschah am hellichten Tag“ sowie die unverwüstlichen Dramen „Der Besuch der alten Dame“ und „Die Physiker“, die zu Welterfolgen wurden.

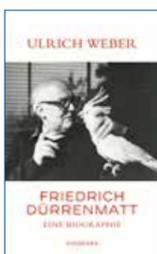
Diese Werke sind inzwischen Klassiker der neueren deutschsprachigen Literatur, die Dürrenmatt neben Max Frisch zum bekanntesten Schweizer Autor des 20. Jahrhunderts machten. Beide hätten den Nobelpreis verdient, den aber – 1919 – außer dem heute nahezu vergessenen

Carl Spitteler kein anderer Schweizer erhalten hat. Herrmann Hesse erhielt ihn 1946 zwar als eingebürgerter Schweizer, stammte aber aus Württemberg.

Mit keinem seiner späteren Werke konnte Dürrenmatt an seine früheren Erfolge anknüpfen. Das Fernsehen machte ihn als Bühnendramatiker zunehmend entbehrlich. Und so ließ der Autor, der sich so gar nicht als ein Denker, sondern als ein „Drauflosdenker“ sah, in Essays seinen Gedanken über seine Lieblingsphilosophen Schopenhauer, Kierkegaard und Nietzsche freien Lauf. Und das durchaus mit Witz. Der Verstand, so heißt es in „Über Toleranz“, werde „doch immer mit dem gesunden Menschenverstand verwechselt, von dem die Tiere so weitaus mehr besitzen“. Dürrenmatt besaß zweifellos beides.

H. Tews

- **Radio und Fernsehen** „Ein Jahrhundert Friedrich Dürrenmatt“, Themenschwerpunkt im SRF bis 9. Januar. „Lange Nacht über Dürrenmatt“ im Deutschlandfunk am 9. Januar ab 23.05 Uhr.
- **Ausstellungen** (geplant) „Kosmos Dürrenmatt“ im Strauhof, Zürich, bis 10. Januar. Diverse Schauen im Centre Dürrenmatt, Neuchâtel, ab 24. Januar.
- **Alle Termine** [www.duerrenmatt21.ch](http://www.duerrenmatt21.ch)



Ulrich Weber, „Friedrich Dürrenmatt. Eine Biographie“, Diogenes Verlag, Zürich 2020, gebunden 720 Seiten, 28 Euro

### ● MELDUNGEN

## Beute ist zurück

**Potsdam** – Die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten (SPSG) hat das bislang als Kriegsverlust geltende Gemälde „Lagerszene mit Soldaten und Frauen“ von Johannes Lingelbach (1622–1674) zurückerworben. Das aus der Sammlung König Friedrich Wilhelms III. stammende Bild hing ab den 1930er Jahren im Jagdschloss Grunewald, wo es von britischen Besatzungssoldaten gestohlen wurde und später in den Kunsthandel gelangte. Nach der Rückführung soll es im Schloss Caputh gezeigt werden. Die SPSP verzeichnet seit 1945 fast 2000 Gemälde als Kriegsverluste, von denen erst knapp 40 wieder aufgetaucht sind. *tws*

## Hafenglocke

**Stade** – Eine Replik der Glocke aus der Wilsnacker Wunderblutkirche hängt derzeit über dem Stader Hansehafen. Im Zuge der Reformation in der Mark Brandenburg ließ Kurfürst Joachim II. die 3,5 Tonnen schwere Originalglocke aus Bronze 1562 im Glockenturm des Berliner Doms einfügen. Nach einem ungewöhnlich langen Totengeläut für die 1921 verstorbene Kaiserin Auguste Viktoria wurde sie unbrauchbar. *tws*

VON MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Wer Goethes Faust oder Schillers Wilhelm Tell in der Schule durchgenommen hat, wird an den gelben Reclam-Heftchen, die als „Reclams Universal-Bibliothek“ in die Buchhandelsgeschichte eingegangen sind, kaum vorbeigekommen sein.

Die Absicht des Verlagsgründers Anton Philipp Reclam (1807–1896), klassische Literatur zu niedrigem Preis herauszugeben, wurde zum Erfolgsrezept. Die kleinformigen Bändchen der Universal-Bibliothek (UB) bieten bis heute nicht nur einen preiswerten Zugang zu Werken der deutschen Klassiker wie Goethe, Schiller, Lessing, Kleist oder Keller, sondern auch der anderer Nationalliteraturen, etwa Homer, Dante, Platon, Shakespeare, Molière, Ibsen oder Dostojewskij.

Der Familie lag die Beschäftigung mit Büchern offenbar im Blut, denn Anton Philipps Vater Carl Heinrich Reclam (1776–1844) betrieb in Leipzig eine Buchhandlung für französische Literatur und einen Verlag. In die sächsische Metropole war die Hugenottenfamilie aus Savoyen über die Schweiz und Preußen gelangt. Bevor Anton Philipp seinen eigenen Verlag gründete, ging er bei seinem Onkel Friedrich Vieweg in die Lehre, der in Braunschweig einen Schulbuchverlag betrieb. Nach dem Abschluss der vierjährigen Buchhändler- und -druckerlehre kehrte er nach Leipzig zurück, lieh sich von seinem Vater das nötige Geld und kaufte am 1. April 1828 das „Literarische Museum“, damals eine Leihbibliothek. Diese bot neueste deutsche, französische, englische und italienische Literatur sowie Zeitungen und Zeitschriften an. Ein halbes Jahr später gründete Anton Philipp den „Verlag des Literarischen Museums“.

Anlässlich des 100. Jubiläums des Reclam-Verlags urteilte Thomas Mann über die Anfänge im „Literarischen Museum“: „Das so genannte Museum war eigentlich kein Museum, sondern ein gefährlich lebensvoller Ort: eine Stätte der Lektüre, der Diskussion, der Kritik.“

1837 verkaufte Anton Philipp Reclam das „Literarische Museum“ und nannte

ANTON PHILIPP RECLAM

## Klassik zum kleinen Preis

Vor 125 Jahren starb der Gründer des Verlags Philipp Reclam jr



Eine Tafel erinnert an Anton Philipp Reclam (o.): Das Verlagsgebäude von 1905 in der Leipziger Insel-/Kreuzstraße heute

seinen Verlag „Philipp Reclam jun.“, der Zusatz Junior sollte seinen Verlag von dem des Vaters unterscheiden. Reclam jun. verlegte politische, einem bürgerlichen Liberalismus verpflichtete Broschüren, die satirisch-unterhaltende Wochenzeitung „Charivari“ und die demokratische Wochenschrift „Leipziger Locomotive“. Letzterer wurde wegen demokratischer Aufrichtigkeit kurz darauf die Konzession entzogen. 1846 verbot ein Hofdekret gar den Verkauf sämtlicher Reclam-Bücher in Österreich wegen der Verbreitung der „verwerflichsten staatsgefährlichen und verbrecherischsten Lehren“. Es kam noch schlimmer: Weil im Verlag die Überset-

„Das ... war eigentlich kein Museum, sondern ein gefährlich lebensvoller Ort: eine Stätte der Lektüre, der Diskussion, der Kritik!“

Thomas Mann

Rede zum 100. Verlagsjubiläum

zung von Thomas Paines „Das Zeitalter der Vernunft. Eine Untersuchung der wahren und unwahren Theologie“ erschienen war, verurteilte ein Leipziger Gericht Reclam jun. zu vier Monaten Gefängnis, die er jedoch dank der Wirren der Märzrevolution von 1848 nicht antrat.

In den 1850er Jahren beendete er die Herausgabe oppositioneller Schriften. Das Verlagsprogramm verlagerte sich hin zu Büchern, die kostengünstig gedruckt werden konnten. Neben Liedersammlungen, Klaviersauszügen von Opern, Bibelausgaben und Wörterbüchern erschien 1858 eine zwölfbändige Shakespeare-Ausgabe, die nicht zuletzt dank der fortschrittlichen

Drucktechnik in der eigenen Druckerei günstiger als alle damals verfügbaren Ausgaben und daher äußerst erfolgreich war. Die Verkürzung der urheberrechtlichen Schutzfrist auf 30 Jahre (heute 70 Jahre) nach dem Tod eines Künstlers spielte Reclam in die Hände. Er hatte das Konzept der späteren UB geschaffen, die ab 1867 erschien. Band 1 war Goethes Faust I. Anton Philipp Reclam starb vor 125 Jahren, am 5. Januar 1896, im Alter von 88 Jahren in Leipzig.

Sein Sohn Hans Heinrich lernte wie er selbst das Buchhandelswesen von der Pike auf, sodass er schon 1868 Teilhaber der Firma wurde und die UB gemeinsam mit seinem Vater ausbaute. Bis zu dessen Tod umfasste die UB 3470 Nummern. Hans Heinrich Reclam und dessen Nachkommen setzten die Erfolgsgeschichte des Verlags fort. Eine drastische Zäsur brachte das Dritte Reich. Viele Werke, vor allem jüdischer Autoren, durften nicht mehr erscheinen. Der aufmüppige Geist des Verlagsgründers lebte in dessen Erben fort, denn in den im Einsatz befindlichen Feldbibliotheken, kleinen faltbaren Schränken mit Bänden der UB, befand sich Widerstandsliteratur gegen die Nationalsozialisten unter den Umschlägen versteckt.

Am 4. Dezember 1943 wurde das Leipziger Firmengebäude zu einem Drittel im Bombenhagel zerstört und das Hauptlager der UB vernichtet. Nach dem Krieg hielt der Verlagsbesitzer Ernst Reclam noch am Standort Leipzig fest, doch die Zwänge in der sowjetischen Besatzungszone machten ihm die Entscheidung leicht, den Verlag in den US-amerikanischen Sektor nach Stuttgart zu verlagern. Seitdem gab es bis zur Reprivatisierung des Leipziger Stammhauses nach dem Mauerfall zwei Reclam-Verlage, einen in Leipzig und einen im neuen Verlagsgebäude in Ditzingen. Ende 2005 verkündete die Ditzinger Chefetage die Schließung des ehemaligen Stammhauses in Leipzig.

Von der Bedeutung des Reclam-Verlags zeugen die Eröffnung eines Reclam-Museums 2018 in Leipzig gegenüber dem historischen Verlagsgebäude in der Kreuzstraße 12 sowie das Interesse des Deutschen Literaturarchivs Marbach an den Archiven des Verlags, die dieses kürzlich erwarb.

AGENT ORANGE

## Ein Herbizid, das auch Menschen tötete

Vor 50 Jahren beendeten die US-Streitkräfte nach einem knappen Jahrzehnt die Operation Ranch Hand

Im Vietnamkrieg kam der Tod oft vom Himmel. Meist in Form von Napalm oder Bomben, manchmal aber auch als helles Pulver, das nach reifen Guaven roch. Die US-Militärs nannten das Teufelszeug wegen der auffälligen farblichen Markierungen an den Transportfässern „Agent Orange“ und versprühten es großflächig über weiten Teilen Südvietnams sowie in Laos und Kambodscha. Mit dem Herbizid wollten sie sowohl Wälder entlauben als auch Anpflanzungen zerstören, um der Guerillabewegung FNL, besser bekannt als „Vietcong“, die Tarnung zu rauben und die Nahrungsgrundlage zu entziehen. Das führte allerdings zu einer Umweltkatastrophe gigantischen Ausmaßes, deren Folgen noch heute spürbar sind.

Am Anfang des Ganzen stand die Autorisierung des Einsatzes von chemischen Entlaubungsmitteln durch Präsident John F. Kennedy im November 1961. Als Vorbild diente dabei das Agieren der Briten gegen Aufständische in Malaya. Im Rahmen der US-Operation Ranch Hand (Farmhelfer) kamen ab dem 9. Januar 1962 zunächst weniger radikal wirkende Substanzen zur Anwendung. Das zeitigte aber keine nennenswerten Erfolge. Deshalb forderte das militärische Oberkommando der US-amerikanischen Streitkräfte in Südvietnam (United States Military Assistance Command Vietnam, MACV) stärkere Mittel an.

Damit schlug nun die Stunde von Agent Orange, einer Mischung der Butyl-Ester der 2,4-Dichlorphenoxyessigsäure (2,4-D) und der 2,4,5-Trichlorphenoxyessigsäure (2,4,5-T), auch bekannt als T-Säure. Letztere wies produktionsbedingt Verunreinigungen mit 2,3,7,8-Tetrachlordibenzodioxin (TCDD) auf, dem stärksten und langlebigsten Gift aus der Gruppe der Dioxine.

Nicht zuletzt deshalb startete der Botaniker Arthur Galston eine Protestkampagne gegen die Verwendung von Agent Orange, der sich im Februar 1967 schließlich mehr als 5000 US-Wissenschaftler – darunter 17 Nobelpreisträger – anschlossen. Dessen ungeachtet begannen die Sprühflugzeuge vom Typ Fairchild C-123 „Provider“ in jenem Monat mit der großräumigen Ausbringung des Mittels, nachdem erste begrenzte Aktionen schon ab dem Januar 1965 stattgefunden hatten.

### 9495 Einsätze der U.S. Air Force

Bis zum 7. Januar 1971 flog die US-Luftwaffe genau 9495 Einsätze, in deren Verlauf fast 46 Millionen Liter Agent Orange auf Südvietnam und die Grenzgebiete seiner Nachbarländer niederrieselten, ohne dass daraus ein erkennbarer militärischer Nutzen resultierte. Rechnet man die anderen Herbizide hinzu, waren es sogar 80 Millionen Liter. Dadurch wurden bis

zu 366 Kilogramm TCDD freigesetzt. Zum Vergleich: Beim verheerenden Chemieunfall im italienischen Seveso im Juli 1976 lag die Menge des ausgetretenen Dioxins wahrscheinlich nur im Bereich von ein bis drei Kilogramm.

Im Zuge dieses größten militärischen Einsatzes schädlicher beziehungsweise giftiger chemischer Substanzen aller Zeiten ging die Vegetation auf einem Viertel der Fläche Südvietnams zugrunde – das entspricht in etwa der Größe Israels. Viele der betroffenen Gebiete, in denen um die zehn Millionen Menschen lebten, sahen aus wie nach einem Atomschlag. Der hierdurch verursachte wirtschaftliche Schaden belief sich auf umgerechnet 500 Millionen US-Dollar.

Weil das US-Militär Agent Orange in bis zu 50 Mal höherer Konzentration verwendete, als von Dow Chemical, Mobay und den anderen Herstellerfirmen empfohlen, erlitten rund drei Millionen Vietnamesen und eine unbekannte Anzahl von Laoten und Kambodschanern schwere oder gar tödliche gesundheitliche Schäden. Genauso erging es mehreren Hunderttausend US-Soldaten, die mit Agent Orange Kontakt gehabt hatten. Das Herbizid wird für etwa 140 Krankheiten verantwortlich gemacht, darunter vor allem zahlreiche Formen von Krebs. Darüber hinaus verursacht es Fehlbildungen

bei ungeborenen Kindern. Aus Vietnam sind inzwischen rund 150.000 derartige Fälle bekannt und aus den USA um die 4000.

### Fast 46 Millionen Liter versprüht

Auf diese Kollateralschäden wies zuerst eine im Herbst 1969 publizierte Studie von US-Krebsforschern hin. Kurz darauf, im Dezember 1969, konstatierte die Vollversammlung der Vereinten Nationen, dass auch Herbizide zu den durch das Genfer Protokoll vom 17. Juni 1925 geächteten chemischen Waffen zählten. Das wurde von den USA zwar zurückgewiesen, weil das zentrale Beratungsorgan der UN nicht per Mehrheitsbeschluss internationale Verträge ändern oder auslegen könne, dennoch aber stoppte Präsident Richard Nixon den Agent-Orange-Einsatz schließlich vor nunmehr 50 Jahren.

Danach begann die juristische Aufarbeitung der Operation Ranch Hand. Zahlreiche amerikanische Kriegsveteranen reichten Sammelklagen gegen sieben Hersteller von Agent Orange ein. Am 7. Mai 1984 einigte man sich auf einen Vergleich. Hieraufhin wurden bis 1994 197 Millionen US-Dollar an 52.000 Geschädigte oder deren Hinterbliebene ausgezahlt. Der vietnamesische Staat beschloss seinerseits, knapp 300.000 betroffenen ehemaligen Kämpfern der Nationalen Front für die

Befreiung Südvietnams (FNL) Renten in Höhe von umgerechnet 67 Dollar im Monat zu gewähren, während die geschädigten Zivilisten leer ausgingen. Daran änderte auch die Sammelklage von vietnamesischen Agent-Orange-Opfern vor einem New Yorker Gericht nichts, denn die scheiterte im März 2005.

Seine Klageabweisung begründete Richter Jack Weinstein damit, dass Agent Orange damals auch in den Vereinigten Staaten als Herbizid verwendet worden sei und das US-Militär die Substanz keineswegs versprüht habe, um Zivilisten oder gegnerische Soldaten zu töten, sondern um den Dschungel zu entlauben und Felder zu zerstören. Daher falle Agent Orange nicht unter die verbotenen chemischen Waffen. Diese Begründung stieß zu Recht auf Kritik, da der Versuch, Menschen die Nahrungsgrundlage zu entziehen, ebenfalls auf eine Tötungsabsicht hindeutet.

Trotz der Klageabweisung fließt mittlerweile Geld aus den USA nach Vietnam, mit dem die Dekontamination im Umfeld ehemaliger US-Militärstützpunkte wie Biên Hòa finanziert wird. Denn die USA werben nun wieder um Verbündete in Südostasien. Diesmal ist der Feind nicht der Kommunismus, sondern die erwachende Supermacht China.

Wolfgang Kaufmann

THEOBALD VON BETHMANN HOLLWEG

# Weltkriegskanzler mit Friedenswillen

Als Innenpolitiker an die Spitze des Reiches gekommen, war er der Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts nicht gewachsen

VON ERIK LOMMATZSCH

Durch die Berliner Salonnière Hildegard Baronin von Spitzemberg, die gute Beziehungen zu den Bismarcks pflegte, sind viele treffende Einschätzungen über maßgebliche Persönlichkeiten des Kaiserreichs überliefert. In ihrem Tagebuch notierte sie am 14. Juli 1909: „Mein lieber Bethmann tut mir bitter leid, denn er geht leiblich an diesem Amt zugrunde und voraussichtlich ohne Lorbeeren.“ Das Ende der Amtszeit des sieben Tage vor dieser Eintragung zum Reichskanzler ernannten Theobald von Bethmann Hollweg erlebte sie nicht mehr. Ihre hell-sichtige Voraussage sollte sich jedoch bestätigen.

Bethmann Hollweg führte die Reichsregierung, als der Erste Weltkrieg ausbrach, die Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts. Der insgesamt auf Ausgleich bedachte Kanzler war alles andere als ein Kriegsbeiführer, ließ sich allerdings von den Militärs zum Handeln treiben. Er positionierte sich öffentlich mitunter gegen seine inneren Überzeugungen, glaubte, seine Ziele nur indirekt erreichen zu können, suchte einen für das Reich günstigen Frieden und musste im vorletzten Kriegssommer enttäuscht das Feld räumen. Als „Philosoph“ wurde er charakterisiert, was bezüglich der an ihn gestellten Erwartungen als Politiker kein Lob war. Dass er lediglich verwaltet, aber nicht regiert habe, wie es auch hieß, ist einerseits sicher nicht richtig, andererseits vermittelte er durch sein zögerliches, abwägendes Naturell durchaus genau diesen Eindruck. Sein Mitarbeiter und Vertrauter Kurt Riezler bezeichnete Bethmann Hollweg als „seltsamen Menschen“.

## Ein hervorragender Verwalter

Geboren wurde er am 29. November 1856 im brandenburgischen Hohenfinow. Sein Großvater hatte in der liberalen Neuen Ära unter Ministerpräsident Karl Anton von Hohenzollern-Sigmaringen als preussischer Kultusminister amtiert. Die Schule in Pforta sowie das Studium der Rechte in Leipzig, Berlin und Straßburg absolvierte Bethmann Hollweg mit hervorragenden Abschlüssen. Eine rasante Karriere, die er weniger den durchaus vorhandenen Beziehungen als seinen unter Beweis gestellten Leistungen im Verwal-

„Mein lieber Bethmann tut mir bitter leid, denn er geht leiblich an diesem Amt zugrunde und voraussichtlich ohne Lorbeeren“

Hildegard von Spitzemberg  
Berliner Salonnière

tungsdienst verdankte, schloss sich an. 1886 wurde er, in der Nachfolge seines Vaters, Landrat seines Heimatkreises und, nach weiteren Stationen, 1899 Oberpräsident von Brandenburg. In der preussischen Geschichte hatte niemand zuvor bereits in diesem Alter an der Spitze einer Provinz gestanden.

## „Politik des kalkulierten Risikos“

Im März 1905 erfolgte die Ernennung zum preussischen Innenminister, im Juni 1907 übernahm er das Reichsamt des Inneren. Als Bernhard Fürst von Bülow zwei Jahre später infolge seines Verhaltens während der Daily-Telegraph-Affäre das Vertrauen Wilhelms II. verloren hatte und als Reichskanzler zurücktreten musste, war Bethmann Hollweg sein Wunschnachfolger. Im Blick waren damals innere Probleme, der neue Regierungschef galt in diesem Bereich als erfahren. Bezüglich der Sozialpolitik und

„Jeder Satz des Kanzlers hat Sehnsucht nach Frieden und guten Willen geatmet“

Philipp Scheidemann  
Vorsitzender der SPD-  
Reichstagsfraktion von 1913 bis  
1918 und später  
Reichsministerpräsident

mit der Durchsetzung einer Verfassung für das Reichsland Elsass-Lothringen konnte Bethmann Hollweg beachtliche Erfolge vorweisen. Zu Anfang wurde er, der selbst keiner Partei angehörte und am ehesten als bürgerlich-liberal, dabei unbedingt kaisertreu einzuschätzen ist, parteiübergreifend akzeptiert.

## Er glaubte an die Ratio in der Politik

Ein Tiefpunkt in der Vorkriegszeit war 1913 die Zabern-Affäre. Seine Verteidigung des übergriffigen Verhaltens des Militärs in Elsass-Lothringen hatte ein Misstrauensvotum des Reichstags zur Folge. Großes, lastendes und trotz verschiedener Anläufe letztlich ungelöstes Problem blieb während seiner gesamten Amtszeit das preussische Dreiklassenwahlrecht.

Die idealen außenpolitischen Vorstellungen, mit denen Bethmann Hollweg letztlich scheiterte, beschreibt der Historiker Günter Wollstein: „Von liberalen und wirtschaftlichen Leitmotiven geprägt, strebte er nach einem Miteinander der Mächte, die im Wissen um eine gesicherte Ausgangsposition wie Kaufleute eine rationale und berechenbare Interessenpolitik verfolgten.“

In der Julikrise des Jahres 1914 zeichnete Bethmann Hollweg für die von ihm selbst so genannte „Politik des kalkulierten Risikos“ verantwortlich. Nach dem Attentat von Sarajewo wurde dem verbündeten Österreich-Ungarn der sprichwörtliche „Blankoscheck“ seitens der deutschen Reichsregierung ausgestellt. Der Konflikt blieb jedoch nicht auf die Auseinandersetzung mit Serbien beschränkt, die Hoffnung, Russland und England würden nicht eingreifen, erfüllte sich nicht.

Die – im Wortlaut immer wieder leicht variierte – kaiserliche Botschaft „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche“, geht auf Bethmann Hollweg zurück, auch die Formulierung Wilhelms II.: „Uns treibt nicht Eroberungslust.“ Das Denken des Reichskanzlers bewegte sich ganz auf der Linie des „Burgfriedens“. Um einen Einbezug der Sozialdemokraten hatte er sich immer bemüht. Demonstrativ empfing er 1915 den SPD-Fraktionsvorsitzenden Philipp Scheidemann zum Diner, der in seinen Memoiren ein positives Bild Bethmann Hollwegs zeichnet: „Jeder Satz des Kanzlers hat Sehnsucht nach Frieden und guten Willen geatmet.“

## „HYMNE AN DEUTSCHLAND“

# „Jetzt wird ein Symbol gemacht. So entstehen Symbole nicht“

Mit seinem Versuch einer Alternative zum „Deutschlandlied“ handelte Theodor Heuss wider seine eigene Erkenntnis

Der spätere erste Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland hat 1948 im Hauptausschuss des Parlamentarischen Rates etwas sehr Bedenkenswertes gesagt, als es um die Staatsflagge der zu gründenden Bundesrepublik ging:

„Wir haben in der Situation, in der wir uns befinden, gar nicht die Geschichtsmächtigkeit, nun ein Symbol zu beschließen: Es hat für mein Gefühl etwas Skurriles, wenn ein Kreis wie dieser sich zusammensetzt und sagt: Jetzt wird ein Symbol gemacht. So entstehen Symbole nicht; sie entstehen aus einem geschichtlichen Vorgang und nicht aus Abstimmungen.“

Bizarriert hat Heuss selbst, als es um die Staatshymne ging, strikt gegen diese Erkenntnis gehandelt. Genauso wie das diktatorische DDR-Regime versuchte er,

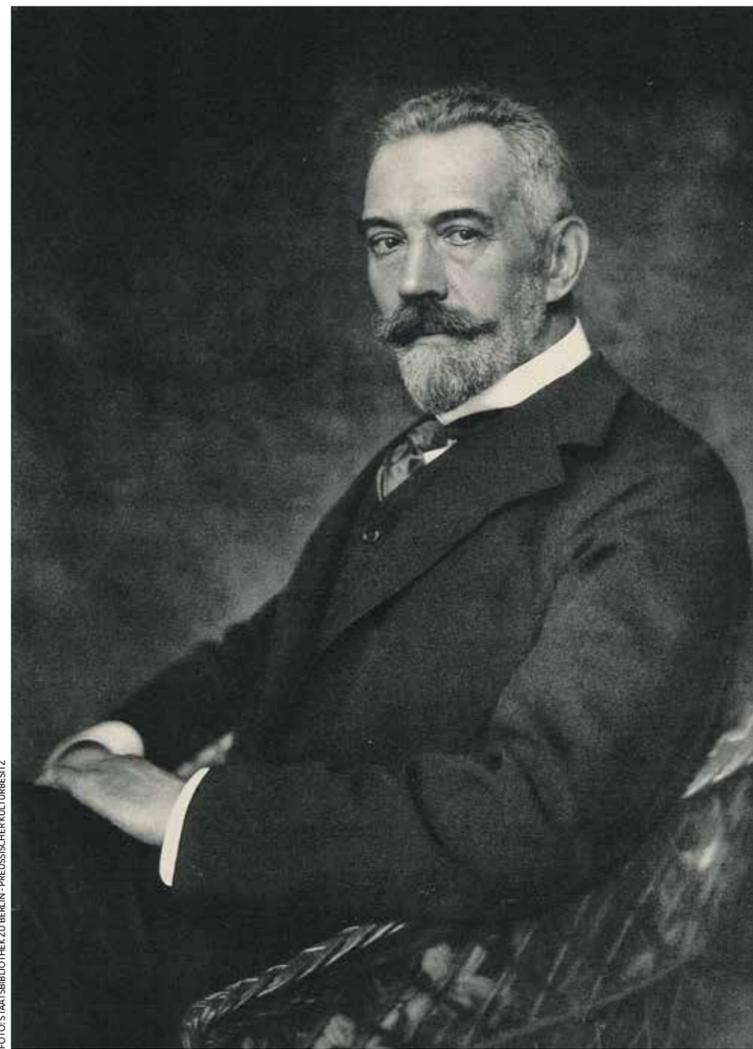
eine Nationalhymne zu machen beziehungsweise machen zu lassen. Bei ihm hieß dieser Versuch eines Symbols nicht „Aufstanden aus Ruinen“ wie östlich der Elbe, sondern „Hymne an Deutschland“.

## Ausstrahlung zu Silvester 1950

Als „schwäbisch-protestantischer Nationalchoral“ und „Theos Nachtlied“ ist die Hymne verspottet worden. Das ist hart, aber nicht ganz unpassend. Die Melodie ist eher seicht als prägnant. Und der Text für einen Staatsgesang sehr christlich. Das war kein Zufall. Heuss hatte für das Verfassen des Textes mit Alexander Schröder einen bedeutenden evangelischen Kirchenlieddichter beauftragt. Und selbst dessen Text war Heuss nicht christlich genug. Gegen Schröders Widerstand wur-

de aus dessen drei Strophenanfängen „Herz der Treue, Vaterland“, „Herz der Hoffnung, Heimatland“ und „Herz der Liebe, deutsches Land“ „Land des Glaubens, deutsches Land“, „Land der Hoffnung, Heimatland“ und „Land der Liebe, Vaterland“. Schröder empfand es als „zu willkürlich“, wie Heuss „eine sakral gewordene Formel vom religiösen aufs säkulare Gebiet“ übertrug.

Der durch die szenischen Kantate Carmina Burana damals schon berühmte Komponist und Musikpädagoge Carl Orff zeigte sich wenig begeistert, als Heuss ihn nach der Fertigstellung des Textes im Frühjahr 1950 um die Vertonung bat. Der Text sei „von so starker geistiger Verhaltenshaltung, dass es schwer sein wird, ihn irgendwie zu vertonen“, argumentierte



Vor 100 Jahren gestorben: Theobald von Bethmann Hollweg

Zumindest im „Septemberprogramm“ von 1914 über die Kriegsziele liest sich das etwas anders. Allerdings wird Bethmann Hollweg zugutegehalten, dass er sich hier dem Einfluss von außen gebeugt hat. Gebietsforderungen waren ausweislich der Überlieferung seine Sache nicht, schon im Bewusstsein des realistischen Erreichbaren. Er betrachtete ein „Durchhalten“ bereits als Erfolg.

In seinen später verfassten „Betrachtungen zum Weltkriege“ heißt es: „Weder der Annexionismus, noch ein durch dessen Auswüchse provoziertes pazifistisches Defaitismus erleichterten die uns durch die Kriegslage diktierte Aufgabe, Friedensgeneigntheit der Feinde zu fördern.“ Eine Frie-

densinitiative Bethmann Hollwegs vom Dezember 1916 scheiterte. Den Vorstellungen der deutschen militärischen Führung entsprach sie ohnehin nicht. Die dritte und letzte Oberste Heeresleitung unter Paul von Hindenburg und Erich Ludendorff verdankte sich auch der Initiative Bethmann Hollwegs, der annahm, so Unterstützung gegen das annexionistische Lager zu erhalten. Ein Irrtum, wie sich herausstellte. Der uneingeschränkte U-Boot-Krieg wurde in Gang gesetzt, die USA traten in den Krieg ein – alles nicht im Sinne des Kanzlers, der im Juli 1917 schließlich aus dem Amt gedrängt wurde. Er zog sich auf sein Gut Hohenfinow zurück, auf dem er vor 100 Jahren, am 2. Januar 1921, starb.

Neujahrsansprache folgte die „Hymne an Deutschland“. Sie floppte.

Vorher hatte Heuss bereits in seiner Ansprache erklärt, dass das letzte Wort über das Lied noch nicht gesprochen sei, „da dies den Vorwurf des ‚Anbefohlen-seins‘ mit sich bringen könnte“. Es kam also nicht zur Kraftprobe und Heuss konnte ohne Gesichtsverlust zurückrudern. Nach langem Sträuben gab der Bundespräsident schließlich 1952 seinen Widerstand gegen das von Bundeskanzler Konrad Adenauer favorisierte „Lied der Deutschen“ auf. Manuel Ruoff

● **Text und Melodie** zum Nachlesen und Anhören finden sich im Internet auf der Seite [https://www.markomannenwiki.de/index.php?title=Land\\_des\\_Glaubens](https://www.markomannenwiki.de/index.php?title=Land_des_Glaubens)

VON WOLFGANG KAUFMANN

In ihrer Video-Rede anlässlich des UN-Sondergipfels Anfang Dezember gab sich Bundeskanzlerin Angela Merkel demonstrativ hoffnungsvoll: „Bei allen Beschwernissen in diesem von der Pandemie bestimmten Krisenjahr zeigt sich ein Licht am Ende des Tunnels.“ Denn nun stünden bald Impfstoffe gegen das SARS-CoV-2-Virus zur Verfügung. Doch wird der Corona-bedingte Ausnahmezustand tatsächlich 2021 enden, wenn die Vakzine wirken? Oder droht die Gefahr, dass das neue Jahr stattdessen unter dem Motto steht: Nach der Pandemie ist vor der Pandemie? Ja, bricht jetzt vielleicht gar das „Zeitalter der Pandemien“ an, wie der Wissenschaftsphilosoph Jörg Phil Friedrich kürzlich in der „Welt“ prophezeit?

Letzteres bejahen unter anderem Albert Osterhaus, ein prominenter niederländischer Virologe, sowie die dänische Ökonomin Inger Andersen, seit 2019 Exekutivdirektorin des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP). Und „die Forschenden“ der von der Europäischen Union mitfinanzierten „Zoonoses Anticipation and Preparedness Initiative“ (ZAPI) halten auch „bereits nach der nächsten möglichen großen Bedrohung Ausschau“. „Zoonose“ beschreibt das Überspringen eines Erregers vom Tier auf den Menschen.

#### 40 weitere Viren schon im Blick

Wie diese Bedrohung konkret aussehen könnte, verriet der deutsche Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Gerhard Müller (CSU), im Mai 2020 in einem Gastbeitrag für den „Spiegel“, in dem er auf „40 weitere Viren mit einem Pandemie-Potential wie Sars-CoV-2“ verweist. Doch damit war er nach Ansicht des Weltbiodiversitätsrates (Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services, IPBES) noch viel zu optimistisch. Das zwischenstaatliche Gremium veröffentlichte kürzlich einen Bericht, demzufolge man derzeit 827.000 Viren kenne, welche über die prinzipielle Fähigkeit verfügten, vom Tier auf den Menschen überzuspringen und Pandemien auszulösen. Gleichzeitig warnte der Biologe Josef Settele vom Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung in Halle an der Saale im „Focus“ davor, dass die bald zu erwartende „nächste Pandemie ... noch gravierender und tödlicher als die Covid-19-Welle sein“ werde.

Und tatsächlich enthält die WHO-Liste der wegen ihres möglichen globalen Gefahrenpotentials vorrangig zu erforschenden „Priority Diseases“ so einiges zum Gruseln. Auf dem Felde der durch Viren ausgelösten Krankheiten stehen besonders die hämorrhagischen Fieber hervor, welche mit schweren und vielfach tödlichen inneren Blutungen einhergehen wie das Krim-Kongo-Fieber, Lassa-Fieber, Rift-Valley-Fieber, Hanta-Fieber, Ebola-Fieber und Marburg-Fieber. Dazu kommen die von Nipah-Viren verursachten Gehirnentzündungen und die massiven Schädigungen von Föten durch Zika-Viren.

#### MERS gilt als besonders gefährlich

Des Weiteren stuft die Weltgesundheitsorganisation das „Middle East Respiratory Syndrome-related Coronavirus“ (MERS-CoV-Virus) als besonders gefährlich ein. Dieser Erreger löst ähnliche Symptome aus wie das SARS-CoV-2-Virus, allerdings führen diese bei etwa jedem dritten Erkrankten zum Tode.

Da MERS aber zumeist durch Dromedare übertragen wird und die Gefahr der Ansteckung von Mensch zu Mensch vergleichsweise gering zu sein scheint, weil positiv Getestete ohne Symptome auch nicht infektiös sind, bezeichnete der Chefvirologe der Berliner Charité, Christian Drosten, das Virus 2015 als wenig problematisch und hielt „eine Ausbrei-



Super-Keime auf der Reise um die Welt: Ein Arzt präsentiert 2014 in Tokio ein Spezialbett für nach Japan eingereiste Ebola-Kranke

Foto: pa

#### AUSBLICK

## Das prallvolle Gruselkabinett der Pandemie-Propheten

Während die Welt noch auf Corona starrt, suchen Forscher längst nach den nächsten Auslösern weltweiter Krankheitswellen – Manche sprechen gar vom Beginn eines „Zeitalters der Pandemien“

tung als Epidemie oder Pandemie ... für äußerst unwahrscheinlich“.

Im vergangenen November gab der frischgebackene Bundesverdienstkreuzträger und Medienstar dann freilich im Interview mit dem Wirtschaftsmagazin „Capital“ bekannt, sich nach dem Ende des „Rummels“ um Covid-19 nun auf die Erforschung des MERS-Virus konzentrieren zu wollen, da es „der nächste Pandemie Kandidat“ zu werden drohe. Gründe für seinen Meinungsumschwung nannte Drosten dabei keine.

#### Versuchung durch Macht und Geld

Manche seiner Fachkollegen wie der bisherige Direktor des Instituts für Virologie der Universität Leipzig, Uwe Gerd Liebert, und Till Koch vom Deutschen Zentrum für Infektionsforschung (DZIF) teilen diese Gefahreinschätzung allerdings nicht. Kritiker verdächtigen Drosten daher, sein Alleingang könnte andere Gründe als nur rein medizinische haben wie beispielsweise Drang nach weiterer medialer Aufmerksamkeit oder Verstärkung des Zustusses von Forschungsgeldern aus dem Füllhorn des bundesdeutschen Staates. Immerhin bot die Corona-Krise für Drosten die einmalige Chance, auf bislang nie dagewesene Weise Stärke gegenüber den Bürgern zu demonstrieren und lästige Einschränkungen seiner Durchgriffsmöglichkeiten mit leichter Hand außer Kraft zu setzen.

Ebenso sind Influenza-Viren jederzeit für die Ausrufung einer Pandemie gut – selbst wenn sich das Ganze nachher als blamabler Flop erweist wie bei der Schweinegrippe von 2009/10. Im Juni 2020 warnten chinesische Forscher vor dem neu entdeckten Mischvirus G4, welches sowohl die Merkmale des Schweinegrippe-Erregers H1N1 als auch des Vogelgrippe-Virus H5N1 trage. Und tatsächlich stellen Schweine ideale „Mischgefäße“ für tierische und menschliche Influenza-Viren dar. Daher könnten fünf ungünstige natürliche Genmutationen innerhalb eines einzigen Mastbetriebes genügen, um aus Erregern wie G4 ebenso ansteckende

wie aggressive Super-Keime zu machen, die dann die Reise um die ganze Welt antreten und deren Tödlichkeit im Extremfall an die des Ebola-Virus heranreicht. Dies fanden der Cambrider Zoologe Colin Russell und dessen Kollegen schon 2012 heraus.

Darüber hinaus besteht die Möglichkeit zur Proklamierung einer bakteriellen Pandemie, wenn sich die jetzt schon verstärkt vorkommenden antibiotikaresistenten Keime, an denen aktuell pro Jahr um die 700.000 Menschen sterben, weiter ausbreiten. Und dann wäre da noch die bislang rein hypothetische, unbekannt „Krankheit X“, die von heute auf morgen aus dem Nichts kommen und die Medizin vor ungeahnte Herausforderungen stellen könnte.

Diejenigen, welche orakeln, dass 2021 das nächste Jahr im neuen „Zeitalter der Pandemien“ zu werden drohe, erklären ihre düstere Prognose damit, dass gefährliche Erreger zunehmend in der Lage seien, vom Tier auf den Menschen überzugehen und dann rund um die Welt zu wandern. Dies liege zum Ersten an den immer intensiveren Kontakten zwischen Tieren und unserer Spezies, zum Zweiten an dem rasanten Bevölkerungswachstum sowie der Urbanisierung und zum Dritten an der Globalisierung und den damit verbundenen Reisebewegungen: Die Menschheit

rücke permanent enger zusammen, das führe eben auch zu kurzen Wegen für Viren und Bakterien.

Dazu komme der „Klimawandel“, durch den Krankheitsüberträger wie die Tigermücke *Aedes aegypti* sukzessive nach Norden vorzudringen vermögen. Und offenbar mutierten auch einige der schon seit Langem im Menschen lebenden Keime zu gefährlichen Erregern, wie das an sich harmlose Darmbakterium *Escherichia coli*, welches 2011 plötzlich den hoch ansteckenden EHEC-Stamm hervorgebracht habe.

Die größte Pandemiegefahr soll allerdings von Vögeln und Säugetieren ausgehen, wobei neben Schweinen und Enten auch Fledermäuse und Nager ganz oben in der Rangliste der möglichen Wirte gefährlicher Erreger stehen. Ebenso haben Forscher versucht vorherzusagen, wo die Ursprungsherde der nächsten Pandemien liegen könnten. Laut einer Studie australischer Wissenschaftler kommen dafür Gebiete in Frage, in denen es sowohl intensive Mensch-Wildtier-Nutztier-Kontakte als auch ein wenig effektives Gesundheitssystem und gute Verkehrsverbindungen gebe. Dazu gehörten die Regionen um Großstädte wie Mumbai (Bombay), Phnom Penh, Nairobi, Lagos und Jakarta.

Wenn Pandemien in Zukunft zur Normalität werden, sind andere Strategien gefragt als in der gegenwärtigen Corona-Krise, denn eine ständige Neuauflage der Maßnahmen von 2020 halten weder Wirtschaft noch Gesellschaft auf Dauer aus. Letztlich würde dadurch die Zivilisation, wie wir sie kennen, kollabieren.

#### Riskante Ausweg-Szenarien

Deshalb stehen nun zwei Zukunftsrezepte zur Diskussion, die das verhindern sollen: Die radikale Veränderung der Lebensweise von uns allen, wie es insbesondere jene fordern, welche die Pandemie als willkommenen Anlass sehen, um der weltweiten Armut und dem „Klimawandel“ mit sozialistischen und quasi-sozialistischen Lösungsrezepten zu Leibe zu rücken.

Oder aber die Gewöhnung an ein Leben mit immer neuen gefährlichen Viren beziehungsweise solchen, die für besonders gefährlich erklärt werden. Die Vertreter der erstgenannten Option sind derzeit offensichtlich noch in der Minderzahl, da die Risiken und Nebenwirkungen ihrer „Medizin“ doch eine ziemlich abschreckende Wirkung entfalten. Aber auch die zweite Strategie könnte sich als fatal erweisen.

Wie würde hierzulande die Gewöhnung an ein Zeitalter der Pandemien aussehen? Antworten auf diese Frage gibt unter anderem das „Dritte Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite“ vom 18. November 2020. In dessen Paragraph 5 wird der Bundestag ermächtigt, eine solche Lage festzustellen, wenn „eine dynamische Ausbreitung einer bedrohlichen übertragbaren Krankheit über mehrere Länder in der Bundesrepublik Deutschland droht oder stattfindet“.

#### Jedes Jahr etwas anderes?

Die drastischen Einschränkungen von Freiheits- oder Eigentumsrechten könnten also zum Normalzustand werden – und zwar sowohl im Rahmen begrenzter Epidemien im nationalen Maßstab als auch im Reigen kommender Pandemien: 2021 vielleicht dann anlässlich der „dynamischen Ausbreitung“ des G4-Influenza-Virus, 2022 aufgrund des Vormarschs des von Drosten ja nunmehr zur Bedrohung hochgestuften MERS-Erregers aus dem Mittleren Osten infolge weiterer Asylsucherströme, 2023 wegen der exponentiellen Zunahme multiresistenter Keime aus den Abwässern indischer Antibiotika-Hersteller, welche um die Welt zu wandern beginnen, 2024 beim Auftauchen eines hämorrhagischen Fiebers, das nicht mehr ganz so schnell tötet wie Ebola, weswegen die Infizierten es noch ungehindert über alle Kontinente verbreiten können, und 2025 dann unter Verweis auf das Aufkommen der „Krankheit X“, deren Gefährlichkeit sich mangels jedweder medizinischer Vorerfahrungen höchst unkompliziert postulieren lässt.

„Die nächste Pandemiewelle könnte noch gravierender und tödlicher sein als die Covid-19-Welle“

Josef Settele  
Umweltforscher beim Helmholtz-Zentrum in Halle an der Saale

**STRASSENKUNST**

## Tolstoj, Dali und Szenen aus Königsberg

Stadtverwaltung und Kaufhäuser unterstützen Graffiti-Künstler mit Aufträgen

VON JURIJ TSCHERNYSCHEW

Straßenkunst ist ein nicht mehr wegzudenkender Bestandteil fast jeder Großstadt und Graffiti ist ihre häufigste Erscheinungsform. Die ersten derartigen Zeichnungen erschienen in Königsberg um die Wende von den 1980er zu den 90er Jahren an den Wänden einer Brennerei. Seitdem gibt es entlang des Schlossteichs eine Reihe von Stellen, die seit vielen Jahren Fans der Straßenkunst anziehen und an denen immer wieder neue Bilder auftauchen, die oft auch wieder übermalt werden.

Die Öffentlichkeit und die städtischen Behörden haben traditionell eine eher negative Einstellung zu solchen Modeerscheinungen. In der Tat handelt es sich oftmals um regelrechten Vandalismus. In den letzten Jahren tauchen jedoch immer mehr Graffiti auf den Straßen Königsbergs auf, die eher Kunstwerke als kitschige Kritzeleien sind. So steht in der Luisenallee ein Porträt des Schriftstellers Leo Tolstoj, und im Park Luisenwahl schaut der Künstler Salvador Dali die Passanten an. Ein Bild eines sich küssenden Paares mit medizinischen Masken erschien vor Kurzem auf einem der Pfeiler der zweistöckigen Brücke. Nach dem Bau der neuen Promenade entlang des Oberteichs wurde dort ein Skateboardbereich ausgestattet. Jetzt gibt es auch dort eine eigens dafür aufgestellte Wand, die komplett mit Graffiti bedeckt ist.

**Kunst statt Vandalismus**

Sprüh-Bemalungen erscheinen immer häufiger auch an den Wänden von Geschäften, deren Besitzer bei ausgewählten Künstlern bunte Bilder bestellen, um das Erscheinungsbild zu veredeln und Kunden anzulocken. In den Hauptstraßen der Stadt sind Zeichnungen zu sehen, die dem historischen Aussehen der Stadt gewidmet sind. Ein bemerkenswertes Beispiel ist die Darstellung Königsbergs auf dem Trafohäuschen zwischen dem Stadtverwaltungsgebäude und dem Europa-Einkaufszentrum.



Motive aus dem alten Königsberg: Bemaltes Trafo-Haus vor dem Europa-Einkaufszentrum

Foto: J.T.

Die Stadtverwaltung beabsichtigt ebenfalls, mit Straßenkünstlern zusammenzuarbeiten, um einigen Ecken der Stadt ein bunteres Aussehen zu verleihen. Ein anschauliches Beispiel dafür ist vor dem Nordbahnhof zu sehen, von dem aus der Pendlerverkehr zu den Küstenorten führt. Das Projekt wurde von der Königsberger Stadtverwaltung initiiert. Sie begründete dies damit, dass nicht alle Straßengrafiken als Vandalismus bezeichnet werden könnten. Sehr oft stellen die Bilder an Zäunen und Hauswänden sogar Kunst dar.

Den Beamten und Straßenkünstlern fiel es nicht leicht, eine gemeinsame Sprache zu finden, aber sie schafften es schließlich doch, sich zu einigen. Der Standort für ein neues großflächiges Gemälde ist der Zaun, der die Rückseite des

Königsberger Geschäftszentrums am Hansaplatz umgibt. Die Verwaltung des Einkaufszentrums stellte sogar die Mittel für Farben und andere Verbrauchsmaterialien zur Verfügung.

**Einigung schafft Rechtssicherheit**

Ein weiteres neues Bild zeigt eine rote Tatra-Straßenbahn, so als ob es daran erinnern wolle, dass das Königsberger Straßensystem das älteste auf dem heutigen Territorium der Russischen Föderation ist. Daneben steht eine Katze, die aussieht, als ob sie den Fahrgästen der Züge mitteilen wolle, dass sie in die „Hauptstadt der Katzen“, nach Cranz, fahren. Es gibt auch einen großen schwarzen Hund – wie bekannt ist, kann man in Königsberg immer noch streunende Hunde sehen, die auf den Straßen der Stadt

herumlaufen. Diese farbenfrohen Zeichnungen sind das erste, was Passagiere sehen, die mit der Bahn aus den Küstenorten in Königsberg ankommen.

Die Vertreter des Königsberger Geschäftszentrums Europa wollen die Graffiti-Künstler auch weiterhin unterstützen. Diese wiederum hoffen, auf ihre Kreativität aufmerksam machen und ihren Bekanntheitsgrad erhöhen zu können. Die Stadtverwaltung zeigte sich mit der gefundenen Lösung zufrieden wie auch mit der Tatsache, dass die Künstler nun nicht mehr vor der Polizei weglaufen müssen, sondern mit der Verwaltung verhandeln und Werke schaffen, die beim Bürger Gefallen finden. Das Büro des Bürgermeisters diskutiert die Möglichkeit, eine ganze Straße für zeitgenössische Kunst zu schaffen, in der auch Graffiti präsentiert werden sollen.

**MELDUNGEN**

## Trainingslager mit Anleger

**Kl. Kuhren** – Auf einem 88,5 Hektar großen Gelände in der Bucht von Kl. Kuhren soll ab kommendem Jahr neben einem Erholungszentrum für Kinder ein Sportkomplex mit ganzjährigen Trainingsmöglichkeiten in den Sportarten Leichtathletik, Fußball, Rugby und Schwimmen gebaut werden. Geplant sind ein Trainingsblock, Unterkunftsgebäude für 400 junge Menschen, ein medizinisches Zentrum, eine Mehrzweck-Sporthalle sowie Spielfelder. Ein Schwimmbad der olympischen Klasse soll bis 2024 gebaut werden. Außerdem soll es in der Bucht künftig eine Anlegestelle für kleine Fischerboote und Angler sowie eine Badestelle geben. Für das ehrgeizige Projekt wurden umgerechnet 113 Millionen Euro eingeplant, deren Bereitstellung sich die Bundes- und die Gebietsregierung teilen. Bei den nicht unumstrittenen Baumaßnahmen würde den lokalen natürlichen Merkmalen der Bucht Rechnung getragen, um ihre Landschaft und Biosphäre zu erhalten, betonte die Regionalregierung. **MRK**

## Kosten senken mit Solarzellen

**Königsberg** – Der Fonds für Generalüberholung städtischer Gebäude plant, bei der Haussanierung künftig klappbare Solarpaneele einzusetzen. Damit könnten die Kosten für die öffentliche Beleuchtung, den Betrieb von Aufzügen sowie für die architektonische und künstlerische Beleuchtung von Gebäuden reduziert werden. Aus den Paneelen einer 500 Quadratmeter großen Fassadenfläche könnte jährlich umgerechnet Energie im Wert von knapp 10.000 Euro gewonnen werden. Die durchschnittliche jährliche Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen beträgt laut Berechnung der Behörde 31 Tonnen pro 1000 Quadratmeter. **MRK**

**KRIEGSGEFANGENE IN OSTPREUSSEN**

## Eine Gedenktafel in Pr. Eylau erinnert an Kriegsgefangenenleid

Polnische und russische Rotarier ermöglichten die Aufstellung – Christian v.d. Groeben initiierte die Zusammenarbeit

Fünf Jahre lang pendelte der in Königsberg geborene ehemalige Kreisvertreter von Bartenstein, Christian v. d. Groeben vom Rotary Club (RC) Tauberbischofsheim zwischen dem Rotary Clubs Bartenstein [Bartoszyce] und dem RC Königsberg [Kaliningrad], stets mit dem Bemühen, die beiden benachbarten Clubs auf der polnischen und russischen Seite der innerostpreußischen Grenze zu gemeinsamen Aktivitäten zu bewegen.

Ab dem Frühjahr 2018 sprachen die Rotarier-Klubs dann über eine Gedenktafel für Kriegsgefangene in Ostpreußen. Die Anregung dazu kam vom RC Bartenstein. Zu Beginn des Zweiten Weltkrieges waren ganze Züge mit Kriegsgefangenen nach Ostpreußen gekommen, für die spezielle Lager gebaut wurden. In der Nähe von Pr. Eylau, zwischen Regehnen [Dubrowka] und Domtau [Dolgorukowo], entstand das Stalag 1 A Stalack. Als erste



Einweihung unter Corona-Bedingungen: Mitglieder des RC Königsberg in Pr. Eylau

FOTO: RC KALININGRAD

brachte man 40.000 polnische Kriegsgefangene dorthin, ab 1940 belgische und französische. 1941 wurden auch sowjetische Kriegsgefangene und 1944 italienische ins Lager geschickt. In den fast sechs Jahren seines Bestehens wurde es zu einer traurigen Bleibe für 162.000 Kriegsgefangene.

Die Verstorbenen wurden auf dem Lagerfriedhof Klein Dexen beigesetzt. Polen, Belgier, Franzosen und Italiener wurden in Einzelgräbern beerdigt, an denen kleine Betonkreuze mit Angabe von Vor- und Nachnamen sowie Todesdatum und Lagernummer aufgestellt wurden. Sowjetische Kriegsgefangene wurden in großen Massengräbern beerdigt. Am Ende des Krieges gab es auf dem Lagerfriedhof 543 Einzel- und 14 Massengräber.

1990 wurde am ehemaligen Lagerfriedhof ein Memorial mit dem Namen „Internationaler Friedhof der Gefange-

nen vom Stalag 1A Stalack“ eröffnet. Da diese Gedenkstätte etwas abseits liegt, soll durch Hinweistafeln an die gemeinsame furchtbare Geschichte erinnert werden: den Angriff auf Polen, dem sechs Millionen Polen zum Opfer fielen, und dem deutsch-sowjetischen Krieg ab 1941, der 27 Millionen Menschenleben kostete.

Eigentlich wollten die Rotarier den Kriegsbeginn vor 80 Jahren im September 2019 zum Anlass der Aufstellung dieser Tafel nehmen. Ein langwieriges Genehmigungsverfahren verzögerte aber eine rasche Umsetzung, und während der Corona-bedingten Einschränkungen war keine würdige gemeinsame Einweihung dieser Tafel möglich. Dennoch fand die Aufstellung der Tafel am 6. Juni 2020 mit Mitgliedern des RC Königsberg statt. Ein gemeinsames Treffen vor Ort wird wohl noch bis zum Sommer 2021 warten müssen. **E.B.**



## ZUM 102. GEBURTSTAG

Emsbach, Paula, geb. Wegmann, aus Groß Budlacken, Kreis Wehlau, am 31. Dezember

## ZUM 101. GEBURTSTAG

Schmidt, Elli, geb. Luick, aus Neukuhren, Kreis Fischhausen, am 4. Januar

## ZUM 100. GEBURTSTAG

Bauer, Gertrud, geb. Kupiczenski, aus Lyck, von Mackensen-Str. 2, am 7. Januar

Richardt, Johanna, geb. Berger, aus Wehlau, am 3. Januar

## ZUM 99. GEBURTSTAG

Borowy, Gertrud, aus Borschim-

men, Kreis Lyck, am 6. Januar  
Plath, Anni, geb. König, aus Mote-  
rau, Kreis Wehlau, am 5. Januar  
Rogowski, Erna, geb. Joswig, aus  
Ehrenwalde, Kreis Lyck, am  
7. Januar

Walleit, Anneliese, geb. Just, aus  
Frischenau, Kreis Wehlau, am  
3. Januar

Wiegmann, Hildegard, geb. Szes-  
ny, aus Birkenwalde, Kreis Lyck,  
am 4. Januar

## ZUM 98. GEBURTSTAG

Hedrich, Margarete, geb. Lutz,  
aus Wiesengrund, Kreis Lyck, am  
4. Januar

Krehl, Georg, aus Allenburg, Kreis  
Wehlau, am 31. Dezember

Kugge, Gertrud, geb. Scharnow-  
ski, aus Gorlau, Kreis Lyck, am  
7. Januar

## ZUM 97. GEBURTSTAG

Breitbarth, Eva, geb. Jung, aus  
Eydtkau, Kreis Ebenrode, am  
3. Januar

Evers, Lotti, geb. Cub, aus Prost-  
ken, Kreis Lyck, am 1. Januar

Göb, Marianne, aus Steinberg,  
Kreis Lyck, am 1. Januar

Salecker, Kurt, aus Ebenrode, am  
7. Januar

Schneider, Johanna, geb. Ullrich,  
aus Wehlau, am 6. Januar

## ZUM 96. GEBURTSTAG

Baus, Liesbeth, aus Lissau, Kreis  
Lyck, am 3. Januar

Gründler, Edith, geb. Scherello,  
aus Heldenfelde, Kreis Lyck, am  
5. Januar

Schönlein, Herta, geb. Hornber-  
ger, aus Windkeim, Kreis Heiligen-  
beil, am 1. Januar

Watzkat, Heinz, aus Rossitten,  
Kreis Fischhausen, am 5. Januar

## ZUM 95. GEBURTSTAG

Czarnetzki, Erich, aus Gartenau,  
Kreis Neidenburg, am 4. Januar

Hinz, Dora, geb. Hebmüller, aus  
Sandau, Kreis Ebenrode, am  
4. Januar

Kexel, Edelruth, geb. Strauß, aus  
Saalfeld, Kreis Mohrunge, am  
4. Januar

Klötzer, Elli, geb. Bult, aus Grün-  
hoff, Kreis Fischhausen, am  
1. Januar

Klotz, Elisabeth, geb. Schiman-  
ski, aus Seehag, Kreis Neidenburg,  
am 6. Januar

Rindermann, Elsbeth, geb. Pen-  
ning, aus Saalfeld, Kreis Mohrun-  
gen, am 1. Januar

Rossa, Erna, geb. Kensy, aus  
Montwitz, Kreis Ortelsburg, am  
2. Januar

## ZUM 94. GEBURTSTAG

Cordes, Martha, geb. Klecz, aus  
Moithienen, Kreis Ortelsburg, am  
7. Januar

Dubberstein, Hildegard, geb.  
Schetzko, aus Deumenrode, Kreis  
Lyck, am 4. Januar

Fink, Bruno, aus Grünhayn, Kreis  
Wehlau, am 1. Januar

Lefering, Herta, geb. Mann, aus  
Jägersdorf, Kreis Neidenburg, am  
5. Januar

Rottmann, Liesbeth, geb. Wolff,  
aus Satticken, Kreis Treuburg, am  
5. Januar

Scheuermann, Annemarie, geb.  
Schindowski, aus Hagenau, Kreis  
Mohrunge, am 31. Dezember

## ZUM 93. GEBURTSTAG

Gothan, Eva-Charlotte, geb.  
Matheuszik, aus Prostken, Kreis  
Lyck, am 5. Januar

Kiel, Otto, aus Lyck, am 7. Januar

Krüger, Helmut, aus Gollen, Kreis  
Lyck, am 5. Januar

Pomian-Semper, Bruno, aus  
Treuburg, am 2. Januar

Storch, Detlev, aus Pillau, Kreis  
Fischhausen, am 5. Januar

## ZUM 92. GEBURTSTAG

Glitz, Ewald, aus Magdalenz,  
Kreis Neidenburg, am 3. Januar

Godzieba, Erna, geb. Bendel,  
aus Klaussen, Kreis Lyck, am  
4. Januar

Junker, Waltraud, aus Alt-  
kirchen, Kreis Ortelsburg, am  
31. Dezember

Leu, Silvia, geb. Jansen, aus Lyck,  
am 31. Dezember

Nickel, Dagmar, aus Lyck, Lycker  
Garten 3, am 3. Januar

Piasta, Eva, aus Keipern, Kreis  
Lyck, am 6. Januar

Pries, Helga, geb. Höhnke, aus  
Bürgersdorf, Kreis Wehlau, am  
31. Dezember

Saling, Frieda, geb. Gusewski, aus  
Nußberg, Kreis Lyck, am  
31. Dezember

Scharmacher, Kurt, aus Parne-  
nen, Kreis Wehlau, am  
31. Dezember

Trinogga, Elisabeth, geb. Jen-  
nert, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am  
1. Januar

Wascheszio, Werner, aus Prost-  
ken, Kreis Lyck, am 4. Januar

Witt, Helmut, aus Ebenfelde,  
Kreis Lyck, am 7. Januar

Wüstholtz, Christel, geb. Balze-  
reit, aus Gauleden, Kreis Wehlau,  
am 6. Januar

## ZUM 91. GEBURTSTAG

Auf'm Kamp, Karl-Heinz, aus  
Zohpen, Kreis Wehlau, am  
31. Dezember

Baumann, Hildegard, geb. Grä-  
wert, aus Schönhofen, Kreis Treu-  
burg, am 2. Januar

Bohlmann, Else, geb. Stiebel, aus  
Auersberg, Kreis Lyck, am  
2. Januar

Conson, Dietrich, aus Polenzhof,  
Kreis Elchniederung, am  
31. Dezember

Frank, Lydia, geb. Rostek, aus Ro-  
gonnen, Kreis Treuburg, am  
7. Januar

Gruenhagen, Irmgard, geb. Beh-  
rend, aus Horn, Kreis Mohrunge,  
am 31. Dezember

Hipler, Bruno, aus Klinken, Kreis  
Treuburg, am 3. Januar

Jubelt, Ruth, geb. Krüger, aus  
Schuchten, Kreis Treuburg, am  
5. Januar

Jung, Eva, geb. Jelling, aus Regeln,  
Kreis Lyck, am 7. Januar

Klewitz, Gerhard, aus Groß Dege-  
sen, Kreis Ebenrode, am 1. Januar

Krüger, Gerda, geb. Koriath, aus  
Wallendorf, Kreis Neidenburg, am  
1. Januar

Lechleiter, Irmgard, geb. Wlotz-  
ki, aus Kandien, Kreis Neidenburg,  
am 1. Januar

Taetz, Sieghard, aus Norgau,  
Kreis Fischhausen, am 4. Januar

Trost, Heinrich, aus Auerbach,  
Kreis Wehlau, am 4. Januar

Weber, Heinz, aus Treuburg, am  
7. Januar

## ZUM 90. GEBURTSTAG

Altrott, Otto, aus Groß Trakeh-  
nen, Kreis Ebenrode, am 5. Januar

Bretzke, Elfriede, geb. Friedrich,  
aus Lyck, am 5. Januar

Ciesla, Paul, aus Steinberg, Kreis  
Lyck, am 2. Januar

Ewald, Edith, geb. Biallas, aus  
Lyck, am 3. Januar

Fröhlian, Heinrich, aus Klein Las-  
ken, Kreis Lyck, am 4. Januar

Greschat, Klaus, aus Wiesenhöhe,  
Kreis Treuburg, am 3. Januar

Hartstang, Grete, geb. Schmuck,  
aus Sortlack, Kreis Preußisch Ey-  
lau, am 2. Januar

Hein, Alfred, aus Rantau, Kreis  
Fischhausen, am 5. Januar

Jegull, Irmgard, aus Wiesen-  
grund, Kreis Lyck, am 4. Januar

Mex, Arnold, aus Treuburg, am 31.  
Dezember

ANZEIGE

**Wir, die Vertreter der Georgenburger Kirchengemeinde, grüßen alle Freunde, Verwandte, Mitglieder unserer Familienclans, die wie bei mir, dem Rechtsunterzeichner, gleichzeitig in diesem neuen Deutschland in vier Generationen leben.**

*Wir wünschen uns für alle, die Pandemie zu überstehen; es wäre schön, von Euch im Jahr 2021 wieder mal einen kurzen Anruf zu bekommen.*

gez.	gez.	gez.
<b>Dr.-Ing. Gerd Berger</b> (Schweinberger) 09112 Chemnitz	<b>Hanna Rohde</b> geb. Riedel 56072 Koblenz	<b>Hellmut Jucknat</b> Sprecher 24107 Kiel, SB 52

Neckritz, Gerhard, aus Sonnen-  
born, Kreis Mohrunge, am  
16. Dezember

Nönneke, Ilse, geb. Kayka, aus  
Plötzendorf, Kreis Lyck, am  
3. Januar

Reese, Eva-Maria, geb. Schalwat,  
aus Bruchhöfen, Kreis Ebenrode,  
am 4. Januar

Rodeck, Gerhard, aus Cranz,  
Kreis Fischhausen, am 3. Januar

Schweissinger, Klaus, aus Rogon-  
nen, Kreis Treuburg, am 7. Januar

Sunderkamp, Gertrud, geb. Phi-  
lipp, aus Hügelwalde, Kreis Ortels-  
burg, am 31. Dezember

Todzi, Waltraud, geb. Falk, aus  
Groß Rauschken, Kreis Ortelsburg,  
am 4. Januar

Wischniewski, Heinz, aus Her-  
zogskirchen, Kreis Treuburg, am  
31. Dezember

## ZUM 85. GEBURTSTAG

Ackermann, Ursula, geb. Zacha-  
rias, aus Bartenhof, Kreis Wehlau,  
am 3. Januar

Bastek, Günter, aus Ebendorf,  
Kreis Ortelsburg, am 7. Januar

Domnik, Horst, aus Wallendorf,  
Kreis Neidenburg, am 2. Januar

Doublon, Gerlinde, geb. Pelzer,  
aus Prostken, Kreis Lyck, am  
31. Dezember

Ernst-Steen, Waltraud, geb.  
Ernst, aus Wehlau, am 3. Januar

Hagemeier, Gerhard, aus Thom-  
ken, Kreis Lyck, am 4. Januar

Höhncke, Friedrich, aus Lenzen-  
dorf, Kreis Lyck, am 4. Januar

Hogrefe, Jens, aus Tapiau, Kreis  
Wehlau, am 3. Januar

Johnsson, Christel, geb. Häring,  
aus Roddau Perkuiken, Kreis Weh-  
lau, am 2. Januar

Kewersun, Gert, aus Matten,  
Kreis Ebenrode, am 3. Januar

Kipar, Waltraud, geb. Klossek,  
aus Rehbruch, Kreis Ortelsburg,  
am 1. Januar

Kislat, Gerhard George, aus  
Windberge, Kreis Ebenrode, am  
3. Januar

Klimaschewski, Sieglinde, geb.  
Taetz, aus Norgau, Kreis Fisch-  
hausen, am 4. Januar

Kositzki, Angelika, geb. Wagner,  
aus Ortelsburg, am 6. Januar

Liß, Alfred, aus Millau, Kreis Lyck,  
am 1. Januar

Möbius, Helga, aus Kreis Pillkal-  
len, am 26. Dezember

Neßlinger, Astrid, aus Fischhau-  
sen, am 3. Januar

Netzker, Annemarie, geb. Leit-  
ner, aus Lyck, am 31. Dezember

Nowakiewitsch, Ingrid, geb. Wi-  
schemann, aus Königsberg, am  
29. Dezember

Pastowski, Werner, aus Eydtkau,  
Kreis Ebenrode, am 1. Januar

Petersen, Elfriede, geb. Borrosch,  
aus Mostolten, Kreis Lyck, am  
31. Dezember

Platzek, Walter, aus Borken,  
Kreis Lyck, am 3. Januar

Quassowsky, Hermine, geb. Oli-  
asa, aus Groß Lasken, Kreis Lyck,  
am 7. Januar

Radziejewicz, Karl, aus Draheim,  
Kreis Treuburg, am 3. Januar

Ramm, Günter, aus Quilitten,  
Kreis Heiligenbeil, am 1. Januar

Saszik, Paul, aus Ittau, Kreis Nei-  
denburg, am 1. Januar

Sawischlewski, Gisela, geb.  
Wohlgemuth, aus Tilsit, Kreisge-  
meinschaft Neidenburg, am  
7. Januar

Schmidt, Helga, geb. Nelz, aus  
Schölen, Kreis Heiligenbeil, am  
6. Januar

Schreiweis, Christel, geb. Haack,  
aus Partheinen, Kreis Heiligenbeil,  
am 31. Dezember

Wischniewski, Herbert, aus  
Schuttchenofen, Kreis Neiden-  
burg, am 1. Januar

Wolter, Dietrich, aus Mühlengar-  
ten, Kreis Ebenrode, am 2. Januar

**ZUM 80. GEBURTSTAG**

Bremer, Erika, geb. Meyn, aus  
Reuß, Kreis Treuburg, am 6. Januar

De Vivies, Barbara, geb. Feller,  
aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, am  
1. Januar

Domnick, Gerd, aus Großheide-  
krug, Kreis Fischhausen, am  
1. Januar

Laudemann, Marianne, geb.  
Porsch, aus Liebstadt, Kreis Moh-  
runge, am 4. Januar

Maschler, Heide, geb. Klingberg,  
aus Lyck, am 2. Januar

Meißner, Jürgen, aus Rothebude,  
Kreis Treuburg, am 7. Januar

Solinski, Helmut, aus Samplatten,  
Kreis Ortelsburg, am 3. Januar

Wesel, Joachim, aus Ebenfelde,  
Kreis Lyck, am 7. Januar

**ZUM 75. GEBURTSTAG**

Karius, Winfried, aus Baringen,  
Kreis Ebenrode, am 31. Dezember

Peter, Manfred, aus Wehlau, am  
7. Januar

Waschulewski, Ruth, geb. Pawel-  
zik, aus Lindenort, Kreis Ortels-  
burg, am 4. Januar

## Termine der Landsmannschaft Ostpreußen 2021



**20./21. März:** Arbeitstagung der Kreisvertreter in Helmstedt (geschlossener Teilnehmerkreis)

**16. bis 18. April:** Kulturseminar in Helmstedt

**24./25. April:** Arbeitstagung Deutsche Vereine in Sensburg (geschlossener Teilnehmerkreis)

**19. Juni:** Ostpreußisches Sommerfest im südlichen Ostpreußen

**25. bis 27. Juni:** Ostpreußische Sommerolympiade in Heilsberg

**24. bis 26. September:** Geschichtsseminar in Helmstedt

**11. bis 17. Oktober:** Werkwoche in Helmstedt

**16./17. Oktober:** 13. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis)

**5. November:** Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden (geschlossener Teilnehmerkreis)

**6./7. November:** Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis)

**7./10. November:** Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Das geplante **Jahrestreffen der Ostpreußen** am 5. Juni in Wolfsburg musste abgesagt werden, da die Wolfsburger Stadthalle als Impfzentrum genutzt wird. Der neue Termin ist der **11. Juni 2022**.

**Weitere Auskünfte** zu den einzelnen Veranstaltungen erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

## Zusendungen für die Ausgabe 2/2021

**Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder** für die Heimat-Seiten der Ausgabe 2/2021 (Erstverkaufstag 15. Januar) bis spätestens Dienstag, den 5. Januar 2021, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: renker@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

## Hinweis

**Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimatarbeit“** abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt.

Der Veröffentlichung können Sie jederzeit bei der Landsmannschaft widersprechen.

## Wir gratulieren...

## Kontakt

Wegen Elternzeit der zuständigen Mitarbeiterin ist bis Mitte Januar 2021 Frau Ingrid Renker Ansprechpartnerin für die Heimat-Seiten.  
Telefon: (040) 41 40 08 - 34  
E-Mail: renker@preussische-allgemeine.de  
Telefonische Erreichbarkeit: Dienstag-Donnerstag jeweils von 13-16 Uhr

**PAZ wirkt!**

## Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



### Niedersachsen

**Vorsitzende:** Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)42684, **Schriftführer und Schatzmeister:** Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)7684391. **Bezirksgruppe Lüneburg:** Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebsdorf, Tel.: (05822)5465. **Bezirksgruppe Braunschweig:** Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Tel.: (0531) 2509377. **Bezirksgruppe Weser-Ems:** Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Tel.: (05901) 2968

**Landesgruppe** – Große Freude im Ostpreußischen Landesmuseum bei Museumsdirektor Dr. Joachim Mähner und dem für Naturkunde, Jagd und Trakehnen zuständigen Kurator, Dr. Christoph Hinkelmann: Frau Dr. Barbara Loeffke, Witwe des Gründers des „Ostpreußischen Jagdmuseums – Wild, Wald und Pferde“, Hans-Ludwig Loeffke, übergab in der Trakehnen-Abteilung der neuen Dauerausstellung des Hauses eine wertvolle Pferdeplastik.

Mit der Übergabe dieser Bronze des ostpreußischen Offiziers, Landwirts und Bildhauers Rudolf von Printz (1818–1885) „Das Pferd beim Putzen“ geht ein Jahr erfolgreicher Sammlungsbaus zu Ende. Die um 1850 entstandene Arbeit zeigt den letzten Nachkommen des berühmten Trakehnerhengstes Nedjed, den Caledonius, der 1830 auf Trakehnen geboren worden war. Es ist eine überaus lebensnahe, detaillierte Arbeit, welche den großen Pferdesachverständigen des Künstlers verrät.

Dank der Zuwendungen besonders des „Fördererkreis Ostpreußisches Jagdmuseum – Hans-Ludwig Loeffke Gedächtnisvereinigung“, aber auch der Freunde des Ostpreußischen Landes- und Jagdmuseums sowie der Landsmannschaft Ostpreußen-Landesgruppe Nordrhein-Westfalen konnten 2020 mehrere bedeutende Stücke erworben werden.

Dazu zählen etwa ein lebensgroßes Porträt König Friedrichs I. kurz nach seiner Krönung in Königsberg 1701, eine sehr seltene Schellenbaumfahne des „Ostpreußischen Füsiliers-Regiments Nr. 33“ aus dem späten 19. Jahrhundert, ein aufwendiges Adelsdiplom des preußischen Königs Wilhelm I. sowie ein Gemälde „Samlandküste

mit Zipfelberg“ der Königsberger Malerin Anna Michelau von 1925. Dank einer Privatschenkung konnte die Sammlung zudem um fast 80 Gemälde und Grafiken des bekannten ostpreußischen Spätexpressionisten Karl Eulenstein erweitert werden.

Wenn auch viele Ausstellungsaktivitäten durch die Corona-Pandemie unterbleiben mussten und das Museum monatelang allen Besuchern verschlossen war, ist wenigstens die Bewahrung wertvollen und seltenen ostpreußischen Kulturguts durch die Großzügigkeit vieler Ostpreußen – ebenso auch vieler Deutschbalten für die Deutschbaltische Abteilung – möglich gewesen.

Damit werden die Ausstellungen immer sehenswerter und erlebnisreicher. Jetzt, wo Zeitzeugen und Erlebnisgeneration altersbedingt immer weniger werden, ist die Museumsarbeit besonders wichtig, um das Interesse an und die Begeisterung für die ostpreußische Kulturgeschichte an Jüngere weiterzugeben. Schon jetzt erfreut sich das Museum an der ausgeprägten Begeisterung von Familien und Großeltern-Enkelbesuchen in der neuen Dauerausstellung. Dies ist ein gemeinsamer Erfolg durch die aktive Unterstützung vieler Ostpreußen. Das Museum sagt daher allen seinen Freunden und Förderern nicht nur des vergangenen Jahres ein großes Dankeschön!

Der Vorstand



### Schleswig-Holstein

**Vorsitzender:** Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

### Weihnachtsfeiern trotz Corona ?!

**Landesgruppe** – Eigentlich werden in den Ortsgruppen (OG) der Landsmannschaften (LO) in dieser

vorweihnachtlichen Zeit in schönem ausgestalteten Rahmen Weihnachtsfeiern anberaumt und mit heimatlichen Geschichten und Liedern bei Kaffee und traditionellen Gebäck, Marzipan und Nüssen in anheimelnder Atmosphäre genossen. Ganz anders in diesem Jahr. Trotz Corona lässt sich so manche OG etwas einfallen, um ihre Mitglieder zu erreichen und zu erfreuen. So z.B. Frau Brigitte Profé, die aus Leidenschaft gerne töpft und Vorsitzende der LO der OG Neumünster ist. Mit ihren über 90 Jahren hat sie für jedes ihrer 57 Mitglieder eine Kleinigkeit getöpft, die sie eigentlich anlässlich einer Weihnachtsfeier überreichen wollte. Damit diese kleine Gabe nun an die Mitglieder verteilt werden kann, hat sich der Enkel ihrer Freundin bereit erklärt, die Überbringung dieser Aufmerksamkeit an die Mitglieder zu übernehmen. Was für ein Einsatz.

Auch Herr Weichler von der LO der OG Nortorf hat an seine 36 Mitglieder eine Packung Schermer Königsberger Marzipan für die Treue zur Landsmannschaft zukommen lassen.

Der Vorsitzende der LO der OG Bad Schwartau Axel Simanowski hat ebenfalls seine 66 Mitglieder mit einem Päckchen Süßes mit einer sehr schön gestalteten Weihnachtskarte bedacht mit einem Zitat aus der Masurischen Weihnacht von Eva M. Sirowatka: „Hört es knistern, hört es bullern, Feuerchen im Kachelofen, Funken stieben, Funken fliegen hoch hinaus durch den Kamin – tausend kleine helle Sterne! Jakobassas alte Mutter – Baba rufen sie die Kleinen – sitzt Daheim im warmen Stübchen,

emsig strikt sie Wintersocken, dicke weiche warme Socken – draußen fallen sacht die Flocken, tausend weiße kleine Vögel! Weihnachten steht vor der Tür, wenn der Hund den Mond verbellt und der Anton Fallen stellt – wenn das Dorf versinkt im Schnee und zu Eis erstarrt der See – wenn im

Wald man hört es schallen, Schellenläuten, Peitschenknallen. Mützchen braucht vom Fell des Hasen, wenn die kalten Winde blasen, Jakobassas braves Kind – Baba näht es ihm geschwind.“

Eine ganz besondere Idee hatte der Vorsitzende der LO der OG Schwarzenbek Peter Gerigk, der mit Hilfe seines Enkels eine digitale virtuelle Weihnachtsfeier gestaltet hat, die seine 100 Mitglieder über einen Link digital über das Internet <https://my.hidrive.com/link/dBADhYun> aufrufen aber auch als DVD erhalten können. Mit dem Geläut der Glocke von Braunsberg, die heute in einer Kirche bei Aachen läutet, einer Einführung von Peter Gerigk, einer Predigt der Pastorin aus der Nachbargemeinde Brunsdorf und Weihnachtsliedern zum Mitsingen, eine gelungene Weihnachtsfeier, die auch Jeder, der den Link öffnen kann, sich in seine Stube holen kann.

Diese Beispiele zeigen, wie verbunden wir Landsleute uns sind und so gibt es mit Sicherheit noch viele andere schöne Begebenheiten mit der an die Mitglieder gedacht und eine Verbindung zu ihnen gehalten wird.

Der Vorstand der Landsmannschaft der Ostpreußen der Landesgruppe Schleswig Holstein

dankt den eifrigen Initiatoren für ihre Mühen, die sie für ihre Mitglieder zu bedenken auf sich nehmen und wünscht ebenfalls allen Mitgliedern und Freunden der Landsmannschaft ein Innehalten und trotz Corona eine schöne und frohe Advents- und Weihnachtszeit und einen zuversichtlichen Start in das neue Jahr 2021. Möge es ein friedvolles Jahr sein.

Hans-Albert Eckloff  
Schriftführer Landesgruppe  
Schleswig-Holstein



### Bund Junges Ostpreußen

**Vorsitzender:** Tobias Link  
**Gst.:** Buchtr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Mail: kontakt@junge-ostpreussen.de, www.junge-ostpreussen.de

ANZEIGE

### Das siebte Buch von Wendelin Schlosser „Die Deutschen unter dem Damoklesschwert“

ist 2019 im „August von Goethe Literaturverlag“ erschienen.  
ISBN: 978-3-8372-2220-3  
314 Seiten, €18,80

Der Band spricht von der Vertreibung der Deutschen, der Abschaffung Deutschlands, dem Selbsthass der Deutschen und der organisierten Kriminalität.

Die Verbrecher machen aus deutschen Opfern, die Arbeitslager, Bomben und Vertreibung überlebt haben, Täter. Diese geschundenen Deutschen werden auch noch obendrauf von Hasspredigern zum Selbsthass erzogen. Die vom Mainstream verschwiegene Wahrheit kommt in diesem Buch zum Erscheinen.

Liebe Freunde des Bundes Junges Ostpreußen, aufgrund der allgemeinen Entwicklungen hat der Bundesvorstand des Bundes Junges Ostpreußen (BJO) den für Januar geplanten Preußenball in Jena coronabedingt abgesagt.

Die Veranstaltung wird nachgeholt, sobald es möglich ist. Der neue Termin wird zeitgerecht bekanntgegeben.

Mit heimatlichen Grüßen,  
Dr. Andreas Borm  
(i.A. des Bundesvorstandes)

ANZEIGE

## Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

**Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie das ostpreußische Schlemmerpaket.

Name: \_\_\_\_\_  
Vorname: \_\_\_\_\_  
Straße/Nr.: \_\_\_\_\_  
PLZ/Ort: \_\_\_\_\_  
Telefon: \_\_\_\_\_

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter [www.paz.de](http://www.paz.de)

Lastschrift  Rechnung

IBAN: \_\_\_\_\_  
Bank: \_\_\_\_\_  
Datum, Unterschrift: \_\_\_\_\_

**Bitte einsenden an:**  
Preußische Allgemeine Zeitung  
Buchtstraße 4 - 22087 Hamburg

PAZ-03-R



## Abonnieren Sie die PAZ und sichern Sie sich Ihre Prämie

Unser  
ostpreußisches  
Schlemmerpaket



Lassen Sie sich in die guten alten Zeiten entführen und genießen Sie unser speziell für Sie angefertigtes Präsent. Verwöhnen Sie Ihre Familie und Freunde mit den traditionsreichen ostpreußischen Speisen aus unserem hochwertigen Kochbuch und bieten Sie Ihnen dazu den typisch ostpreußischen Honiglikör Bärenjäger an. Natürlich fehlt in diesem Schlemmerpaket auch das Königsberger Marzipan nicht.

**Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!**

Zeitung für Deutschland  
[www.paz.de](http://www.paz.de)

Heimatkreisgemeinschaften



**Kreisvertreter:** Dieter Arno Milewski, Am Forstgarten 16, 49214 Bad Rothenfelde, Telefon (05424) 4553; E-Mail: kgl.milewski@osna-net.de  
**Stellvertreterin:** Petra-Kathrin Karpowski, 22880 Wedel  
**Geschäftsstelle und Heimatmuseum:** Gudrun Marlies Christians, Sudetenlandstraße 18 H, 24537 Neumünster, Telefon: +49 152 2903 2268, E-Mail: KGL-info@web.de  
**Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:** Montag von 9 bis 12 Uhr sowie Donnerstag und Freitag von 14 bis 17 Uhr. Während der Öffnungszeiten der Geschäftsstelle sind die Museumsräume geöffnet.

**Aufruf Schatzmeistersuche**  
 Da unser Schatzmeister zurückgetreten ist, suchen wir auf diesem Wege ein Mitglied (oder ein zukünftiges Mitglied) unserer Kreisgemeinschaft, das diese Aufgabe zuverlässig übernehmen würde. Leider konnten wir wegen der Corona-Pandemie unsere Kreisversammlung nicht wie ge-

plant durchführen, und so war es nicht möglich, unsere Mitglieder bei dieser Versammlung persönlich anzusprechen.  
 Der Schatzmeister sollte die Arbeit des Vorstandes unterstützen und wäre ab der nächstmöglichen Wahl anlässlich einer Kreisversammlung Mitglied des engeren Vorstandes. Interessenten bitten wir, sich bei der Geschäftsstelle (siehe linke Seite) zu melden.

**Mitgliederversammlung der Kreisgemeinschaft Lötzen e. V. in der Patenstadt Neumünster**  
 Laut Vereinsrecht und der Vereinssatzung der Kreisgemeinschaft Lötzen e. V. muss nach Ablauf von zwei Jahren eine Mitgliederversammlung und nach Ablauf von vier Jahren eine Neuwahl des Vorstandes stattfinden. Die letzte Neuwahl war im August 2018 und demzufolge hätte im August 2020 eine Mitgliederversammlung stattfinden müssen. Die Einladung zu dieser Versammlung erfolgte im Heimatbrief Nr. 127 und in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) für den 9. August 2020.

Wegen der Corona-Pandemie musste diese Mitgliederversammlung abgesagt werden. Die Absage erfolgte in der PAZ und mit unserer Informationskarte vom 2. Juni 2020.

Der Gesetzgeber gibt uns das Recht, die Mitgliederversammlung nach Art. 2 § 5 des „Gesetzes zur Abmilderung der Folgen der COVID-19-Pandemie im Zivil-, Insolvenz- und Strafverfahrensrecht“ durchzuführen. Mit der Informationskarte und der Mitteilung in der PAZ baten wir um Stimmen der Mitglieder zur Ver-

sammlung, die bis zum 1. Oktober 2020 bei der Geschäftsstelle abzugeben waren.

Unsere folgende Information betrifft die Jahre 2018, 2019 und 2020 bis Ende August.

Der demographische Wandel geht auch nicht an uns vorbei. In den Jahren 2012 bis 2017 mussten wir uns von 407 Mitgliedern verabschieden. Von 2018 bis zum 31. August 2020 waren es 168 Mitglieder, so dass der aktuelle Mitgliederstand 1868 Mitglieder beträgt. In den Anfangsjahren konnten wir auf mehr als 5400 Mitglieder blicken. Es ist erfreulich, dass teilweise die zweite und auch dritte Generation zu unseren Mitgliedern zählen, sie ersetzen aber nicht alle Verstorbenen.

Im Jahr 2018 verstarb unser 1. Vorsitzender, Herr Dieter Eichler. Seine Geschäfte übernahm, bis zur Neuwahl im August 2018, der 2. Vorsitzende Dieter Arno Milewski. Diese Zeit wurde mit Einarbeitung, Vorstellung bei Mitgliedern, der Landsmannschaft Ostpreußen, Vereinen und Verwaltungen in Neumünster sowie Lötzen ausgefüllt.

Bei der Neuwahl im August 2018 wurde ein neuer Vorstand gewählt. Für diese Wahl existierte eine Wahlordnung. An der Neuwahl haben 17 Mitglieder, einschließlich der Kandidaten, teilgenommen – bei einer Mitgliederzahl von über 1900.

Deshalb hat der Vorstand für die Neuwahl im Jahre 2022 eine neue Wahlordnung erarbeitet, die allen Mitgliedern die Möglichkeit gibt, den Vorstand zu bestimmen. Am Ende dieses Berichtes ist die vom Vorstand beschlossene neue Wahlordnung veröffentlicht.

Das Ergebnis der Vorstandswahlen 2018 wurde im Heimatbrief, der PAZ und im Internet bekannt gegeben. Es wurden vier Kandidaten wiedergewählt und drei neue Bewerber gewählt. Es gab einen Nachrücker.

Das Jahr 2018 wurde dank der Mitglieder Spenden und Zuwendungen sowie guter, ehrenamtlicher, kostensparender Arbeit mit einem finanziellen Ergebnis, das 2,02 % über dem Ergebnis von 2017 lag, abgeschlossen.

Im Jahr 2019 galt es, unsere Aufgaben, die uns unsere Satzung vorgibt, wie den Erhalt der Kreisgemeinschaft, des Heimatbriefes, des Museums sowie des Archives, zu erfüllen und ferner die Kontakte zu unserer Heimat in Lötzen zu pflegen und auszubauen.

Ihre Spenden helfen in der Heimat, die Not unserer Schwestern und Brüder, die dort verblieben sind und in teilweise schlimmen sozialen Verhältnissen leben, ein klein wenig zu mildern. Die „Stiftung Bruderhilfe“ der „Landsmannschaft Ostpreußen“ war gezwungen, die gewohnte, jahrelange Höhe der Bruderhilfe zu kürzen. Wir konnten den gekürzten Betrag nicht ganz ausgleichen, haben aber einen Teil übernommen.

Im Jahr 2019 haben wir an Veranstaltungen der „Landsmannschaft Ostpreußen“ teilgenommen. Aus ehrenamtlicher Sicht war es unsere Pflicht, das Ostpreußentreffen in Wolfsburg, die Veranstaltung der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen auf Schloss Burg, die Veranstaltung der Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern in Neubrandenburg sowie das Dorftreffen der Weidicker zu besuchen. Es war ein sehr schönes



Gefühl, sich mit sehr vielen Lötzern aus Stadt und Land über Erinnerungen, Erfahrungen und Besuchen in der Heimat auszutauschen.

Genau wie im Jahr 2018 haben wir auch im Jahr 2019 jeweils zwei Heimatbriefe herausgegeben. Der Heimatbrief hat mittlerweile mit Umschlag 148 Seiten. Dank unseres Redakteurs können wir auf eine interessante Lektüre, die ein wichtiges Bindeglied zwischen Ihnen, also unseren Mitgliedern und der Heimat ist, immer wieder hoffen.

Die Kosten für Druckerei und Versand werden leider von Jahr zu Jahr teurer. Eine kleine Portohöhen bei der Post von 0,05 Euro wirkt sich bei einem Versand von 2000 Exemplaren erheblich aus. Die Kosten für die Erstellung des Heimatbriefes blieben auch nicht auf dem Niveau des Vorjahres. 2019 hatten wir ein sehr gutes Jahresergebnis, weil unsere Druckerei, die für viele Kreisgemeinschaften druckt, nicht mehr in der Lage war, uns die Rechnung für die letzte Ausgabe im alten Jahr zu erstellen. Die Rechnung kam aber sofort im neuen Jahr, deshalb ist ein Vergleich des erwirtschafteten

Ergebnisses mit dem Vorjahr unrealistisch.

Die Veranstaltungen im Museum in Neumünster waren regelmäßig und sehr erfolgreich. Alle Veranstaltungen waren gut besucht. Die gewählten Themen sowie die erfolgte Unterstützung des Ostpreußischen Landesmuseums in Lüneburg sowie des Kulturzentrums Ostpreußen Ellingen mit Exponaten und in der Vorbereitung ergaben die gewünschte öffentliche Wirkung.

Auch die Veranstaltungen, die durch eine Unterstützung von Mitgliedern der Kreisgemeinschaft durchgeführt wurden, gaben dem Museum seine Berechtigung. Die Zusammenarbeit mit dem in Neumünster etablierten „Museum für Tuch und Technik“ war sehr gut. Exponate aus unserer Heimat haben auch dort bei besonderen Anlässen ihre Wirkung nicht verfehlt.

Der Vorstand der Kreisgemeinschaft hat zwei Sitzungen in unserem „Zuhause“ in Neumünster, also in Ihrem/unserem Museum, durchgeführt.

Auf das Jahr 2020 hatten wir große Erwartungen und Hoffnungen

Hinweis

**Die Kartei des Heimatkreises** braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb bitte jeden Wohnungswechsel Ihrer Kreisgemeinschaft. Geben Sie bitte bei allen Schreiben stets auch den letzten Heimatort an.

Rätsel

Markt- preis von Wert- papieren	Truppe zum per- sönlichen Schutz	Mei- nungs- erhe- bung	Nach- bar- zimmer	indische Wäh- rungs- einheit	italie- nische Mandel- likör	als Anlage zugefügt	heiter, ver- gnügt	Hand- werk- ver- einigung	Angreifer	Stadt in Ostries- land	zum Nenn- wert (Bankw.)	Verkehr- sstockung	die Waffen strecken (sich...)
Klemm- befes- tigung			Kohlen- wasser- stoff in Gasform		Urein- wohner Neusee- lands		asia- tischer Halbesel		spiegel- blanke Beschaf- fenheit				
un- gelenk, unbieg- sam		Vergnü- gungs- straße in Hamburg							allmäh- liche Entwick- lung		Posse; Ver- höhnung		durch die Nase sprechen
			Haus- vorbau		silber- weißes Metall	feier- liche Namens- gebung	Rand eines Gewäs- sers			russ- sibir. Wald- gebiet		chro- no- metri- sche Angabe	
afrika- nisches Wild- pferd		amerik. Schau- spieler (Richard)			eine der Nordfrie- sischen Inseln			kostbarer Duftstoff tierischer Herkunft	nicht klar, nicht durch- sichtig				
Film-, Video-, Foto- apparat			Küsten- motor- schiff (Kzw.)		persönl. Fürwort (3. und 4. Fall)	Auspuff- stoff			Teil des Wagens				
Festung im Mittel- alter		Halb- affe Mada- gaskars				hektisch, auf- geregt	Muse der Liebes- dichtung	bemän- geln, bean- standen					
Prophet						Fisch-, Vogel- fang- gerät	sich täuschen			Pyre- näen- volk			laut krachen
			franzö- sisches Physiker- ehepaar				veraltet; sogleich; kurz danach		sehr feucht	Tages- abschnitt			
						Bruder des Moses				Training, prakti- sche Erfahrung			Würde, Ansehen
			Volk in Kambod- ja	Gefühls- ver- letzung, Anstoß	hoch- betagt			munter, lebhaft	britische Schrift- stellerin (Jane)				
			Anwärter d. höher. Beamten- laufbahn					Abkür- zung für Sekunde					bayer. Benedik- tiner- abt
						getrock- netes Gras		Kern- obst- gewächs					
			schmie- ren, fetten	männ- liches Borstentier	eine Anhöhe hin auf	Gefälle; Vorliebe			Vorteil, Vorzug	tiefer als etwas			
			dt. Dichter (Ema- nuel)				die Acker- krume lockern	tropi- sche Echse		Auslese der Besten	oberhalb von etwas		eine Blume; ein Gewürz
													Metall- bolzen
			Haus		griechi- scher Buch- stabe	Binde- wort	ugs.: Mähre, Klepper		nordi- scher Hirsch, Eich				
								Küchen- gerät, Filter					chem. Zeichen für Lithium
			Denk- anstoß	zwei- sitziges Fahrrad				Hinter- hältigkeit, Beschäftig- keit					
			Markt- bude				Fluss zum Rhein		nord- deutsch für Ried, Schilf				

Magisch: 1. Wichita, 2. Thermik, 3. steinig  
 7. Aufnahme – Rekrut  
 5. Diamanten, 6. Schimmel  
 2. Zweifeln, 3. Treffer, 4. Kamera, 5. Amerikaner  
 Mittelwörter: 1. Amerika  
 Schüttelrätsel:  
 F E S  
 G R A N D P I K E  
 U N D L A U R I N  
 E L L E N L A N G  
 H E R R E N D E

Schüttelrätsel

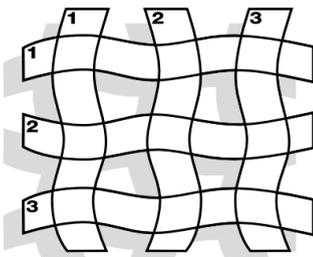
In diesem ungewöhnlichen Kreuzwörterrätsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

EFHRU	AEHL	DEELR	ELPSU	AINR	DIKN	EEGN
			EIKP			
ADGNR		AILN RU				
AEGL LLNN						
EHRR			DEEN			

Mittelwörterrätsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung ein Wort für einen Keim in der Musik.

1	NORD					REISE
2	SELBST					LOS
3	VOLL					QUOTE
4	SPIEL					SCHAFT
5	ROH					RING
6	BLAU					PILZ
7	TON					LEITER



Magisch

Schreiben Sie waagrecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

- 1 Stadt in Kansas (USA)
- 2 warmer Aufwind
- 3 mit Geröll durchsetzt

## Heimatkreisgemeinschaften

gen gelegt. Wir haben daran geglaubt, dass sich der 100-jährige Kalender wiederholt und uns die „Goldenen 20er-Jahre“ bevorstehen. Wir haben uns sehr viel vorgenommen und viele Planungen gemacht.

Jedoch: Als erste Mitteilung erhielten wir die Kündigung unseres Kassenswartes und Mitglieds des engeren Vorstandes mit Bankentscheidung und -berechtigung. Er führte gesundheitliche und berufliche Gründe für die Entscheidung an. Da wir keinen sofortigen Ersatz gefunden haben und die Welt von COVID-19 bedroht war, hat sich der Kassenswart bereit erklärt, bis zur Verpflichtung eines Nachfolgers die Geschäfte weiter zu führen. Noch haben wir keinen Nachfolger.

Dann hatten wir im Rahmen einer Kosteneinsparung den Plan, die Geschäftsstelle von Hamburg nach Neumünster in einen freien Raum des Museums, für das wir hohe konstante Kosten haben, zu verlegen. Ziel war es, die Miete für das Büro in Hamburg zu sparen sowie unzählige Fahrten von Hamburg nach Neumünster, für die wir Kostenerstattung leisten, zu minimieren. Einen zusätzlichen Vorteil sahen wir darin, durch die Besetzung der Geschäftsstelle im Museum an drei Tagen pro Woche die Öffnungszeiten des Museums für Besucher von einmal im Monat auf dreimal pro Woche zu vergrößern. Das Ergebnis war leider, dass die Geschäftsstellenmitarbeiterin in Hamburg ohne Verhandlungen gekündigt hat.

Dieses Ereignis fiel in eine schwere Zeit und traf uns unvorbereitet. Die Pandemie ergriff Deutschland und die ganze Welt. Dadurch war eine ordnungsgemäße Übergabe der Arbeitsunterlagen nicht möglich. Diese Übergabe erfolgte nur an einer Haustür, entsprechende Abstimmungen wie im Arbeitsleben üblich waren unmöglich. Unser Museum und Archiv in Neumünster war plötzlich unerreichbar und ver-

waist. Wir hatten zwar viele Haustürschlüssel, aber niemand benutzte sie.

Wir erinnerten uns, dass der für den Stadtteil zuständige Stadtteilvorsteher Erhard Schättiger, in dem das Museum liegt, schon zwei Stadtteilbeiratssitzungen in diesem Museum durchgeführt hat. Ein Anruf genügte, um die Schlüsselgewalt zu übergeben. Erhard Schättiger ist sehr daran interessiert, dass in „seinem“ Stadtteil wichtiges kulturelles Leben erhalten bleibt. In der Zwischenzeit war bei einem Redakteur des Holsteinischen Courier in Neumünster eine von unserer ehemaligen Geschäftsstellenmitarbeiterin verfasste Mitteilung eingegangen, dass das Museum nun wohl geschlossen werden müsse.

Da der Redakteur vor der Veröffentlichung mit Erhard Schättiger und mir, Dieter Milewski, sprach, enthielt der Artikel auch einen Hinweis darauf, dass die Kreisgemeinschaft die Geschäftsstelle in Neumünster neu besetzen wolle. Aufgrund dieses Artikels erhielten wir innerhalb weniger Tage eine Bewerbung, die unseren Vorstellungen entsprach. So konnten wir am 3. Mai 2020 – leider wieder nur an der Haustür – Schlüssel, Unterlagen, Laptop und gute Wünsche übergeben.

Der Sprung ins kalte Wasser für eine Mitarbeiterin, die keine persönliche Einarbeitung hatte, war zu erwarten. Deshalb läuft es auch noch nicht so „rund“ wie bei Mitarbeitern mit langjähriger Erfahrung.

Wir kennen somit unsere neue Mitarbeiterin nur von der Haustür, vom Foto und vom Telefon. Das ist aber das kleinste Problem der Pandemie.

Es gibt noch viele, viele Wünsche und Pläne, die wir aktuell nicht verwirklichen können. Sämtliche Veranstaltungen der Landsmannschaft Ostpreußen, die dem Fortbestand unseres Andenkens und unserer Erinnerungen dienen, sowie alle Treffen und Zusammenkünfte sowie Sitzun-

gen und Möglichkeiten des Erfahrungsaustausches gibt es nicht.

Eine ganz besondere Situation erfahren die Empfänger der Bruderhilfe in dieser schweren Zeit. Von der „Stiftung Bruderhilfe“ wird empfohlen, die in den Kreisgemeinschaften schon vorhandenen Zuwendungen im Jahr 2021 in doppelter Höhe auszus zahlen. Laut Richtlinie der Stiftung muss die Bruderhilfe vom Vorstand der jeweiligen Kreisgemeinschaft überbracht werden. Eine Überweisung an den Deutschen Verein muss leider entfallen.

Wir werden uns bemühen, einen Beitrag aus unserem Kassenbestand per Überweisung zur geplanten Weihnachtsfeier beizutragen und dadurch einen kleinen Ersatz zu leisten.

Der persönliche Kontakt zu Ihnen fehlt uns. Wir freuen uns aber, dass uns die Möglichkeit geblieben ist, Ihnen einige Eindrücke aus Lötzen und seiner Umgebung in diesem Heimatbrief zu geben.

Uns bleibt die Hoffnung, dass diese schreckliche, gesundheitsgefährdende Pandemie bald ein Ende hat.

Der Vorstand der  
Kreisgemeinschaft Lötzen e. V.  
Erster Vorsitzender  
Dieter Arno Milewski

### Wahlordnung für die Wahl des Vorstandes der Kreisgemeinschaft Lötzen e. V.

1. Der Vorstand wählt einen Wahlausschuss, bestehend aus drei Personen. Dieser Wahlausschuss bestimmt seinen Vorsitzenden.

2. Die Mitglieder des Vereins haben das Recht, bis zu einem Stichtag Kandidaten zur Wahl des Vorstandes vorzuschlagen. Ein entsprechender Aufruf mit Benennung des Stichtages wird rechtzeitig im Heimatbrief veröffentlicht. Der Vorschlag muss enthalten:

- Name, Vorname
- Beruf bzw. früherer Beruf
- Heimatwohnort bzw. Heimatort der Vorfahren

d) postalische Anschriften des Kandidaten und des Vorschlagenden.

Dem einzureichenden Vorschlag ist die schriftliche Zustimmung des Vorgesetzten, dass er die Wahl annehmen würde, beizufügen.

3. Wahlberechtigung und Wählbarkeit sind im Zweifelsfall an Hand der Kreiskartei festzustellen.

4. Nach Ablauf des Stichtages übersendet der Vorstand die geprüften Wahlvorschläge dem Vorsitzenden des Wahlausschusses. Der Wahlauftrag mit Vorstellung der Kandidaten erfolgt im Heimatbrief.

5. Die Abgabe der Stimme erfolgt geheim durch eine Wahlkarte in einem verschlossenen Umschlag, der an den Vorsitzenden des Wahlausschusses adressiert ist. Der Wahlauftrag und die Wahlunterlagen werden den Mitgliedern des Vereins zusammen mit dem Heimatbrief übersandt. Auf der Wahlkarte müssen die Kandidaten namentlich eindeutig aufgeführt sein.

6. Die Wahl muss bis zu einem bestimmten Tag (Stichtag) erfolgt sein. Nach Ablauf dieses Termins eingegangene Wahlkarten sind ungültig, ebenso eine Abänderung der Wahlkarten.

7. Der Wahlausschuss stellt fest, welcher Kandidat in den Vorstand gewählt wurde. Als gewählt gelten die Kandidaten mit der höchsten Stimmenzahl der Reihe nach absteigend bis zur Höchstzahl von sieben Personen. Bei Stimmgleichheit entscheidet das Los. Die nicht gewählten Kandidaten gelten als Nachrücker.

8. Der neu gewählte Vorstand bestimmt den 1. Vorsitz, den 2. Vorsitz und den Kassenswart als leitenden Vorstand. Den restlichen Personen des erweiterten Vorstandes gemäß § 9 der Satzung können die Positionen des Redakteurs des Heimatbriefes sowie der Verantwortung für das Museum und Archiv zugeteilt werden.

Stand: 01.10.2020

ANZEIGE



Wer im Gedächtnis seiner Lieben lebt,  
der ist nicht tot, der ist nur fern;  
tot ist nur, wer vergessen wird.  
(Immanuel Kant angeblich)

## Dora Stark

\*10.7.1927 † 1.12.2020  
in Woitekaten/Ostfurt in Hanau

Wir trauern um unsere herzengute Mutter und Oma.  
In unseren Herzen bleibst Du für immer.

Wir vermissen Dich  
**Kristine und Ralf mit Matthias  
Karina und Eddy  
sowie alle Angehörigen**

Gelnhäuser Straße 23, 63517 Rodenbach

Die Trauerfeier fand im engsten Familienkreis statt.



### Preußisch Eylau

**Kreisvertreterin:** Evelyn v. Borries, Tucherweg 80, 40724 Hilden, Telefon (02103) 64759, Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net. **Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer-Heimatmuseum** im Kreishaus Verden/Aller Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller, E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de, Internet: www.preussisch-eylau.de. Unser Büro in Verden ist nur noch unregelmäßig besetzt. Bitte wenden Sie sich direkt an die Kreisvertreterin Evelyn v. Borries

### Dr. Horst Hüttenbach mit 96 Jahren verstorben

Mit Horst Hüttenbach ist ein tatkräftiger Mitstreiter von uns gegangen. Hüttenbach arbeitete unablässig, ohne sich selbst zu schonen, an unserer gemeinsamen großen Aufgabe: Dass Ostpreußen nicht vergessen wird. Er erwartete den gleichen Einsatz auch von anderen, selbst mit dem Risiko, als unbequemer Mahner empfunden zu werden. Er war, angetrieben von Heimat- und Vaterlandsliebe, verbunden mit einem tiefen Rechtsgefühl, ein Motor der landsmannschaftlichen Arbeit.

Aufgewachsen auf dem elterlichen Gut Waldkeim bei Preußisch Eylau, Wilhelm-Gymnasium in Königsberg, das auch Wilhelm von der Trenck besucht hatte, mit dem ihn zeitlebens eine enge Freundschaft verband; Kriegsdienst, am Ende in Königsberg, verwundet in den Westen, nach dem Krieg Studium der Landwirtschaft in Bonn; Eintritt in das Corps Rhenania; in Bonn lernte er seine Frau kennen und schlug damit auch im Rheinland Wurzeln; der Beruf führte ihn in viele Länder, in denen er für einen deutschen Chemiekonzern einen Beratungsdienst für Pflanzenschutz aufbaute und die für unser Anliegen so wichtige Auslandserfahrung erwarb.

Nach seiner Pensionierung 1988 begann sein intensiver Einsatz für die Heimat. Er machte auf die dort verbliebenen Deutschen aufmerksam und vermittelte Kontakte zu ihnen; 1991 wurde auf sein Betreiben in Landsberg die „Deutsche Gesellschaft Natangen“ (DGN) gegründet. Hüttenbach hatte ständig neue Ideen, packte die große Aufgabe immer wieder von einer neuen Seite an.

Als sich zu Beginn der 1990er Jahre der russische Teil des Hei-

matgebiets öffnete, war er der erste, der es trotz Verbots wagte, die Stadt Preußisch Eylau zu betreten. Obwohl dort vorübergehend festgenommen, knüpfte er bereits die Kontakte, die bald danach zu der deutsch-polnisch-russischen Kommunalpartnerschaft mit unseren Paten-Kommunen Verden (Aller) führten. Jahrelang leistete er der DGN geduldig Aufbauhilfe, indem er sich z. B. um Lehrer für den Deutsch-Unterricht bemühte und auch die Schwestern Tietz und Zettler, die gleichfalls ein Herz für die DGN verloren hatten, regelmäßig in seinem Auto mit nach Landsberg nahm. Daraus folgte auch, dass er Erna Tietz bei der Gründung des „Ermländisch-masurischen Verbands deutschstämmiger Landfrauen“ unterstützte, der Bewohner Westdeutschlands „Ferien auf dem Bauernhof in Ostpreußen“ ermöglicht. Hunderten Deutschen und auch Polen vermittelte er Saisonarbeit in der rheinischen Landwirtschaft und Gastronomie.

Im russischen Teil konnte durch die Mitwirkung Hüttenbachs die noch leidlich erhaltene Kirche Mühlhausen der evangelisch-lutherischen Kirche Russlands übertragen werden und so dem Verfall entgehen. Seine rastlose Aktivität trug auch zur Rettung der Kirche Tharau bei. Im Förderverein für die Kirche Tharau zeigte sich seine Gabe, andere Menschen mitzuziehen, so wie er auch manch einen für die Mitarbeit in der Kreisgemeinschaft Pr. Eylau in Verden gewann. Noch in den 2010er Jahren wirkte er beratend im Vorstand der Kreisgemeinschaft mit.

Das Interesse Hüttenbachs beschränkte sich nicht auf den Kreis Pr. Eylau. So griff er z. B. eine Gelegenheit auf, die Erhaltung des Schlosses Steinort zu fördern. In Bonn beteiligte er sich wirksam an der politischen Diskussion durch Leserbriefe, ein Medium, das leider von Vielen unterschätzt wird. Für seinen gesamten Einsatz verlieh ihm die Landsmannschaft Ostpreußen ihr Goldenes Ehrenzeichen.

Horst Hüttenbach hinterlässt drei Söhne mit Familien – seine Frau war bereits vor ihm verstorben. Uns Verbliebenen wird ein Vorbild und ein Mahner fehlen, der uns ständig an unsere Pflicht erinnert: dafür zu sorgen, „dass Ostpreußen nicht vergessen wird“.

Martin Lehmann

ANZEIGE

## Landkarte Ostpreußen als Schreibunterlage

**Schreibunterlage**  
mit Landkarte Ostpreußen und  
geschichtlichem Abriss  
Format: 65 x 45 cm  
Ausführung: alle Ecken gerundet,  
ringsum randgeschweißt



29,95 €  
inkl.  
Versand

Bestellung:  
Landsmannschaft Ostpreußen e.V.  
Buchtstr. 4, 22087 Hamburg  
Tel. 040/41 40 08 0  
selke@ostpreussen.de

## KANTOMANNIA

# Mit Kant und Mann gegen die Entfremdung

Das von der EU finanzierte litauisch-russische Projekt „Der Geist der Genius Loci Region“ ist den beiden Deutschen gewidmet

VON BODO BOST

Zwei prominente Deutsche, der Philosoph Immanuel Kant (1724–1804) sowie der Schriftsteller und Nobelpreisträger für Literatur Thomas Mann (1875–1955), verkörpern den Genius Loci ihrer jeweiligen Regionen, des Königsberger Gebiets in der Russischen Föderation und der Kurischen Nehrung in der Republik Litauen, wie kaum jemand anderes.

Nun sollen sie helfen, die seit 1991 zwischen beiden Regionen aufgebaute Grenze zumindest kulturell zu überwinden. Deshalb finanziert die EU ein grenzüberschreitendes Kooperationsprojekt mit dem Titel „Der Geist der Genius Loci Region“ oder „KantoMannia“. Projektträger sind das litauische staatliche Museum „Neringa“ und die russische staatliche Organisation „Katedra“ in Königsberg.

In Judtschen/Kanhausen [Wesjowolka] ließen sich im 18. Jahrhundert viele hugenottische Einwanderer aus der französischen Schweiz nieder. 1714 entstand ein französisches Pfarramt. Der Philosoph Immanuel Kant hat hier von 1747 bis 1750 als Hauslehrer bei Pfarrer Daniel Ernst Andersch dessen Kindern Privatunterricht gegeben. Judtschen war einer der wenigen Orte außerhalb Königsbergs, die Kant im Laufe seines Lebens besucht hat.

Die 1727 in dem Ort errichtete erste französisch-reformierte Kirche in Preußen verfiel nach 1945 und wurde 1985 abgerissen. Nach dem Zerfall der Sowjetunion 1991 verfiel das Pfarrhaus von Judtschen weiter. Erst ein kulturverachtendes Graffiti „Kant ist ein Trottel“ auf der Häuserwand des Pfarrhauses führte 2015 zu einem Aufschrei europäischer Medien. Das baufällige Gebäude erhielt von den russischen Behörden zunächst einen einbruchssicheren Zaun, dann wurde es dank Mitteln aus dem präsidentialen Sonderfonds



Orte, an denen die großen Geister wirkten: Das Thomas-Mann-Haus in Nidden und das „Kanthaus“ in Judtschen. Die darin untergebrachten Museen arbeiten in dem EU-geförderten Projekt „KantoMannia“ zusammen

Putins komplett saniert und wiederaufgebaut. Auch die Gesellschaft der Freunde Kants und Königsbergs unterstützte den Wiederaufbau. Ein Mitglied der Kantgesellschaft, Dierk Loyal, dessen Familie aus Judtschen stammt, hat mit seinen tiefen Kenntnissen die Rekonstruktion bereichert und diese dokumentiert.

2019 fand im ehemaligen Pfarrhaus ein Museum seinen Platz, das die Geschichte der Besiedlung des ländlichen Ostpreußen im 18. Jahrhundert und später des Königsberger Gebietes unter sowjetischer Verwaltung dokumentiert. Während das Pfarrhaus in Hochglanz wiederaufgebaut wurde, verkommt der Rest des Dorfes weiter. Nur noch ganz wenige Häuser stehen in dem Ort. Auf dem Friedhof liegen russische und deutsche Gräber zerstört nebeneinander. Dort, wo früher die Kirche stand, führt jetzt eine ganz neu geteerte Straße entlang. Bis 2024, zum 300. Geburtstag des Philosophen, soll neben dem Pfarrhaus ein an Kant orientiertes wissenschaftliches Kommunikationszentrum für

Schüler, Studenten und Lehrkräfte entstehen.

Anders als in Judtschen gibt es in Nidden auf der Kurischen Nehrung einen intakten Ortskern mit Kulturkontinuität.

**Gemeinsame Touristenroute** Die geplante Strecke soll Memel über Schwarzort und Nidden Königsberg mit Judtschen verbinden

Überragt wird der Ort, der nur wenige Kilometer nördlich der russischen Grenze liegt, durch das Thomas-Mann-Haus auf dem „Schwiegmutterberg“. Der aus Lübeck stammende Literat hatte sich das Haus 1930 mit dem Preisgeld seines Nobelpreises als Sommerresidenz von dem Memeler Architekten Herbert Reissmann bauen lassen. Thomas Mann verbrachte mit seiner Frau Katia drei Sommer, zwi-



Fotos: imago images/Panthermedia/MRK

schen 1930 und 1932, in Nidden, inmitten einer deutschen Künstlerkolonie. Der litauische Schriftsteller Antanas Venclova (1906–1971), der Thomas und Katia Mann 1955 bei deren Besuch in Weimar begegnet war, rettete das Haus vor der Zerstörung durch die Sowjets.

Nach dem Ende der Sowjetunion wurde das Gebäude durch Litauen wiederaufgebaut und 1998 als „Museum mit Begegnungscharakter“ durch Außenminister Klaus Kinkel eingeweiht. Heute sind an dem meistbesuchten Museum Litauens auch deutsche Fachkräfte tätig.

Als beide Gebiete noch zur Sowjetunion gehörten, gab es nur eine innerstaatliche Grenze zwischen Nidden und Judtschen. 1991 entstand wieder eine Grenze zwischen souveränen Staaten quer durch die Kurische Nehrung, die 2004 mit dem Beitritt Litauens zur EU sogar zu einer EU-Außengrenze wurde, die nur noch mit Visum überquert werden konnte. Die Menschen in der Großregion, ob Russen, Litauer oder Deutsche, entfremdeten sich zunehmend. Jetzt sollen die Menschen auf beiden Seiten der EU-

Außengrenze mithilfe der alten deutschen Geschichte der Region, die wie Kant und Mann universell war und in die Welt hinausstrahlte, wieder zueinander finden.

Mithilfe moderner Medien soll der lokale Geist, der Genius loci, als Vermittler der Universalität des kulturellen Erbes der Region dienen. Zum „KantoMannia“-Projekt gehören eine Vielzahl von Aktivitäten, von neuen Ausstellungen bis hin zu kostenlosen Führungen zwischen den beiden Orten und Staaten. Das Projekt zielt auch darauf ab, die Kommunikation zwischen den Menschen beider Staaten durch gemeinsame Veranstaltungen wieder zu fördern. Eine attraktive, moderne Touristenroute Memel–Schwarzort–Nidden–Königsberg–Judtschen soll angeboten werden. Ein Großvater des berühmten Philosophen, Hans Kant, stammte aus Memel. In diesem Jahr wurde erst einmal im virtuellen Raum begonnen, seit dem Ausbruch der Corona-Pandemie ist die Grenze geschlossen. Laut den Projektträgern hat dies den internationalen Kreativprozess jedoch nicht behindert. Das Projektbudget beträgt zirka 400.000 Euro.

## TABERBRÜCKER FORST

## Die Suche nach dem See aus Vaters Erzählungen

Unverhoffte Entdeckung: Die drei bis vier Meter langen, mit Bäumen bewachsenen Inseln treiben von einem Ufer zum anderen

Als ich noch ein kleiner Junge war, gab es bei uns ein Ritual, das ich sehr liebte. Wenn ich abends nach dem Zähneputzen in meinem Bett lag, sagte ich erwartungsvoll zu meinem Vater: „Papa, jetzt erzähl mir eine schöne Geschichte.“ Und mein Vater setzte sich an mein Bett und erzählte mir eine schöne Geschichte. Von Ostpreußen. Wenn ich mich recht erinnere, waren es meist Schülerstreichle im Gymnasium in Osterode oder Wilddiebsgeschichten im Taberbrücker Forst. Bei Letzteren spielte regelmäßig ein See mit schwimmenden Inseln eine Rolle. Dieser See war für meinen Vater offenbar der Inbegriff der unberührten Natur Ostpreußens.

### Ausruhen in unberührter Natur

Als ich einige Jahrzehnte später die Heimat meines Vaters besuchte, fand ich schließlich, wie ich glaubte, den geheimnisvollen Waldsee. Nach meiner Rückkehr erfuhr ich allerdings von einer alten Ostpreußin, dass es zwei Seen seien und dass nur der hintere, kreisrunde kleine Drenske See die schwimmenden Inseln habe. Da schwante mir, dass ich wohl bei dem falschen, dem großen Drenske See gewesen war. Und tatsächlich hatte ich

mich schon damals etwas gewundert, wo denn nur die schwimmenden Inseln geblieben waren.

Also beschloss ich, mich am Ende meines diesjährigen Arbeitsbesuches im Heimatkreis erneut auf die Suche nach dem – diesmal richtigen – See zu machen. Ohnehin wollte ich nach den bewegenden Eindrücken der vergangenen Tage ein wenig Ruhe im Taberbrücker Forst finden.

Auf Anhieb fand ich auf der Straße von Eckschilling nach Mohrunen die Stelle, an der man nach rechts in den Wald gehen muss. Nach fünf Minuten kam ich an eine Rodungsfläche. Ich ging nichtsahnend durch das schon recht hohe Gras, als es geschah: Vor mir sah ich meinen ersten Wolf in freier Wildbahn! Er hatte mich zuerst bemerkt, richtete sich kurz auf, um mich besser sehen zu können – und sprang dann mit einem großen Satz ab. Auch wenn die Begegnung nur kurz war, so hatte ich doch einen wunderbaren Anblick. Ein herrliches Tier. Noch ganz erfüllt von diesem Erlebnis setzte ich mit klopfendem Herzen meinen Weg fort und kam an den großen Drenske See. An dessen Südufer folgte ich einem Weg in östlicher Rich-



Nach Jahren endlich entdeckt: Die geheimnisvollen schwimmenden Inseln auf dem kleinen Drenske See

Foto: Gieseler

tung, überquerte einen Hügelrücken und erreichte nun endlich mein langersehntes Ziel – den kleinen Drenske See mit seinen schwimmenden Inseln.

Je nach Windrichtung werden die Inseln, die einen Durchmesser von nur drei bis vier Metern haben und auf denen meist kleine Bäumchen wachsen,

von einem Ufer zum anderen getrieben. Gewöhnlich aber ruhen sie unbewegt am Ufer, und ich hätte mir das Vergnügen machen können, sie mit einer Stange – wenn ich denn eine gehabt hätte – in Bewegung zu setzen. Dann wären sie, sich langsam drehend, zur Mitte hin getrieben, und wenn zwei zusammenge-

stoßen wären, hätten sie sich in entgegengesetzter Richtung gedreht. Und im Wasser hätte sich alles gespiegelt.

So aber saß ich am Ufer des kleinen Drenske Sees und kam nach meinem aufregenden Wolfserlebnis langsam wieder zur Ruhe – und zu mir selbst. Ganz in meiner Nähe beobachtete ich zwei tollende Jungfische. Eine Ricke kam mit ihrem Kitz direkt auf mich zu. Ich nahm den Frieden des Waldes tief in mich auf und ging meinen Gedanken nach.

### Den Vorfahren nah

In Osterode, aber auch in Taberbrück selbst, so denke ich mir, hat sich viel verändert. Nicht zuletzt sprechen die Menschen heute eine andere Sprache als früher. Die Bäume aber sprechen weder Deutsch noch Polnisch. Sie haben keine Nationalität. Die Natur ist nur sie selbst – Natur. Vielleicht ist das ein Grund dafür, dass ich mich an keinem Ort auf der Welt meinen Vorfahren so nahe fühle wie im Taberbrücker Forst.

Ein anderer Grund sind wohl die Gutenachtgeschichten meines Vaters. Übrigens, so spannend sie auch waren, ihr Ende erlebte ich nie. *Burghard Gieseler*

## BLEIBENDE KUNST

## Max Esser schuf bedeutende Plastiken

Herausragende Künstlerpersönlichkeit aus Vorpommern – Zum 75. Todestag

VON MARTIN STOLZENAU

Die Kleinstadt Barth liegt am südlichen Ufer des Barther Boddens, entstand nach ursprünglich slawischer Besiedlung in der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts als deutsche Marktsiedlung und fiel im 14. Jahrhundert an das Herzogtum Pommern. Sie fungierte lange als Residenzstadt der Greifen und brachte im Laufe der Jahrhunderte zahlreiche namhafte Persönlichkeiten hervor. Dazu gehörte Ende des 19. Jahrhunderts auch Max

Kostbarkeiten. Sie erzielten bei Auktionen Höchstpreise. Damit erreichte der Künstler aus Vorpommern auch über seinen Tod vor 75 Jahren hinaus bis heute eine große Nachwirkung.

Max Esser wurde am 16. Mai 1885 in Barth an der Ostsee geboren. Er offenbarte früh seine gestalterischen Fähigkeiten, erstrebte deshalb eine Künstler-Laufbahn und wurde von seinen verständnisvollen Eltern mit 15 Jahren in eine Bildhauerlehre nach Berlin geschickt. Parallel zu dieser Ausbildung besuchte der junge Mann in der Reichshauptstadt Abendkurse am Kunstgewerbemuseum und an der Kunsthochschule. Seine ersten Arbeiten dort fielen auf und trugen ihm die besondere Beachtung durch August Gaul ein, der als Tierbildhauer internationale Bekanntheit besaß und stilistisch den Historismus zur Moderne führte. Dieser Meister holte die Begabung aus Barth in sein Atelier, erhob ihn zum Meisterschüler und prägte ihn genremäßig und stilistisch. Dazu kam eine enge private Beziehung. Esser wurde in der Folge nicht nur Gauls Assistent, sondern auch sein Schwiegersohn.

Bereits ab 1906 stellte der junge Bildhauer seine Plastiken regelmäßig auf der Großen Berliner Kunstausstellung aus. Parallel kam es zu einer engeren Zusammenarbeit und Freundschaft mit dem Bildhauerkollegen Max Adolf Pfeiffer, der ihn auf die Porzellankunst orientierte und 1908 zur Mitarbeit als Entwerfer in Unterweißbach bei den Schwarzburger Werkstätten für Porzellankunst überzeugte. Nebenher schuf Esser beeindruckende Tierplastiken, die im Bronzeguss gefertigt wurden. Besonders sein Fuchsbrunnen für die Berliner Cecilienärten und sein Perlhuhn für die Berliner Nationalgalerie begründeten seinen Ruf als herausragender Tierplastiker.

1918 brachten für Deutschland nicht nur das Kriegsende und epochale politische Umwälzungen, sondern auch für Esser einige Veränderungen. Sein Freund und Förderer Pfeiffer wurde zum Direktor und später zum Generaldirektor der Meißner Porzellanmanufaktur berufen. Er



Adlerhorst mit Gelege – von 1935, in Berlin-Spandau, Lüdenscheider Weg 4

holte Esser an seine Seite, versah die Schwertermarke mit einem zusätzlichen Punkt zwischen den Klängen und erreichte während der Weimarer Republik für das Meißner Porzellan eine „internationale Vorrangstellung“. Außer Esser, der elf Jahre in Meißen wirkte, in Meißen mit seiner Familie auch wohnte und das Meisteratelier leitete, arbeiteten für die berühmte Manufaktur auch andere herausragende Künstler wie Ernst Barlach, Paul Scheurich und Joachim Kaendler. Nach dem

Tod seines Schwiegervaters schuf Esser 1921 dessen Grabstein auf dem Friedhof Berlin-Dahlem. Anschließend setzte er seine vielseitige künstlerische Arbeit fort. Seine konturbetonten Tierplastiken der zwanziger Jahre gehören neben den Schöpfungen von Johann Gottlieb Kirchner sowie Johann Joachim Kaendler zu den künstlerisch wertvollsten Figuren dieser Zeit. Geradezu berühmt wurden seine Mandarinente aus Meißner Porzellan, sein Affe für den Zoologischen Garten

in Berlin und seine Fabeltiere für ein kunstvolles Meißner Porzellanschachspiel.

Er ging 1931 zurück nach Berlin und arbeitete in der Folge als freischaffender Künstler für alle großen Porzellanhersteller. Das reichte von der Weiterarbeit für Meißen über die Firma Rosenthal und die Königliche Porzellanmanufaktur in Berlin bis zur Porzellanfabrik Hutschenreuther in Selb. Zur Palette seiner Berliner Meisterleistungen für öffentliche Anlagen gehörten der berühmte Esser-Adler, der in Spandau aufgestellt wurde, für den Zoologischen Garten ein Haubentaucher, eine Rohrdommelgruppe sowie ein Königsfasan, verschiedene Brunnenprojekte und das Wisentdenkmal bei Neuruppin. Doch während der NS-Zeit musste er sich dem offiziell verordneten Geschmack anpassen. Da wurde seine künstlerische Kreativität eingeschränkt. Trotzdem gelang ihm auf der Pariser Weltausstellung 1937 ein Welterfolg. Esser erhielt für seinen Fischotter eine Goldmedaille. 1938/39 schuf er eine Motorradgruppe für die Nordkurve der Berliner AVUS, die die Rennfahrer Ewald Kluge, Ernst Henne sowie Heiner Fleischmann zeigt.

Ab 1939 gab es auch für ihn größere kriegsbedingte Einschränkungen. Besonders schmerzlich empfand der alternde Künstler die Zerstörung der von ihm geschaffenen Innenausstattung für die expressionistische Kreuzkirche in Berlin-Schmargendorf bei einem Bombenangriff. Dabei ging auch ein fünf Meter hohes Kreuz aus Meißner Porzellan verloren. Esser zog sich stark zurück, überlebte den Krieg in seinem Atelier-Refugium und starb am 23. Dezember 1945 im zerstörten Berlin. Die DDR-Post brachte 1960 eine Briefmarke mit dem Bild der Fischotter von Esser heraus, die 1937 eine Goldmedaille erhalten hatte. Später widmete das Vineta-Museum in seiner Vaterstadt Barth dem Künstler eine repräsentative Sonderausstellung. Andere Museen in Halle, Köln, Hohenberg, Leipzig, Meißen und Schwerin hüten seine Arbeiten als Schätze.



Der berühmte Fischotter – von 1934

Esser, der als Bildhauer, Modelleur und vor allem als Tierplastiker internationale Bekanntheit erlangte. Er gehörte zu den Spitzenentwerfern weltbekannter Porzellanhersteller wie der Porzellanmanufaktur in Meißen und wurde auf der Weltausstellung von Paris 1937 mit einem „Grand Prix“ ausgezeichnet. Viele seiner Figuren gingen allerdings im letzten Weltkrieg verloren. Seine erhaltenen Arbeiten gelten bei privaten Sammlern, Museen und auf dem internationalen Kunstmarkt als

## REISESTATION

## Ein Krebs am Enzigsee

Nörenberg, Kreis Saatzig – eine Station der Heimatreise im September 2020



Der Krebs und Nörenberg auf einem 75 Pfennig Notgeldschein von 1920

Im September 2020 kam trotz Corona eine Heimatreise nach Pommern zustande. 30 Landsleute aus Schleswig-Holstein, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern besuchten diverse Stationen in ihrer Heimat. Ein Ziel war Nörenberg [Insko]. Der Ort, urkundlich erstmals um 1150 erwähnt, liegt am Enzigsee und ist gut besiedelt. Nörenberg hat eine wechselvolle Geschichte und musste vielen Herren dienen. Im Enzigsee gab es bis ins 20. Jahrhundert hinein Krebsfang, der recht bedeutend war. Die Krebspest ruinierte je-

doch diese Einnahmequelle. Im See gibt es keine Krebse mehr, doch eine bekannte Sage erzählt von einem ganz besonderen Exemplar. Zur Erinnerung ist dieser am Seeufer angeketet. Eine Nachbildung des ursprünglichen Tieres, das besonders Kinder immer wieder erschreckt hat, wurde durch den Heimatkreis Saatzig, insbesondere durch die Initiative des Vorsitzenden Horst Born, neu geschaffen. Ein Gedicht, das auf einer Schautafel in deutscher Sprache von dem Geschehen erzählt, war früher in Lesebuch der Volksschule abgedruckt und damit gruselige Pflichtlektüre für jeden Grundschüler im Kreis Saatzig. Der „Große Krebs“ hat in früheren Zeiten nachts die Steine des Kirchturms angeknabbert und wurde deshalb von den Nörenbergern eingefangen und an die Kette gelegt. Das Gedicht ist in dem Heimatbuch von Paul Schulz „Der Kreis Saatzig und die kreisfreie Stadt Stargard“ auf Seite 82 nachzulesen. Drei Strophen daraus, gedichtet von Hugo Kacker lauten:

*Der große Krebs im Enzigsee*  
das war ein Untier! Jemine,  
ein Kalb war gegen ihn ein Zwerg.  
Gar schlimm erging's Stadt Nörenberg,  
mit seinen Scheren schnitt das Tier  
Holz, Stein und Stahl im Stadtrevier.

Ein Drahtnetz wurde ausgesetzt,  
wie Garn hat es der Krebs zerfetzt,  
bis endlich doch dem Schmied der Fang  
im neuen Hartstahlnetz gelang.  
Man sperrt ihn ins Pupkenloch:  
dort sitzt er angefesselt noch.

Doch wenn er nur den Schwanz erhebt,  
erschrickt ganz Nörenberg und bebt,  
und jeder schreit: „Der Krebs! Der Krebs!  
Er reißt sich los und ich erlebe,  
er kommt aus seinem Loch heraus  
und frisst uns alle, Mann und Maus!

Hermann Welk hielt die Stationen der Reise fest, weitere folgen. BS



# „Es besteht Handlungsbedarf“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Ich möchte Danke sagen für Ihre sachlich-neutrale Berichterstattung. Sie sind die einzige größere Zeitung, die ich kenne, die über diese Situation neutral berichtet. Eine Wohltat!“

Nicola D., Online-Kommentar zu: „Maskenlos durch die Stadt ...“ in Leipzig (Nr. 46)



Ausgabe Nr. 46

**Leserbriefe an:** PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

## VON ROT-GRÜN GEFANGEN

ZU: WENN DER SCHWANZ MIT DEM HUND WACKELN WILL (NR. 50)

Gemeinsam haben SPD und Grüne 15,8 Prozent der Wähler in Sachsen-Anhalt hinter sich. Und doch bestimmen sie in der Koalition mit der doppelt so starken CDU, wo es langgeht. Die Entlassung Holger Stahlknechts als Innenminister durch den Ministerpräsidenten Reiner Haseloff ist nicht nur ein Ausdruck eines Richtungskampfes innerhalb der Partei. Sie zeugt auch von der rot-grünen Gefangenschaft, in die sich die Union durch das Kenia-Bündnis gegeben hat.

Jürgen Frick, Dessau-Roßlau

## EINE GEFAHR IN KAUF NEHMEN?

ZU: SCHÄUBLE FORDERT ASYL-ZENTREN AUSSERHALB DER EU (NR. 49)

Die Sicherheitslage in Deutschland ist seit dem Jahr 2015 geradezu implodiert. Warnungen gab es genug; diese wurden jedoch ignoriert und als Populismus stigmatisiert. Menschen, welche die Politik der offenen Grenzen und eine unkontrollierte Einwanderung kritisieren oder auch öffentlich darüber debattieren möchten, werden pauschal als „Nazis“ und „Rassisten“ diffamiert.

Anfang Oktober wurden in Dresden auf offener Straße zwei Menschen Opfer eines Messerangriffs. DNA-Spuren führten zum mutmaßlichen Täter. Der 20-jährige IS-Sympathisant wurde erst kurz zuvor aus der Haft entlassen. Bei der Attacke auf zwei Touristen war ein 55-Jähriger so schwer verletzt worden, dass er im Krankenhaus starb. Ein 53-Jähriger überlebte mit schweren Blessuren. Der Täter stach am Abend zu. Laut Meldungen handelt es sich um einen bekannten Gewaltextremisten. Der Extremist wurde bereits wegen Begehung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat zu mehr als zwei Jahren Haft verurteilt.

Der Beschuldigte lebt seit 2015 in Deutschland und hat eine Duldung. Mes-

serattacken von „Schutzsuchenden“ gehören leider zum Alltag. Ein solcher „Schutzsuchender“, der nicht einmal eine Aufenthaltserlaubnis, sondern nur eine Duldung hat, ermordet bei uns Menschen und verübt kriminelle Gewaltakte gegen unsere Bürger. Aber ihn will man jedoch vor der angeblichen Todesstrafe in seinem Heimatland Syrien schützen?

Welche Rechtsprechung haben wir heute in Deutschland? Warum droht ihm in seinem Heimatland die Todesstrafe? Diese Frage muss erlaubt sein! Mit großer Wahrscheinlichkeit war er in seinem Heimatland auch ein Gewalttäter so wie ein Teil der anderen Ausreisepflichtigen.

Laut Bundesinnenministerium hielten sich Ende Oktober 5719 ausreisepflichtige Syrer in Deutschland auf. Wie viele von den Ausreisepflichtigen sind extrem und gefährlich für uns? Es besteht Handlungsbedarf – die Politik ist gefordert! Die Gesellschaft, Politiker und Gutmenschen müssen sich entscheiden, was sie als höherwertig ansehen möchte: Die Abschiebung von Straftätern und Gefährdungen oder das Leben, Gesundheit, Interessen von vielen Unbescholtenen.

Johann Eggers, Jitzbüttel

## EIN ANSEHNLICHER FRIEDHOF

ZU: RUHESTATT DER KÄMPFER (NR. 47)

Es hat mich sehr gefreut, dass Sie einen Artikel über den Invalidenfriedhof abgedruckt haben. Es ist der zweitälteste Friedhof Berlins, der vor über 270 Jahren von Friedrich dem Großen 1748 für die Invaliden nach dem Zweiten Schlesischen Krieg eingerichtet wurde. Ein Teil des heutigen Bundeswirtschaftsministeriums ist heute noch Bestandteil des früheren Invalidenhauses.

Heute ist auch der Invalidenpark, gegenüber der neuen Straßenbahn-Haltestelle, neu entstanden. Auf diesem Grundstück stand damals die Gnadenkirche, gestiftet von Kaiserin Auguste Viktoria, der Gemahlin Kaiser Wilhelms II., deren Grundstein am 11. Juni 1890 gelegt und

die am 22. März 1895 im Beisein des Kaiserpaars geweiht wurde. Der Glockenturm erhielt damals drei Glocken, gewidmet Wilhelm II., der Kaiserin Auguste Viktoria und dem Kronprinzen Wilhelm.

Durch einen Bombenangriff 1944 teilweise zerstört, wurde die Gnadenkirche 1967 von der DDR abgerissen. Durch einen wundersamen Zufall des Schicksals wurde die „Auguste-Viktoria-Glocke“ gerettet und steht beziehungsweise hängt heute auf dem Invalidenfriedhof in einem Gestell. Eine Informationstafel klärt über den Werdegang auf. An besonderen Feiertagen kann sie jetzt wieder zum Klingen gebracht werden. Dies war nur durch das im Zusammenspiel des Denkmalsamts Berlin mit dem Förderverein des Invalidenfriedhofs möglich. Dieser Verein wurde 1992 gegründet und hat nun nach 28-jährigem Bestehen dafür gesorgt, dass der Friedhof in einem ansehnlichen Zustand sich dem interessierten Besucher anbietet. Durch Spenden wurde dabei viel erreicht. Margaret-Rose Wehrle, Fürstzell

## WAR ES VOR TRUMP BESSER?

ZU: DIE SPALTUNG BLEIBT (NR. 46)

Alle wettern über Trump, aber war es vor ihm wirklich schöner auf dem Planeten? Waren die Menschen netter? War die Luft sauberer? Gab es weniger Kriege? Gab es weniger Vergewaltigungen? War das Essen gesünder? Wurden weniger Tiere gequält? War der Hass auf den Straßen geringer? Waren die Menschen ehrlicher? Waren die Freunde besser? Waren die Straßen in besserem Zustand? War das Wetter besser? Gab es weniger Hunger?

Gab es weniger Verzweifelte? Gab es weniger Traurige? War die Musik besser? Fuhren die Züge pünktlicher? Gab es weniger Lärmbelästigung? Wurde weniger Elektroschrott bei Ebay vertickt? Dünsteten die Möbel weniger Giftstoffe aus? War die medizinische Versorgung besser? War das Bier leckerer? Gab es weniger tödliche Unfälle? Ging es sämtlichen Präsidenten vorher nicht um schiere Macht? Waren die Politiker aufrichtiger?

Ich glaube nein. Also wenn mir jemand erzählt, Herr Trump nehme Einfluss auf sein persönliches Leben, halte ich es für ziemlich an den Haaren herbeigezogen.

Jens Pauly, Düsseldorf

## LIBERALE SCHANDE IN DEN USA

ZU: DIE SPALTUNG BLEIBT (NR. 46)

Die Überschrift ist zwar richtig, das pfeifen die Spatzen ja vom Dach. Aber warum sind die USA gespalten? So recht kam ich nicht damit klar. Da wurde zunächst von einem liberalen Establishment geschrieben, weiter unten dann davon, dass sie keine rechte Antwort auf die Ränder fänden. Liberal ist anders.

Und was hat denn die Bundespolitik mit der Spaltung in den USA zu tun? Werden denn in den USA auch die Andersdenkenden ausgegrenzt? Wenn Frau Clinton tatsächlich 2016 die Trump-Wähler mit „Basket of deplorables“ betitelt hat, dann spricht das auch nicht gerade von einer liberalen Haltung. Und in meinem Langenscheidt-Wörterbuch finde ich für „deplorables“ dies: „schrecklich, schändlich, es ist eine Schande“.

Vielleicht wäre es besser gewesen, mit der Beurteilung der Wahl und der zu Wählenden solange zu warten, bis das Ergebnis feststeht. Dass die Wahlergebnisse teilweise noch einmal in einigen US-Staaten nachgezählt wurden und dass Trump die Wahl insgesamt weiter anzweifelt, das vermisse ich im Artikel. Wenn im Internet begründete Kommentare von manipulierten Stimmabgaben sprechen, so wäre eine Andeutung im Artikel gut gewesen. Dass Trump in den vier Jahren seiner Amtszeit nicht nur eine, sagen wir mal, direkte Sprache verwendet hat, sondern auch handfeste Erfolge hatte, sollte, denke ich, mit namentlicher Nennung auch erwähnt werden.

Die PAZ täte gut, auch mal die Mainstream-Presse hier und in den USA zu nennen, die für uns Normalbürger ein sehr einseitiges Bild von Trump zeichnet. Die PAZ könnte sich das durchaus leisten. Markwart Cochiuss, Chemnitz

ANZEIGE

## Was 2020 nicht in der Zeitung stand

■ Noch nie war es so wichtig, spannend und aufwühlend wie heute: **verheimlicht – vertuscht – vergessen!** Mit seinem scharfen journalistischen Skalpell sezirt Gerhard Wisnewski das historische Jahr 2020, in dem mafiöse Eliten versuchen, das Schicksal der Menschheit auf den Kopf zu stellen und den Globus einem totalitären Corona-Regime zu unterwerfen: Wurde die Corona-Pandemie geplant? Warum sind alle Corona-Maßnahmen so widersprüchlich? Ist der bayerische Ministerpräsident Markus Söder korrupt? Natürlich spielt die sogenannte Corona-Pandemie in diesem Jahrbuch zwangsläufig eine Hauptrolle, denn schließlich handelt es sich dabei um ein epochemachendes Ereignis: Mit der Corona-Pandemie wurden für die Menschheit die Weichen in eine dunkle Zukunft gestellt. Alle Länder der Welt handelten wie gleichgeschaltet und folgten einer globalen Befehlsstruktur. Wer steuert diese Befehlsstruktur? Wer hat auf dem Globus das Sagen, und wo soll das alles enden?

Aber natürlich gab es auch noch etwas anderes als Corona:

Wird Australien durch die Buschfeuer unbewohnbar? War der Hanau-Anschlag in Wirklichkeit ein Bandenkrieg? Wurde der Schwarze George Floyd tatsächlich ermordet? Haben tatsächlich die Weißen die Sklaverei erfunden? Wurde der Reichstag wirklich gestürmt? Wie und warum starben plötzlich zwei Mitglieder der Familie Kennedy?

Dieses Buch beginnt dort, wo herkömmliche Jahresrückblicke enden: Es hakt nach, schaut hinter die Kulissen und deckt auf, was uns an Nachrichten innerhalb eines Jahres vorenthalten wurde. Erfolgsautor und Enthüllungsjournalist Gerhard Wisnewski zeigt, was hinter den Schlagzeilen aus Presse, Funk und Fernsehen steckt: Wer setzt die Nachrichten, für die wir uns interessieren sollen, in die Welt? Welche Interessen werden mit dem Lancieren bestimmter Themen verfolgt? Warum verschwinden manche Ereignisse so schnell aus der Berichterstattung?

Begleiten Sie den Autor bei seiner kritischen Zeitreise durch das Jahr 2020.

Gerhard Wisnewski:  
verheimlicht – vertuscht – vergessen 2021  
gebunden • 288 Seiten • zahlr. Abb.  
Best.-Nr. 967 000 • 14,99 €



**KOPP VERLAG**

Telefon (0 74 72) 98 06 10 • Telefax (0 74 72) 98 06 11 • info@kopp-verlag.de • www.kopp-verlag.de  
Jetzt bestellen! Versandkostenfreie Lieferung innerhalb Europas

## SILVESTERBRÄUCHE

## Der Klang des Rummelpotts

Kleeblatt, Glückscent, Schornsteinfeger – Selbst im 21. Jahrhundert richtet man sich am 31. Dezember noch nach altem Volksglauben

VON ANDREAS GUBALLA

**P**unkt Mitternacht bliesen in manchen Gegenden in der Neujahrsnacht noch Posaenchöre vom Kirchturm. Und überall wurde das neue Jahr von Kirchenglocken begrüßt. Mancherorts zogen auch Kinder oder Jugendliche am Silvester- oder Neujahrmorgen singend von Haus zu Haus. Wurden früher Lebensmittel gespendet, waren es zuletzt kleine Geldbeträge. Aus, vorbei: Die Bräuche sind jetzt zum Opfer der Pandemie geworden. Ein Grund mehr, sich ihrer zu erinnern.

Vor allem in Norddeutschland liefen die Kinder am Silvester- oder Neujahrstag durch die Nachbarschaft und schlugen mit dem „Rummelpott“ Lärm. Dieser war ein Keramiktopf, der mit einer Schweinsblase oder einem Stück Leder überzogen war. Durch ein Loch in der Mitte wurde ein Stock gesteckt, mit dem man beim Rein- und Rausziehen tüchtig „rummelte“, polterte.

Die Menschen glaubten früher, es sei gefährlich, zwischen dem alten und neuen Jahr allein zu sein. Denn es würden sich in der Nacht allerlei böse Geister herumtreiben. In Gemeinschaft mit anderen sei man jedoch geschützt – vor allem, wenn zum Jahreswechsel tüchtig geknallt und gepoltert würde. An böse Geister glaubt inzwischen niemand mehr so wirklich, das Knallen jedoch ist immer noch aktuell – wohl auch am ersten Corona-Silvester.

#### Frisch geputzt ins neue Jahr

Den Neujahrstag sollte man übrigens frisch gewaschen und sauber angezogen beginnen: So lernten die Kleinen früher von den Großen. Dem Wasser sagte man nämlich magische Zauberkraft nach. Es sollte vor bösen Mächten schützen.

Wer früher an Neujahr eingeladen war, brachte traditionsgemäß etwas Selbstgebackenes mit – einen Hefekranz oder einen Neujahrskuchen. Auch Kinder erhielten von ihren Paten Neujahrsgebäck. Es sollte zum einen Glück bringen, zum anderen Zeichen gegenseitiger Verbundenheit sein. Bauernfamilien verfütterten einen Teil des übrig gebliebenen Neujahrsgebäcks an das Vieh. Dies diene, glaubten die Menschen früher, der Gesundheit und Fruchtbarkeit der Tiere, steigere so ihren Nutzwert und bringe dem Bauern Wohl-



Norddeutscher Brauch: Mit selbstgebastelten Rummelpöten schlugen Kinder früher zu Silvester Lärm

stand. Ein Teil der Reste wurde getrocknet, zerkleinert und im Frühjahr mit dem Saatgut auf den Feldern verteilt – in der Hoffnung auf eine reiche Ernte. Als Glückssymbole gelten auch vierblättriges Kleeblatt, Glückscent, Fliegenpilz, Schornsteinfeger, Hufeisen und Schwein.

Das vierblättrige Kleeblatt ist selten. Es soll deshalb Seltenes vermehren und Reichtum bringen. Der Glückscent muss blank poliert sein. Nur dann soll er weiteres Geld anziehen. Der Fliegenpilz wehrt nach altem Aberglauben Dämonen ab. Der Schornsteinfeger, so glaubte man früher, vertreibe beim Kehren böse Geister, die sich im Rauch des Kamins verbergen.

Eisen soll immer schon vor bösem Zauber geschützt haben. Manche hängen das Hufeisen mit der Öffnung nach oben auf, damit das Glück hineinfallen kann. Nach altem Bauernglauben aber soll es genau umgekehrt aufgehängt werden, damit das Glück auf Haus und Hof umgeleitet wird – und so der Familie automatisch Wohlstand und Glück beschert.

Das Glücksschwein wird oft mit dem wilden Eber, dem heiligen Opfertier der Germanen, in Verbindung gebracht. Sie opferten es dem Göttervater Odin, damit er sie mit seinem leicht aufbrausenden Zorn verschone. Heute wird es an Neujahr oft als Marzipanschweinchen verschenkt.

Raunächte oder die Zwölften hieß früher die Zeit von Weihnachten bis zum Dreikönigstag. Unsere Vorfahren fürchteten sie sehr. Denn nach altem Volksglau-

ben brauste die wilde Jagd in den Raunächten durch die Lüfte. Diese wurde angeführt vom germanischen Göttervater Odin, der von seinem Gefolge – verstorbene, nicht erlöste Seelen und wilde Gesellen des kleinen Volkes – begleitet wurde. Sie zogen in den Raunächten durch die Lande, um die Menschen zu prüfen und gegebenenfalls zu bestrafen.

Das Tor zur Anderswelt sei in dieser Zeit geöffnet, erzählten unsere heidni-

schen Vorväter. Den Namen Rau- oder Raunächte leiteten die Menschen aber auch von den dichten Nebeln und starken Stürmen in dieser Zeit ab. Kräuter wie Bilsenkraut, Salbei, Holunderinde oder Fichtenharz wurden geräuchert. Dies diente zur Reinigung von Haus und Hof und sollte Dämonen fernhalten.

Die Zeit war zu Recht gefürchtet. Denn in den langen und kalten Wintermonaten zogen oft Räuber und feindliche Heere durchs Land, plünderten, brandschatzten und zerstörten ganze Dörfer. Allerlei Brauchtum rankt sich um die rauen Nächte. Heilkräuter, so sagte man, sollten in diesen Tagen ihre größte Wirkungskraft haben. Das Wäschewaschen während dieser Zeit aber bringe Unglück.

#### König für einen Tag

Das Fest der Erscheinung des Herrn am 6. Januar wird auch Dreikönigstag genannt. Er erinnert an die drei Weisen aus dem Morgenland. Kaspar, Melchior und Balthasar, so erzählt es die Legende, sollen von weit her nach Bethlehem gewandert sein. Sie gelten als Schutzpatrone der Reisenden. Die Dreikönigsnacht, so glaubten unsere heidnischen Vorfahren, sei die gefährlichste der Raunächte. Sie blieben deshalb in ihren Häusern und verriegelten Fenster und Türen zum Schutz vor bösen Geistern.

Andere taten genau das Gegenteil. Sie öffneten um Mitternacht Fenster und Türen, um den Dreikönigswind einzulassen. Er sollte das Glück ins Haus bringen. Die Tiere sollen am Dreikönigsabend – wie in der Heiligen Nacht – reden können, wurde behauptet. Später nach der Christianisierung glaubten manche Menschen, der Himmel öffne sich um Mitternacht am Dreikönigstag und die Heilige Dreifaltigkeit sei dann sichtbar. Wer sie erblicken würde, dem gingen drei Wünsche in Erfüllung.

Ein weiterer Aberglaube: Scheint am Dreikönigstag die Sonne, bleibt der Frieden während des ganzen Jahres im Land. In vielen Familien in England, Frankreich, Holland und Spanien gibt es am 6. Januar Dreikönigskuchen. In den Teig wurde vorher eine schwarze Bohne versteckt und mitgebacken. Wer die Bohne in seinem Kuchenstück findet, darf an diesem Tag König sein und sich von seinem „Hofstaat“ bedienen lassen.

#### Rummelpottlied

Fru, maak de Dör op!  
De Rummelpott will rin.  
Daar kuumt een Schipp ut Holland.  
Dat hett keen goden Wind.  
Schipper, wulltst du wieken!  
Feermann, wulltst du strieken!  
Sett dat Seil op de Topp  
un geevt mi wat in'n Rummelpott!  
(niederdeutsche Fassung)

Frau, öffne die Türe!  
Der Rummelpott will rein.  
Es kommt ein Schiff aus Holland.  
Das hat keinen guten Wind.  
Kapitän, du mußt weichen.  
Bootsmann, du mußt streichen.  
Setzt das Segel ganz nach oben  
und gebt mir was in den Rummelpott!  
(hochdeutsche Fassung)

#### HISTORIE

## Der Tag eines Heiligen

Am Namenstag von Papst Silvester werden heidnische Gebräuche zelebriert

Silvester ist eigentlich ein männlicher Vorname und bedeutet „Waldbewohner“, abgeleitet vom lateinischen Wort „silva“, der Wald. Dass wir nun den letzten Tag im Dezember so nennen, hat mit dem heiligen Silvester zu tun, der im Jahr 314 in Rom zum Papst gekrönt wurde und am 31. Dezember 335 dort starb. Um den heilsgeschichtlich bedeutsamen Papst zu ehren, ernannte man 1582 den 31. Dezember zum Namenstag des Heiligen Silvester. Man zeigt ihn oft auf Bildern mit einem Schlüssel in der Hand. Die Leute glaubten, dass der Schlüssel das Schließen des alten Jahres und das Öffnen des neuen bedeuten soll.

Das Silvesterfest ist aber keine christliche Erfindung, sondern vielmehr ein weltliches Fest mit alten heidnischen Wurzeln. In früheren Zeiten hielt man unerklärliche Dinge oder Erscheinungen für das Wirken von Geistern und Dämonen.

Auch die Germanen fürchteten sich in dunklen Winternächten, wenn es in der Hütte knarrte. Sie glaubten, dass ihr Kriegsgott Wotan mit seinen Gespenstern Unfug treibe. So machten sie großen Lärm in der Hoffnung, die bösen Geister damit zu vertreiben. Aus dem gleichen Grund ließen sie auch brennende Holzräder ins Tal rollen. Von diesen Bräuchen rührt sicher die heutige Silvesterknallerei in der Nacht zum Neuen Jahr.

#### Kein Verkauf von Feuerwerk

Auch im alten Rom feierte man das Jahresende mit vielen Bräuchen, Essen und Trinken und brachte Opfergaben dar. So geht das, was wir heute am letzten Tag des Jahres üblicherweise so machen, auf alt-römische und germanische Bräuche zurück. Damals wie heute wird ausgelassen gefeiert, viel gegessen, ordentlich Krach gemacht und allerlei Unfug getrieben.

Viele Menschen würden in dieser Nacht gerne einen Blick in die Zukunft werfen und haben deshalb den Brauch des Bleigießens erfunden. Sie erhitzen ein Klümpchen Blei und gießen es in kaltes Wasser. Dort erstarrt es zu einer Figur. Dann ist viel Phantasie gefragt, denn aus dieser Figur will man erkennen, was das neue Jahr denn nun bringen könnte. Natürlich ist auch das Aberglaube und nur ein lustiger Brauch in der Silvesternacht.

Silvesterfeuerwerke sind hübsch anzusehen. Dabei sollte man bedenken, dass bis vor einem Jahr allein bei uns 100 Millionen Euro für die Knallerei in die Luft gejagt wurden. An diesem 31. Dezember, zu dem der Verkauf von Silvesterfeuerwerk verboten wurde, wird es deutlich ruhiger zugehen als in den Vorjahren. Schaden kann das nicht, denn böse Geister müssen wir nicht mehr vertreiben. Allen einen guten Rutsch! *Silvia Friedrich*

#### UMFRAGE

## Vorsichtig optimistisch

Silvester wird in den eigenen vier Wänden gefeiert

Die großen Silvesterpartys fallen dieses Jahr zwangsläufig aus. Pandemie-bedingt wird man im Lockdown im ganz kleinen Familien- oder Freundeskreis ins neue Jahr hineinfeiern müssen. Trotz der Möglichkeit, sich mit einem anderen Haushalt zu treffen, werden 71 Prozent der Deutschen die Silvesternacht zu Hause verbringen. Das ergab eine Umfrage im Auftrag des US-amerikanischen Unternehmens Sonos, das im Bereich drahtloser Lautsprechersysteme führend ist.

Ein Drittel (30 Prozent) aller Deutschen plant demnach einen Spieleabend, 27 Prozent wollen lieber Filme schauen und 20 Prozent hören ihre Lieblingsmusik und tanzen bis in die frühen Morgenstunden. 17 Prozent der Deutschen werden in diesem Jahr eine Dinnerparty veranstalten. Als prominenten Gast an ihrer Silvestertafel wünschen sich 21 Prozent der Befragten Lady Gaga, gefolgt von Elon

Musk (14 Prozent). Donald Trump steht dagegen bei immerhin neun Prozent der Befragten auf der Gästeliste.

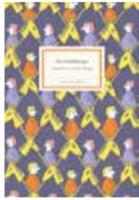
Auf ein großes Feuerwerk legen dagegen nur 43 Prozent der Befragten Wert. Da die Böllerei deutlich geringer ausfallen wird, will sich mehr als die Hälfte der Deutschen mit Musik trösten. Mit Blick auf das kommende Jahr haben die Befragten der einzelnen Länder unterschiedliche Einstellungen zu 2021. Alle Nationen sind für das kommende Jahr eher optimistisch (68 Prozent), wobei die Dänen (79 Prozent) am positivsten sind. 66 Prozent der Deutschen blicken optimistisch in das Jahr 2021. Die Österreicher (61 Prozent), die Schweizer (58 Prozent) und die Schweden (57 Prozent) sind eher aufgeregt als ängstlich. Mit Blick auf das Katastrophenjahr 2020 kann es für kommendes Jahr nur heißen: Schlimmer kann es wohl nicht mehr werden. *H. Tews*

## ● FÜR SIE GELESEN

## Schilda ist überall

Schildbürgerstreiche sind geradezu sprichwörtlich geworden. Bissige Historiker meinen gar, die ganze Weltgeschichte sei ein einziger Schildbürgerstreich, eine Narretei sondergleichen. Das „Lalebuch“ erschien erstmals 1597, die erfolgreiche zweite Auflage kam dann das „Schildbürgerbuch“ heraus. Die Bewohner einer kleinen deutschen Stadt sind sehr klug, so dass alle Welt nach ihnen schickt. Dadurch droht ihr Gemeinwesen zu veröden, und so beschließen sie, nährisch zu werden. Die vorgespülte Narretei verselbstständigt sich, die Bürger Schildas werden echte Narren, über die bald alle Welt lacht und spottet. Die haarsträubenden Folgen bleiben nicht aus; überpflüg, wie sie sein wollen, brennen die Schildaer am Ende ihre ganze Stadt nieder.

In der immer wieder exzellent aufgemachten Insel-Bücherei gibt es jetzt in einer vergrößerten Ausgabe diese aberwitzigen Geschichten mit ebenso witzigen Illustrationen. Alles vergnüglich nährisch und doch mit viel Verständnis für menschliche Schwächen. Hand aufs Herz: Erleben wir nicht auch heute immer wieder Schildbürgerstreiche? Schilda ist doch eigentlich überall. Dirk Klose



**Matthias Reiner/  
Katrin Stangl: „Die  
Schildbürger“**, Insel  
Verlag, Berlin 2020,  
gebunden, 86 Seiten,  
16 Euro

## Immer wieder enttäuscht

Um die heutige konfliktbehaftete Beziehung zwischen Russland und dem südkaukasischen Georgien zu verstehen, muss man weit in die Vergangenheit zurückblicken.

Der in Berlin und Tiflis lebende Historiker Philipp Ammon hat in seinem Buch „Georgien zwischen Eigenstaatlichkeit und russischer Okkupation“ die Wurzeln des Konflikts vom 18. Jahrhundert bis zum Jahr 1924 untersucht, der nach dem Zerfall der Sowjetunion und der Unabhängigkeitserklärung vom 9. April 1991 wieder hochkochte. Interessant ist die Betrachtung der Vorgeschichte, in der den christlich geprägten Südkaukasien, auch als Iberer bezeichnet, eine sprachliche und kulturelle Verwandtschaft zu den Basken nahegelegt wird. Diese in der Wissenschaft nicht unumstrittene Hypothese werde von Georgiern gern betont.

Ammon beschreibt, wie georgische Herrscher im Spannungsfeld zwischen osmanischen, persischen und russischen Expansionen stets auf das Zarenreich als Schutzmacht setzten, jedoch mehrfach enttäuscht wurden. Ammon zeigt Verdienste und Fehler beider Seiten auf, deren Interesse aneinander nie versiegt ist. Trotz der zahlreichen wissenschaftlichen Fußnoten ist das Buch äußerst lesenswert. MRK

**Philipp Ammon:  
„Georgien zwischen  
Eigenstaatlichkeit  
und russischer Okkupation“**, Klostermann Verlag, 2. Auflage, Frankfurt 2020, broschiert, 238 Seiten, 29,80 Euro



## FOTOGRAFIE



## Raffinierte Aufnahmen

Ratgeber gibt Tipps und Anweisungen für Fotosituationen in jeder Jahreszeit

**Perfekt in Szene gesetzt** Ganz gleich, ob mit Spiegelreflex-, Kleinbildkamera oder mit dem Handy – gute Aufnahmen lassen sich mit allen machen. Das sagt der beliebte Autor von Foto-Ratgebern Lars Poock. In seinem neuen Buch, das er als Herausforderung an ambitionierte

Hobbyfotografen versteht, stellt er nach einer Einleitung mit nützlichen Informationen seinen Lesern für 365 Tage Aufgaben, garniert mit zahlreichen Anregungen. Ein ideales Buch für Fotografen, die sich gerne etwas mehr zutrauen möchten. MRK

**Lars Poock: „Kreative Foto-Aufgaben für jeden Tag, 365 Ideen & Aufgaben zum Lernen & Nachmachen“**, Humboldt Verlag, Hannover 2020, broschiert, 394 Seiten, 39,90 Euro

## NAHER OSTEN

## Die arabische Welt nach der Arabellion

Der Nahost-Studioleiter des ORF beleuchtet den Einfluss des Westens auf die Umstürze der vergangenen Jahre sowie die aktuelle Entwicklung

VON WOLFGANG KAUFMANN

Eine arabische Weisheit lautet: „Wenn Du ein Haus kaufen willst, schaue Dir vorher die Nachbarn an.“ Wäre Europa ein Haus, sollte man daher klugerweise vom Erwerb absehen. Denn in der Nachbarschaft liegt der größte Unruhe- und Konfliktherd der Welt, nämlich der arabisch geprägte Nahe Osten. Dessen aktuellen Zustand erklärt der Leiter des ORF-Nahostbüros in Kairo und Bestsellerautor Karim El-Gawhary in seinem neuen Buch „Repression und Rebellion“.

Darin geht es um den turbulenten Wandel in der arabischen Welt nach Ausbruch der sogenannten „Arabellion“ im Dezember 2010 und den seither stärker denn je tobenden Kampf zwischen Autokraten, die um jeden Preis an der Macht bleiben wollen, und deren recht inhomogener Gegnerschaft. Für El-Gawhary steht dabei zweifelsfrei fest, dass Europa und die USA maßgeblich mit dafür verantwortlich seien, dass sich die Krise im Nahen Osten in den letzten Jahren noch deutlich verschärft habe. Denn der Westen setze nach wie vor auf Herrscherpersönlichkeiten, die „keine Stabilität bringen und nicht die Lösung, sondern ein großer Teil des Problems sind“, weil sie „Terror und Flüchtlinge produzieren“. Die ganze Misere resultiere also in allererster Linie aus dem „unseligen arabischen Dreigespann Armut, Ungleichheit und Machtlosigkeit“ sowie aus der Unfähigkeit der Regierungen in Amerika und

Europa, hieraus die entsprechenden Schlussfolgerungen zu ziehen.

Allerdings ist El-Gawhary so fair, nicht in die übliche undifferenzierte Trump-Schelte einzustimmen: Immerhin habe der Noch-US-Präsident die militärischen Konflikte mit amerikanischer Beteiligung in arabisch-islamischen Ländern von seinem Vorgänger, dem Friedensnobelpreisträger Barack Obama, „vererbt“ bekommen. Aber sonst bleibt der Verfasser hart: Auch Trump fehle eine „kohärente Strategie“ und Europa setze währenddessen seinen altbekannten „Eiertanz“ fort: In Sonntagsreden beschwöre man „Demokratie und Menschenrechte“ und im Alltag werde dann emsig mit Diktatoren jedweder Art kooperiert.

Dabei führt El-Gawhary selbst auch einen Eiertanz auf, indem er immer wieder versucht, die maßgebliche Rolle des Islam und der vielfach noch sehr archaischen Mentalität im arabischen Raum herunterzuspielen. Doch genau diese beiden hausgemachten Faktoren sind es, welche der Region am meisten zu schaffen machen. Und das beileibe nicht erst, seit der Westen durch seine Kolonialpolitik Einfluss auf den Nahen Osten nahm.



**Karim El-Gawhary:  
„Repression und  
Rebellion. Arabische  
Revolution – was nun?“**, Verlag Kremayr & Scheriau, Wien 2020, gebunden, 224 Seiten, 24 Euro

## DDR

## Mitteldeutsche im Westen

Viele aus der DDR Geflohene beklagten, sich nicht angenommen zu fühlen. Vor allem SPD und Grüne behandelten sie wie Ausländer

VON F.-W. SCHLOMANN

Fucht aus einem Land bedeutet das Zurücklassen des bisherigen Lebens sowie den Beginn in einer neuen, fremden Welt. Das Leben dort ist abhängig von Aufnahmebereitschaft und Anteilnahme seitens der Gesellschaft. Jeder zehnte Geflohene aus der DDR hatte laut Bettina Effner das Gefühl der Nichtzugehörigkeit zum Westen Deutschlands. Schwerpunkte ihres Buches „Der Westen als Alternative“, das auf vielen Selbstzeugnissen, Interviews und Bundestagsunterlagen beruht, stellen das veränderte Bewusstsein der Bundesbürger zu DDR-Geflüchteten dar und primär die Fragen der Staatsangehörigkeit.

Eigentlich sollten sie kein Thema sein, waren doch auch die Menschen in der DDR Deutsche im Sinne der deutschen Staatsangehörigkeit und hatten dieselben Rechte wie Bundesbürger. Indes führte Ost-Berlin eine eigene ein, die im Westen von der SPD und den Grünen anerkannt wurde. Der Leiter der Ständigen Vertretung forderte sogar, DDR-Flüchtlinge sollten die – gar nicht existierende – BRD-Staatsbürgerschaft beantragen. Ziel der SPD-Vorsitzenden war, die „Deutsch-Definition“ des Grundgesetzes zu ändern.

Hinzu kam, dass die Bundesrepublik sich ab den 1960er Jahren nicht mehr als provisorisch sah. Es entwickelte sich ein nur auf sie bezogenes Staatsbewusstsein. Keine 20 Jahre später bewertete knapp ein Drittel der Westdeutschen die Deutschen jenseits der Mauer als „Ausländer“. Den-

noch herrschte damals noch die Auffassung von einer Nation vor. Während die Unionsparteien bis zuletzt die Gemeinsamkeit mit den Landsleuten „drüben“ betonten, lehnten Oskar Lafontaine (damals SPD) und die Grünen den Status als Deutscher ab und hoben auf die Bedürftigkeit des Geflüchteten im Einzelfall ab – gleichgültig, woher er geflohen war.

Im September 1989 traten Lafontaine und weite Kreise der SPD mit dem Argument der hohen Kosten für die aufgenommenen DDR-Flüchtlinge für einen begrenzten Zuzug aus dem anderen Teil Deutschlands ein. Dass diese Schritte einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts widersprachen, nahmen sie offenbar in Kauf. Die Grünen befürworteten noch im Sommer 1990 (also nach dem Fall der Berliner Mauer) eine Zweistaatlichkeit. Im krassen Gegensatz zur Verfassung sollten DDR-Geflohene nicht als Deutsche behandelt werden, sondern als Nicht-EG-Ausländer, also etwa wie Schweizer. Man schwärmte viel von internationaler Solidarität, aber dieselbe Nationalität sollte keine Garantie mehr sein. Es war kein Ruhmesblatt in der deutschen Nachkriegs-Geschichte.



**Bettina Effner: „Der  
Westen als Alternati-  
ve“**, Ch. Links-Verlag,  
Berlin 2020, gebunden,  
446 Seiten, 40 Euro



## ● AUFGESCHNAPPT

Man kann es wie folgt erzählen: In der frühen Bundesrepublik gab es ein Wirtschaftswunder. Personelle Ressourcen fehlten, es wurden Gastarbeiter angeworben, die so Verdienstmöglichkeiten erhielten. Eine rein geschäftliche Angelegenheit. Obwohl ursprünglich nicht so vorgesehen, blieben mehrere Millionen der Angeworbenen in Deutschland. Man kann die Akzente aber auch verschieben. Laut Bundeszentrale für politische Bildung trugen die Gastarbeiter „in hohem Maße zum sogenannten Wirtschaftswunder bei“. Grünen-Politikerin Claudia Roth sagte einst, dass die türkischen Gastarbeiter „dieses Land mit aufgebaut haben nach dem Zweiten Weltkrieg“. Diese Sichtweisen werden nun weiter zementiert, vielleicht sogar im wörtlichen Sinne. Der Unternehmer Hasan Kurtulus will dem niedersächsischen Lehrte ein „Gastarbeiter-Denkmal“ spendieren. Vertreter von CDU und SPD sind begeistert. Kurtulus wünscht, so ein Bericht, dass das Denkmal „gut sichtbar in der Stadt“ platziert wird. *E.L.*



## ● STIMMEN ZUR ZEIT

Wolfram Weimer weist im Debattenmagazin „The European“ (17. Dezember) auf die schweren Versäumnisse der Politik im Sommer und ihre fortdauernde Unbelehrbarkeit hin:

„Spätestens im Sommer, als man das Virus, die Verläufe, die Mortalitäten und Risikogruppen genau kannte, hätte eine Strategie entwickelt werden müssen, wie Deutschland langfristig zu neuer Normalität mit dem Virus finden kann. Doch die blieb aus. Stattdessen wiederholt sich im Winter die hektische Verbotspolitik. Der kollektive Lockdown ist das größte, beinahe mittelalterliche Schwert, das die Politik aus schierer Ratlosigkeit zückt.“

Auch Andreas Gassen, Vorstandsvorsitzender der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV), äußert gegenüber dem „Redaktionsnetzwerk Deutschland“ (17. Dezember) starke Zweifel an der Regierungsstrategie gegen Corona:

„Es bleibt dabei. Ein Lockdown ist eine Notbremse und keine geeignete langfristige Strategie, um die Zahl der Todesfälle nachhaltig deutlich zu senken. Das zeigen alle internationalen Erfahrungen. So hat Spanien mit extrem harten Beschränkungen letztlich prozentual mehr Tote zu beklagen als die USA.“

Dushan Wegner wundert sich in seinem Blog (16. Dezember), wie seltsam unterschiedlich die Maskenpflicht von Belang zu sein scheint:

„In U-Bahnen und bei Pro-Regierungsdemonstrationen sind Massenansammlungen kaum ein Problem – wenn aber ein Bürger öffentlich einen Apfel isst, setzt die Polizei schon mal ein drohendes Ultimatum.“

Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) wartet im Gespräch mit der „Welt“ (22. Dezember) mit einer vernichtenden Kritik an den öffentlich-rechtlichen Sendern auf:

„Zwar gab es in letzter Zeit ein paar Schritte Richtung Osten, aber man merkt vielen Berichten an, dass die Autoren mit dem Osten fremdeln. Zuweilen erinnert das an Auslandsreportagen, was da gebracht wird. Und das merken die Leute natürlich. Das ist auch einer der Gründe, warum es die Öffentlich-Rechtlichen im Osten schwerer haben. Darüber müssen wir reden ... ich wünsche mir, dass ARD und ZDF nach 30 Jahren endlich im vereinigten Deutschland ankommen.“

## ● WORT DER WOCHE

„Sie hat sonst nichts. Auch keine Familie ... Als sie oben angekommen war, wollte sie oben bleiben. Sie tritt noch einmal an. Jede Wette.“

Michael Klonovsky wagt in seinem Blog „Acta diurna“ (14. Dezember) eine gewagte Prophezeiung zur Zukunft von Kanzlerin Merkel

## DER WOCHENRÜCKBLICK

## Wir sind schuld

Wie Helden zu Ungeziefer werden, und wie die Kanzlerin einem bewährten Muster folgt

VON HANS HECKEL

In dem Hin und Her muss man sich erst mal zurechtfinden. Ständig ändert sich alles, und derjenige, der im festen Glauben ruhte, alles richtig zu machen, sah sich plötzlich am Pranger der Verdammten. Im November durften wir uns noch als Retter des Gemeinwesens umschmeicheln lassen, wenn wir in der Innenstadt einkaufen gingen. Die Sache war nämlich die: Weil die Gastronomie zu hatte, kamen viel zu wenig Kunden in die Läden. Ohne das Begleitprogramm mit Essen oder wenigstens mal was Trinken gehen war es ihnen zu langweilig in der Stadt. Fachleute nannten es den „Cappuccino-Effekt“.

Wir, die wir auch ohne Cappuccino den Gang in die Läden antraten, waren die Helden, die in schwerer Not und unter Verzicht auf gastronomische Zerstreung dem deutschen Einzelhandel die Stange hielten.

Bis sich über Nacht alles ins Gegenteil verkehrte. Auf einmal wurden wir, die Helden der halb verwaisten Fußgängerzone, zu gewissenlosen Gefährdern der Menschheit erklärt, die ohne Skrupel über Leichen gingen, nur um eine Hose anzuprobieren. „Wie viele Tote ist uns denn ein Shopperlebnis wert?“, haute uns Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller um die Ohren. Schande über uns!

Furchtbar verschreckt und voller Schuldgefühle schlichen viele von uns schon vor Verhängung des zweiten harten Lockdowns am 16. Dezember nach Hause, um der Verdammnis zu entgehen. Von da an bestellten wir die Sachen eben im Netz, da können wir ja niemanden anstecken.

Also jetzt alles richtig? Das hätten wir wohl gern. Nun haben die Verantwortlichen die überraschende Tatsache entdeckt, dass die im Internet bestellte Hose ja nicht im Präsenzhandel gekauft wird und daher den Läden in der Stadt dieser Umsatz fehlt. Ja, wer wäre nur darauf gekommen? Ist aber so. Die ausgewiesenen Experten, die unsere Politiker beraten, haben das rausgefunden.

Deshalb ist jetzt wieder alles anders und als Online-Besteller sind wir abermals die Bösen, weil wir durch unsere Bestellerei schuld daran sind, dass die Innenstädte veröden. Etlche Politiker bis in die CDU hinein fordern daher unsere Bestrafung mittels einer Online-Bestell-Abgabe. Damit wir dann wieder in die Läden stürmen? Quatsch, geht doch gar

nicht, haben die Online-Kunden-Bestrafer doch selbst dichtgemacht. Und nun? Armin Laschet will, dass wir ab sofort Gutscheine schreiben, mit denen dann später (wann auch immer) wieder in den Geschäften eingekauft werden kann.

Jetzt warten wir nur noch ab, bis jemand das Gutscheine-Schreiben als gemeingefährliche Sünde entlarvt und alle, die auf diesen neuesten Rat genauso reingefallen sind wie auf die vorhergegangenen, als asoziales Ungeziefer auf die Anklagebank setzt. Auf die Begründung sind wir gespannt.

Kann man eine solche Politik noch als „verlässlich“ bezeichnen? In gewisser Hinsicht schon, denn zwei feste Ziele schälen sich aus dem vordergründigen Wirrwarr heraus, auf die es unseren Politikern immer ankommt.

Erstens: Verantwortung abwälzen. Bevor einfache Deutsche auf die Idee kommen, die Politiker mit der Kanzlerin vorneweg nach deren Verantwortung für die sagenhaften Versäumnisse und Fehlentscheidungen der vergangenen elf Monate zu fragen, sollen wir, die Bürger, zum einzig Schuldigen erklärt werden. Und zwar so gründlich und so lautstark, dass wir es selber glauben. Sonst funktioniert die Abwälzerei nämlich nicht.

Zweitens: Geld eintreiben. Ist es nicht hinreißend, mit welcher traumwandlerischer Sicherheit unsere Politiker selbst aus dem chaotischsten Durcheinander sich widersprechender Lösungen und Anordnungen am Ende immer wieder mit der gleichen Forderung herauskommen? Genau: Eine neue Steuer muss her, diesmal eben eine Online-Bestell-Steuer.

Natürlich will der Staat das Geld nur einsammeln, um die Läden zu retten, die er mit seinem Lockdown zuvor selbst unter Wasser gedrückt hat. Sehr mitfühlend. Das heißt, er will retten mit dem, was nach Abzug der Verwaltungskosten von dem eingetriebenen Sümmchen noch übrig ist. Und wann er retten will, kann man natürlich auch noch nicht genau sagen in einem Land, in dem Novemberhilfen im Januar oder so ausgezahlt werden, weil es die Verwaltung nicht schneller schafft, nachdem der Wirtschaftsminister infolge seines Sommerschlafs leider nicht dazu kam, die Sache vorzubereiten.

Was die Kanzlerin höchstpersönlich im Innersten antreibt, bleibt ja öfters rätselhaft. Beim Datum für den zweiten harten Lockdown beispielsweise haben wir uns gewun-

dert, warum das Kanzleramt denn unbedingt an einem Dienstag starten wollte. Und nicht an dem Mittwoch, wie die Ministerpräsidenten es wollten (die sich dann durchsetzten), oder am Montag, der zum Alarmismus der Regierungschefin viel besser gepasst hätte. Schließlich wollte man doch Torschluss-Gedrange vermeiden.

Was für den Dienstag sprach, erfuhren wir erst, als die Bilder rum waren, die Merkel am Montag davor beim Einkauf im feinen KaDeWe am Berliner Ku’damm zeigten. Aha, die Kanzlerin hatte also noch Besorgungen auf dem Zettel, zu denen sie am Sonnabend nicht mehr gekommen war. Da muss der „Pandemieschutz“ halt noch warten. So geben selbst kleine Dinge von Zeit zu Zeit der Weltgeschichte den Takt vor.

Wir sehen: Merkels Volten sind bei näherem Hinsehen bisweilen weniger überraschend, als es zunächst wirken mag. Beim Umgang mit den Altenpflegeheimen schimmert ein Muster durch, das wir schon von 2015 kennen. Zunächst hieß es, wir könnten die Heime gar nicht gesondert und wirksam schützen. Als das widerlegt wurde, bellte die Kanzlerin, die Kritiker wollten die Alten „wegsperrn“, was natürlich unmenschlich sei. Erkennen Sie da etwas wieder?

Richtig: Vor fünf Jahren sagte die Kanzlerin, wir könnten unsere Grenzen gar nicht wirksam kontrollieren. Als Experten und Leute aus der Grenzschutzpraxis öffentlich nachwiesen, dass das sehr wohl ginge, fauchten die Kanzlerin und ihre zahllosen, einflussreichen Unterstützer, man könne Deutschland doch nicht „abschotten“, das sei unmenschlich. Manche warfen denen, die nur reguläre Grenzkontrollen wollten, wie es sie unter freien Ländern seit ewig gab, vor, eine Berliner Mauer um Deutschland errichten zu wollen, nur unter umgekehrten Vorzeichen, also zum Aus- statt zum Einsperren.

„Abschotten“, „Wegsperrn“: Um einer sachlichen Diskussion listig auszuweichen, reicht es, die anderen nur finster genug zu dämonisieren.

Am 13. Dezember entschied Merkel und die Ministerpräsidenten dann doch, den Schutz der Heime bundesweit besonders in den Blick zu nehmen, und beschlossen einschlägige Maßnahmen. Der polemische Vorwurf des „Wegsperrns“ hatte sich in Luft aufgelöst, und die Medien waren so freundlich, die Kanzlerin auch nicht mehr an ihr Geschwätz von gestern zu erinnern.



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter [www.paz.de](http://www.paz.de)